

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

Gleicher als andere –
eine Laudatio

Abschied von Pestalozzi?
Bildungsnotstand im
neoliberalen Kapitalismus

Kuba – ein Modell
für Entwicklungsländer?

Abgeordnete – was sind
»angemessene Diäten«?



Berlin, 14. Januar 2001, Demonstration zur Gedenkstätte der Sozialisten
Foto: Arbeiterfotografie

In diesem Heft

Editorial 195

Essay

FRIGGA HAUG

Gleicher als Andere.

Laudatio für Christoph Spehr

197

Bildung im 21. Jahrhundert

INGRID LOHMANN

›<http://www.bildung.com>‹ –

Strukturwandel der Bildung
in der Informationsgesellschaft

205

HANS-GERT GRÄBE

Kompetenz im Informationszeitalter.

Die Stellung des symbolischen Rechnens
im Wissenschaftsgebäude

220

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

JOCHEN WEICHOLD

Der Abgeordnete und die Diäten.

Zum verfassungsrechtlichen Problem der
»angemessenen«, die »Unabhängigkeit«

des Abgeordneten sichernden Entschädigung

232

Lateinamerikanische Visonen

HELMUT THIELEN

Leonardo Boff und Tarso Genro –

kreative Denker auf der

Seite der Linken in Brasilien

242

JOHANNES M. BECKER

»Dieses Land haben sie noch nicht erobert ...«

Kuba – Modell für Entwicklungsländer
oder Fossil?

253

Konferenzen & Veranstaltungen

DIETMAR WITTICH
Marx kam bis Quiroga 268

Jubiläum

MARIO KESSLER
Theodor Bergmann 85 Jahre 271

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 274

Bücher & Zeitschriften

Evemarie Badstübner (Hrsg.):
Befremdlich anders: Leben in der DDR,
(KLAUS MEIER) 276

Noam Chomsky:
Profit Over People.
Neoliberalismus und globale Weltordnung
(ARNDT HOPFMANN) 278

Christoph Butterwegge, Georg Lohmann (Hrsg.):
Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt
(ALJOSCHA JEGODTKA) 279

Günter Pollach,
Jörg Wischermann, Bodo Zeuner:
Ein nachhaltig anderes Parteiensystem.
Profile und Beziehungen von Parteien
in ostdeutschen Kommunen
(HORST DIETZEL) 281

Julian Bartosz, Hannes Hofbauer:
Schlesien. Europäisches Kernland im Schatten von Wien
(STEFAN BOLLINGER) 284

Summaries 286

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 288

Editorial

Macht Wahn Sinn? Diese zweifellos etwas seltsam anmutende Frage läßt sich heute scheinbar eindeutiger denn je mit ›Nein‹ beantworten. Und dafür gibt es eine Reihe einleuchtender Gründe.

Da ist zunächst und jüngst vor allem der ›Machbarkeitswahn‹ der agra-industriellen Tierproduktion, der neuartigen Formen von Krankheiten den Weg in die Welt bereitet hat. Diese neuen Gesundheitsgefahren sind nicht nur hinsichtlich ihrer Übertragungswege, Verlaufsformen und Konsequenzen noch weitgehend unerforscht, sie überfordern offenbar auch das herkömmliche Anti-Krisen-Instrumentarium der Politik. Damit aber nicht genug; nicht nur bisherige Verbrauchergewohnheiten, nein ein ganzes Produktionssystem, das noch vor wenigen Wochen, dank einer Heerschar von Lobbyisten, für völlig reformresistent gehalten worden wäre, steht gleichsam über Nacht zur Disposition. Erst die quasi-industrielle Tierhaltung aufwendig zu subventionieren, um die damit erzeugten Kreaturen jetzt – ob wegen positiver Befunde oder zum Zwecke der ›Marktberreinigung‹ – (wiederum subventioniert) notzuschlachten, die Kadaver zu ›Mehl‹ zu verarbeiten und schließlich zu verbrennen, erweist sich als wahnwitziger Irrsinn, gegen den sogar die Energiebilanz verbrannter Geldscheine noch unschlagbar günstig erscheint. Daß diese Art von ›Wirtschaft‹ nicht länger durchgehalten werden kann, liegt inzwischen offen zutage.

Aber auch an anderen Stellen erzeugt die Renaissance von ›alten Wahnvorstellungen‹ unerwarteten Veränderungsdruck. Und dabei schien die von eifertig vorverurteilenden wie Bilder manipulierenden Medien sowie insbesondere von bigotten Eiferern aus CDU und CSU wiederbelebte Variante mittelalterlicher Inquisition zunächst tatsächlich geeignet, die politische Schlacht gegen die 1968er von einst im nachhinein doch noch zu gewinnen. Schon der nach 1989/90 sich mit ungeahnter Vehemenz bahnbrechende nachholende Verfolgungswahn gegenüber den RAF-Aussteigern (und auch gegenüber Honecker & Co.) ließ vermuten, daß die noch immer unglaublich einflußreichen Erz-Konservativen in diesem Land nach wie vor niemandem nichts durchgehen lassen wollen, der auch nur den Anschein erweckt, an der gesellschaftlichen Grundstruktur etwas ändern zu wollen – ausgenommen freilich jene Alt-Nazis, die nach 1945 scharenweise in den öffentlichen Dienst ›integriert‹ wurden; aber die wollten ja auch an den ›heiligen Eigentumsverhältnissen‹ nichts ändern ... Demgegenüber soll jetzt der Anspruch der 1968er, eine gepanzerte Gesellschaft zur Not auch mit panzerbre-

chenden Mitteln umgestalten zu wollen, ein für allemal delegitimiert werden – und zwar nicht zuletzt durch die öffentlichkeitwirksame Demontage der einstigen Aktivisten und heutigen Bundesminister Fischer und Trittin. Nun haben die Heroen von damals ihr Tun – was peinlich genug ist – als temporäre politisch-geistige ›Verwirrtheit‹ oder ›Besessenheit‹ entschuldigt und durchaus reuig eingestanden; aber sie sind nicht, wie ultimativ gefordert, zu Kreuze gekrochen. Widerstand gegen eine selbstgefällige Politik und gegen einen repressiven Überwachungsstaat – ob mit Demonstrationen oder Eierwürfen – bleibt folglich nicht nur erlaubt, er wird möglicherweise zu einem wichtigen Ausweis von demokratischer Gesinnung und Engagement in einer an zukunftsfähigen Leitbildern ohnehin entsetzlich verarmten Gesellschaft.

Und schließlich wäre da noch der allseits grassierende ›Globalisierungswahn‹, der insbesondere jene Après-Ski-Gemeinde von Staatsmännern, Bankiers und Managern befallen hat, die sich seit langem – und seit 1976 ganz offiziell – Ende Januar auf den lichten Alpenhöhen von Davos zum ›Weltwirtschaftsforum‹ versammeln. Selbst wenn es den Demonstranten vor Ort auch 2001 nicht gelungen ist, den Wallfahrtsort von (Groß)Kapital und (Welt)Politik selbst zu bedrängen, so hatte doch der hochgerüstete Sicherheitsstaat wieder seine liebe Mühe und Not, die Demonstranten in die Schranken zu weisen – nicht ohne mit Schlagstöcken, Tränengas und Wasserwerfern zu beweisen, welcher Wahn von Ordnung ihn selbst beseelt.

Der durch die ›von oben‹ inszenierten neoliberalen Globalisierungsstrategien provozierte Widerstand ist jedoch inzwischen auch den Kinderschuhen entwachsen. In Porto Alegre (Brasilien) formierte sich auf dem ersten ›Weltsozialgipfel‹ eine ihrerseits global vernetzte Gemeinschaft von Aktivisten und Nichtregierungsorganisationen. Hier hat die ›Globalisierung von unten‹ erste ernsthafte Schritte auf dem Weg von einer schönen Illusion zur konkreten Utopie unternommen. Der Globalisierungswahn ›der Herren der Welt‹, die sich alljährlich in Davos treffen, wird so zunehmend auf den Boden jener Realitäten zurückgeworfen, daß ihnen die Welt nie allein gehören wird.

So gesehen macht Wahn doch Sinn! Und zwar dann und überall dort, wo die von diesem oder jenem ›Wahn‹ ausgelösten und (oft unfreiwillig) verstärkten Visionen – sowohl von einer neuartigen Bedrohung als auch von einer anderen Zukunft – die gesellschaftlichen Verhältnisse derart erschüttern, daß sie selbst von den Mächtigen (allen Widerständen zum Trotz) nicht länger verteidigt werden können.

ARNDT HOPFMANN

FRIGGA HAUG

Gleicher als Andere. Laudatio für Christoph Spehr

Lieber Christoph Spehr, liebe Mitglieder der Jury, liebe Andere

Der Luxemburg-Preis wurde zum ersten Mal vergeben als Auszeichnung für eine Arbeit, die die Frage diskutiert: *Unter welchen Bedingungen sind soziale Gleichheit und politische Freiheit vereinbar?*

Thema und Tag der Preisverleihung zeigen, dass die Namenswahl »Rosa-Luxemburg-Preis« nicht bloß äußeres Anhängsel ist. Es sei daher zunächst auch hier und in diesem Kontext an Rosa Luxemburg erinnert, die ihr Leben gab für den Kampf um Freiheit und Gleichheit. Hätte man also nicht einfach zur Beantwortung der Frage Luxemburg studieren können? Tatsächlich hat dies keiner der Bewerber wirklich versucht. Es ist allerdings auch nicht ganz leicht, da sie kaum systematische Abhandlungen und schon gar nicht zu dieser Thematik geschrieben hat. Man muss sich also durch eine Vielzahl von kleinen politischen Artikeln, Reden, Anmerkungen durcharbeiten, um herauszufinden, wie sie es mit diesen Perspektivbegriffen hielt, wie die Forderung nach Freiheit und Gleichheit ihre Politik bestimmte. Was man auf jeden Fall als Leitlinie finden kann, ist, dass diese hehren Ziele für sie nicht einfach Abstrakta waren, erreichbar in später Ferne und auf dem Weg dorthin derweil Zwang und Ungleichheit in Kauf genommen werden müssten, auch nicht, dass sie hier und heute ausgerufen und verwirklicht werden könnten, unabhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern dass beides gleichermaßen gilt, die Kämpfe auf diese Ziele zu orientieren und zugleich alltägliche Politik danach auszurichten. Es ginge also im Sinne von Rosa Luxemburg nicht um eine Alternative von Weg oder Ziel, sondern immer um beides, um Handlungsfähigkeit in einer Reformpolitik zu einem revolutionären Ziel. Dies gibt ihrer politischen Haltung eine schwer beschreibbare Dimension von Menschlichkeit, ohne dabei auf gedankliche Schärfe und Radikalität zu verzichten. Insofern ist die Preisfrage selbst im Luxemburgischen Sinn eine Herausforderung für politische Bildung, historisch, kritisch, aktuell. Daher sei ein kurzer Abstecher erlaubt zu einer anderen Bildungsinstanz: der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Im Juni 1998 berichtete die FAZ von einer durch eine Computerfirma einberufenen neuen Tagungsreihe »Erziehung für das 21. Jahrhundert«. All die bekannten Erziehungsziele aus den ideologischen Kämpfen um die Pädagogik der letzten Jahrzehnte tauchen wieder auf: Es geht um die Ideale der Aufklärung, um Erziehung zur Mündigkeit und Selbstverantwortung, um »Lebenskompetenz«, um, wie der Bundespräsident zur Eröffnung versichert, »unsere Kinder für



Frigga Haug – Jg. 1937, Prof. Dr., Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Mitherausgeberin der Zeitschrift »Das Argument«, Redakteurin des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus« sowie des »Forum Kritische Psychologie«; Forschungsschwerpunkte: Frauensozialisation und -politik, Arbeit.
Foto: Tilo Gräser

Laudatio zur Verleihung des Rosa-Luxemburg-Preises an Christoph Spehr für seine Arbeit »Gleicher als Andere«.

die Freiheit im Informationszeitalter zu erziehen«. Die überraschende Verklammerung von Erziehung und Freiheit verdient es, dass die Ausführungen der Demoskopin Noelle-Neumann in diesem Kontext festgehalten werden. Sie beklagt, dass seit der Vereinigung der beiden Deutschland die Wertschätzung von Freiheit gesunken sei und – überraschend in diesem Kontext – die Deutschen mehrheitlich starke Menschen als böse begriffen, welche umgekehrt für die Engländer gut seien: »Wohl deshalb wollen die Deutschen nicht einsehen, dass mehr Freiheit zu weniger Gleichheit führt, und deshalb verehren sie auch die falsche Freiheit: fünfzig Prozent das Freisein von materiellen Sorgen, achtzehn Prozent die Möglichkeit zu tun, was man will. Nicht einmal jeder Dritte versteht Freiheit als Selbstverantwortung.«

Nach diesem neoliberalen Aufruf zur Selbstverantwortung und Preisgabe antiquierter Gleichheitsvorstellungen habe ich, bevor ich den fast einen halben Meter hohen Berg an eingesandten Manuskripten zu lesen begann, versucht, mir die Frage selbst anzumessen, um von den Einsendern nicht mehr zu verlangen als ich selbst hätte geben können und entdeckte auch in mir einen spontanen Impuls, die beiden Ziele zu entkoppeln, also entweder mit Freiheit oder mit Gleichheit und ihren Bedingungen sich auseinanderzusetzen. Kurz, es war schwierig für mich, das eine nicht für das andere opfern zu wollen. Gewarnt aus weiteren Studien aus neoliberaler Globalisierung, dass der Rekurs auf Selbstverantwortung zwar die Individuen wirklich »freisetzt«, dass diese Freiheit unter sonst verschärften Bedingungen des Existenzkampfes nur von sehr wenigen Jungen und Starken genutzt werden kann und sich daher in direktem Gegensatz zu Gleichheit entfaltet, suchte ich bei anderen Lehrern Beratung. Bei Brecht endlich entdeckte ich den Satz »Freiheit und Gerechtigkeit sind Produktionsfragen« (Meti), den ich nicht sogleich in seiner Tragweite entschlüsseln konnte, der mich aber in gespannte Unruhe versetzte, die es erlaubte, mich den vielen Texten der Bewerberinnen und Bewerber zu widmen.

Obwohl es alle verdient hätten, Erwähnung und Diskussion zu finden, wende ich mich endlich der Arbeit von Christoph Spehr zu, bei deren Lektüre sich schon nach wenigen Sätzen ein Gefühl gelöster Heiterkeit einstellte. Dies nicht, weil der Text voller Scherze steckte, sondern weil er für mich einen Raum eröffnete, in dem sich gut leben, denken, atmen ließ, und in den ich ohne Mühe immer wieder zurückkehrte – schließlich ist auch dieser Text 85 enggedruckte Seiten lang.

Er beginnt mit einer zunächst harmlosen Kindergeschichte aus dem Kindermagazin *Hoppla* des Weltbild Verlags, die sogleich auseinandergenommen wird als exemplarisch für eine Erziehung zur Subalternität. Der so gewonnene Standpunkt wird ausgedehnt auf Fragen »unserer« Demokratie, zurückgeholt in die Fragestellung des Preisausschreibens, wie sie durch Rousseau formuliert auftaucht, diese wiederum in ihrer Doppelbödigkeit entziffert und aufbereitet zum Umgang mit der Hauptthese, die Christoph Spehr im Laufe des Textes durchdekliniert und schon auf Seite 10 vorwegnehmend formuliert: *Freiheit und Gleichheit fallen zusammen in der Idee der Freien Kooperation.*

Der Gedanke wird weitergetrieben zum Problem, dass Freiheit und Gleichheit nicht einfach erreichbare oder gar erreichte Ziele sind, sondern eine stets zu erstreitende Perspektive. Es gibt kein: Es ist vollbracht. Linke, emanzipative Politik sorgt für den Rahmen, in dem immer weiter um Gleichheit und Freiheit gerungen wird und zwar von Kollektiven.

Auch in den Formulierungen ist Christoph Spehr meist mit Genuss zu lesen, so etwa im Resümee aus den einleitenden Zurechtlegungen: *Das Selbstbewusstsein einer zukünftigen linken Politik wird sich nicht daraus speisen, ›die Probleme gelöst‹ und ›Freiheit und Gleichheit durchgesetzt‹ zu haben, weil dies nie ein für allemal der Fall sein kann. Es wird sich darauf stützen, freier und gleicher zu sein als andere und auf allen Ebenen dafür zu wirken. Und es wird sich darauf stützen, sich nicht zu verneigen – nicht vor angeblichen Errungenschaften, nicht vor angeblichen Notwendigkeiten, und nicht vor der aktuellen Tageswährung von Freiheit und Gleichheit, wie sie an den Börsen herrschaftlicher Selbstdarstellung gerade gehandelt wird.*« (S. 12) Damit werden Freiheit und Gleichheit keine Besitzstände, die unter bestimmten Bedingungen realisiert sind oder sein könnten, sondern eine dauernde Aufgabe linker Politik – eine Lösung, beziehungsweise ein Vorschlag, der zugleich einen praktischen Maßstab für die Unterscheidung rechter von linker Politik angibt, also auch nicht erst in ferner Zukunft, sondern unmittelbar hier und heute politisches Handeln erlaubt und bestimmt – wie dies im Sinne von Rosa Luxemburg geschehen sollte.

Das Faszinierende und Befreiende an dieser Arbeit ist, dass Christoph Spehr außerordentlich souverän mit eigenen und überlieferten Gedanken und vorgefundenen Phänomenen umgeht, ohne sich an irgendeiner Stelle durch die vielen möglichen Versuchungen, sich moralisch oder einfach parteilich auf die eine oder andere Seite zu schlagen, verführen zu lassen. Nach den beständigen Verdummungsanstrengungen unserer Medien und den schwierigen Versuchen, im Alltagsverstand einiges vom Schutt wieder abzutragen, ist das Lesegefühl bei dieser Abhandlung eines des Genusses, wie wenn man endlich auf dem Berg angekommen ist und freie Luft zum Atmen gewonnen hat, dies obwohl man in vielen Punkten eine andere Auffassung haben kann und wird. Kurz: Der Text macht Lust zu streiten. Das Gefühl auch von Leichtigkeit und Unbestechlichkeit ist dabei nicht erkaufte durch eine Abgehobenheit, wie sie das Jonglieren mit so aufgeladenen Begriffen wie Freiheit und Gleichheit und deren Behandlung in der Theoriegeschichte möglich macht, im Gegenteil stürzt sich Christoph Spehr geradezu mit Tollkühnheit in Probleme aktueller Politik, in Arbeits- und Lebensweise.

Ich muss gestehen, dass mich nach den ersten 12 Seiten zugleich mit der Freude an den Gedankengängen ein Gefühl von Trauer beschlich. Ich hatte nämlich den Eindruck, als ob ein so leichthin mit dem Florett gefochtener Umgang mit Rousseau und dem Contrat social, wie er beiläufig eingeflochten wird, hinüberspringt zu Camus, um sich dann wieder unserer heutigen Gesellschaftsordnung zuzuwenden, trotz der anfänglichen pädagogischen Erzählung durchaus auch etwas selbstbewusst Arrogantes hat und in dieser Weise nach meiner Erfahrung nur von einem Manne geschrieben sein konnte,

während ich es auch als meine Aufgabe betrachte, besonders sorgfältig die Beiträge der Frauen zu begutachten, ihnen zur Anerkennung zu verhelfen. Was wäre denn gewonnen, wenn die mühsam in die Entscheidungsgremien geholten Frauen jetzt wiederum daran gingen, wie eh und je das Denken und die Äußerungen von Männern zu loben, weil sie klassische Bildung elegant vorweisen können?

Dabei wollte ich natürlich nicht selbst ungerecht sein, so blieb eine gewisse Traurigkeit, die aber sogleich verflog und statt dessen einem ganz anderen Unbehagen Platz gab, als ich zum ersten Teil und dem dort durchdeklinierten Beispiel kam, dem Putzfrauen-Dilemma. Aus vielen Diskussionen kannte ich den moralischen Vorwurf, dass es Frauen gebe, die ihre Emanzipation auf Kosten von anderen Frauen, die sie sich als Dienstboten halten, realisieren. Schuldbewusst registrierte ich, dass ich als reisende Professorin in dieser Weise sündig wurde und mir also selbst den Boden entzog, auf dem ich für Frauenbefreiung stritt und machte so theoretisch und gefühlsmäßig die im Vorwurf gemachte Unterstellung mit, dass sich beim Putzen helfen zu lassen, eine der wesentlichen Ausbeutungen in unseren Gesellschaften sei, besonders dann, wenn Frauen sich derart verhalten, statt wie gewohnt, ihren Männern den Rücken freizuhalten vor solcher Zumutung. Aber die Ebene der moralischen Denunziation ist keineswegs diejenige, die Christoph Spehr wählt. Er nimmt diese erregt behandelte Frage nicht einfach opportunistisch auf, um sich sodann selbstgefällig auf die Seite einer putzfraulosen Frau oder eines ebensolchen Mannes zu schlagen. Das Beispiel dient im Gegenteil dazu, paradigmatisch eine Grundstruktur kapitalistischer Ökonomie, wie sie auf Lebensweisen durchschlagen muss, offenzulegen, kurz zusammengezogen im Satz: *»Du musst weniger kosten als ich.«* (S. 13) Die Frage der Putzfrau lässt sich natürlich entziffern als Kooperationsfrage. Dass dies in solchen Beispielen gesellschaftlich nicht so wahrgenommen wird (die Putzfrauen in der Universität etwa als Kooperationspartnerinnen der Professoren), macht die Argumentation zugleich durchschlagender und riskanter. Oder anders, indem Christoph Spehr durchweg aktuelle Beispiele aus dem Lebens- und Argumentationszusammenhang von Frauen nimmt und dabei auf hohem Niveau unbestechlich – nicht jammern, nicht redundant, nicht beleidigt und subaltern – argumentiert, gelingt es, exemplarisch die Frage der Geschlechterverhältnisse als Paradigma für die Erkenntnis von Gesellschaft und für die Formulierung von Politik zu nutzen.

Aus dieser Diskussion lässt sich zugleich ebenso exemplarisch lernen, wie wir der eingangs erwähnten neoliberalen Falle, gesellschaftliche Probleme und Strukturen in die Selbstverantwortung der einzelnen zu legen, ohne ihnen zugleich die Gestaltung der Gesellschaft zu überantworten, begegnen können. Und zwar nicht, wie dies lange in linker Politik üblich war, indem wir einfach den Alltag zugunsten der Analyse der Gesellschaft im Großen weglassen, sondern indem wir uns einen Einblick in den Zusammenhang erarbeiten, indem wir studieren, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse durch die einzelnen hindurchgehen, wie sie also Gesellschaft leben.

Seit Jahrzehnten ringe ich darum, feministische Positionen in den Marxismus zu bringen und kämpfe dabei gleichzeitig mit der Unzulänglichkeit feministischer Theoriebildung und der Borniertheit

altgedienter marxistischer Männlichkeit. In all dieser Zeit habe ich noch keinen derart souveränen Umgang mit der theoretischen Bearbeitung alltäglicher Probleme weiblichen und also auch allgemeinen Lebenszusammenhangs gelesen. Und so war ich inzwischen auch zunehmend überzeugt, dass der Text eine weibliche Autorin haben müsste, die ich mir schon als Verstärkung für marxistisch-feministische Arbeit vorstellte. Es schien mir zwar möglich, dass männliche Autoren, wiewohl sie dies recht selten tun, feministische Theorien aufnehmen und bearbeiten, aber dass jemand seine alltäglichen Beispiele aus Küche und Kinderzimmer, aus Haushalt und Reproduktion wählt, schien mir männlicher Selbstachtung zu widerstreiten und daher unmöglich. Das einzige, das mich irritierte, war, dass ich eine so scharfsinnige Autorin, die so produktiv einen aktuellen politisch-philosophischen Text schreiben kann, bislang nicht längst kennengelernt hatte. Ich beschloss, dass dies sofort nachzuholen sei und schmiedete schon Pläne, diese Autorin für das nächste Heft der Frauenredaktion unserer Zeitschrift *Argument* zu gewinnen.

Die feministische science-fiction Autorin Ursula K. LeGuin schrieb: *In der Literatur wie im sogenannten wirklichen Leben sind Frauen, Kinder und Tiere nur ein obskures Gewusel, über das sich phallogisch die Zivilisation erhebt. Dass sie das andere sind, ist in der Sprache begründet, der Vatersprache. Solange das Spiel Mann versus Natur heißt, ist es kein Wunder, dass die Mannschaft all diese Nicht-Männer abschiebt, die die Regeln nicht lernen wollen und statt dessen quietschend und bellend und schnatternd ums Spielfeld toben.* (Aus: Stimmen schreien in der Wildnis)

Das Eingeständnis, dass dem so ist und der Zorn, den dies hervorruft, hindert jedoch nicht, dass man in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit Beispielen aus dem Frauenalltag müdes Gähnen oder mitleidiges Schulterklopfen erntet. Irgendwie wartet jeder ab, bis man sich ernsthafteren Fragen zuwendet. Es gilt also auch hier, auf zwei Fronten zu arbeiten: Die Beispiele dennoch bringen, aber dies auf eine Weise, dass sie sich eben nicht wie Gequietsche und Gebell anhören, sondern den Ton des exemplarisch Wichtigen, des Lehrstücks erhalten. Dies ist nach meinem Dafürhalten die besondere Leistung des vorliegenden Textes. Er scheint mir selbst da gelungen, wo über Kindergärten und Kinderabholen usw. gesprochen wird, weil auch niemals auf der Ebene lange ausgeruht und die Beispiele breitgeredet, sondern sie immer sogleich ins allgemeine gezogen werden, so dass das Symptomatische erkennbar ist. Man kann daraus lernen, dass es möglich und empfehlenswert ist, die Alltagsphänomene auf die Ebene scharfer politischer herrschaftskritischer allgemeiner Kritik zu bringen und gesamtgesellschaftlich und also auch für alle politische Lehren zu ziehen. (Das heißt nicht unbedingt, dass alle Punkte und Argumente allseits Zustimmung finden müssen oder können; aber es heißt, dass alle auf jeden Fall mit Gewinn zu diskutieren sind.) Gewissermaßen ein Nebenprodukt der Argumentations- und Herangehensweise ist die Tatsache, dass solcherart ausnahmsweise auch feministische Autorinnen in die Literaturliste gelangen und so in den Rang allgemein interessierender politischer Texte gehoben werden, auch nicht eben ein Umstand, der schon allgemein wäre.

Anschaulich wird das Verfahren, aus Alltagsbeispielen zu Gesellschaftskritik vorzustoßen, auch in den an das Putzfrauen-Dilemma anschließenden Ausführungen über Herrschaft (S. 15ff.). In jedem Fall wird die eigene Person und ihre Denkweise mit zur Verfügung gestellt, es wird also selbstreflexiv argumentiert; das macht sprunghafte Lernerlebnisse geradezu einfach. Dabei nutzt Christoph Spehr zugleich jede Argumentationsebene für weitere Problematisierungen und Lernerfahrungen – so etwa im Zusammenhang von Herrschaft die unterschiedlichen Herangehensweisen und »Urbilder« der verschiedenen sozialen Bewegungen als neue Notwendigkeit, Herrschaftstheorie weiterzuentwickeln. Als Paradigma dient der Film *Matrix*, den er charakterisiert als die »*Inszenerung des Sozialen, aus der die Idee der freien Kooperation vollständig ausgetrieben ist*«.

Auch in diesem Teil über Herrschaft schreibt Christoph Spehr in knappen, auf das Wesentliche zusammengezogenen Lehrsätzen, ohne dass dabei auf Erfahrung, auf inhaltliche Füllung verzichtet wird und ohne dass bloß banale Allgemeinplätze vorkommen.

Natürlich ist es hier nicht passend, im Sinne eines Gutachtens wie es bei einer Dissertation nötig wäre, vorzugehen und gewissermaßen Passage um Passage den Leseerfolg herauszusezieren. Daher beschränke ich mich auf eine cursorische Betrachtung der weiteren Teile der Arbeit. Auffällig bleibt in der Darstellung eine gewisse – vielleicht kann man sagen – unbestechliche Schreibweise. Nüchtern und sehr klar werden jeweils die Substanzen – hier von Kapitalismus und Sozialismus – herausgeschält, dargeboten und weder einfach verdammt noch beruhigt hochgelobt, sondern in ihrer Reichweite skizziert und dem nachdenkenden Urteil zur Verfügung gestellt. Auch diese Weise des argumentierenden Umgangs hat etwas durchweg Befreiendes für das Denken. Die Methode der Darstellung wird vervollständigt durch provozierende Fragen.

Wiewohl der Text zwischen erfahrungsbezogenen Stücken und theoretischer Reflexion hin- und hergeht, entbehrt er nicht eines stets wieder aufgenommenen und auf höherer Stufe behandelten roten Fadens, der schließlich auch in die brennende Frage nach revolutionärer Realpolitik, nach dem Verhältnis von überschießender Perspektive und pragmatischer Reformpolitik mündet. Der Vorschlag:

»Freie Kooperation ... braucht keine tabula rasa von Neuordnung, sondern kann ansetzen an einer konkreten, hochgradig ausdifferenzierten Gesellschaft mit vorhandenen Institutionen, überkommenen Strukturen politischer Machtorganisation und aktuell wirksamen Regelsystemen. Sie entgeht nicht den notwendigen Spannungen zwischen Utopie und konkreter Politik, zwischen den vielfältigen Formen von »Expertentum«, das zu beweisen versucht, wieso es nicht anders geht, und dem Veränderungsanspruch einer allgemeineren Bewegung, die aus etwas abstrakterer Entfernung überzeugt ist, dass es ganz einfach geht. Auch hier gibt es keinen prinzipiellen Unterschied zwischen dem Streit um parlamentarische Realpolitik oder ökonomische Rahmensteuerung, und dem Streit, ob man eine konkrete Beziehung verlassen »muss«, welche »Sachzwänge« ein selbstorganisiertes Projekt in Rechnung stellt oder nicht usw. Das Problem ist nicht die Spannung; ein Problem ist es, wenn sie zusammenbricht ... Der Beitrag einer utopischen Methode dazu, die Spannung

aufrechtzuerhalten und auszuhalten, besteht darin, nicht Effizienzdenken und Patentrezepte aufeinanderprallen zu lassen, sondern in (bestimmten) Kriterien zu denken und zu verhandeln.« (S. 42)

Um diese Kriterien geht es im dritten Teil der Arbeit, in denen die Grammatik von »fünf Politiken« vorgestellt wird, nach denen die Grundlegung der freien Kooperation artikuliert werden soll und die als »Grammatik einer in Entstehung begriffenen zeitgenössischen Sprache der Befreiung« (S. 42) bezeichnet wird. Diese sind: die Abwicklung von Herrschaftsinstrumenten, die Politik der Beziehungen, die Entfaltung sozialer Fähigkeiten, praktische Demokratiekritik und Organisierung. Sie beziehen sich gleichermaßen auf die Subjekte als auch auf die gesellschaftlichen Strukturen, in denen sie leben. Christoph Spehr wird jetzt anders konkret: »Man kann die Politik der freien Kooperation als Antwort auf die Frage lesen: ›Was heißt antikapitalistische Politik heute?‹ oder ›Was ist radikaler Reformismus?‹ Man kann sie genauso lesen als Antwort auf die Frage ›Is there a collective story?‹ ... als vereinbarte Arbeitsgrundlage einer übergreifenden emanzipativen Bewegung.« (S. 43)

Die Kriterien werden überraschend und recht selbstsicher formuliert. Da mischen sich unter bekannte Artikulationen, aktuelle Beispiele und es werden Zusammenhänge hergestellt, die zunächst verblüffen. So unter dem Postulat »Abwicklung von Herrschaftsinstrumenten – Machtfragen stellen« nicht einfach die alte Vorstellung vom Abbau des Staates, sondern der Vorschlag, dahin zu wirken, dass Kooperationsleistung weniger leicht erzwungen werden kann; dies wird exemplarisch durchdekliniert in der nächsten Forderung »Intervention verhindern«, ein Abschnitt, der erwartungsgemäß von der NATO handelt, deren Praxen aber in eine Reihe bringt mit Asylfragen, Männergewalt gegen Frauen und dabei bewaffnete antikoloniale Befreiungskriege abheben kann, nicht, weil sie nicht gewalttätig sind, sondern weil sie Vorbedingung sind für eine freiere Kooperation. Die Sprünge vom Alltag zu Weltpolitik und zurück landen beim »Abbau von Verfügbarkeit«, ein Kriterium, das Marx und Engels in Zusammenhang mit Arbeitskraft und Klassen brachten (Deutsche Ideologie). Auch Christoph Spehr beginnt mit dem klassischen Beispiel des Mehrwerts und entziffert die Frage nach der Effizienz von Kooperation statt nach ihrer Gleichheit als Grundübel, dem es entgegenzuarbeiten gilt. Er versucht dies durch eine Skizze eines alternativen belegschaftsgeführten Betriebsmodells, die in eine Reihe von diskutierbaren politischen Vorschlägen auch für Drittweltländer mündet. Es wird also in den weiteren Passagen versucht, bis in Details fünf praktische Politiken für heute zu konzipieren. Freie Kooperation wird weiter zum Maßstab von Politik in aktuellen Diskussionen und Bereichen gemacht und durchdekliniert in der Frage der »Entprivilegierung der formalen Arbeit«, denn »die Privilegien der formalen Arbeit sichern die Verfügung über alle andere Arbeit und alle anderen Arbeitenden, die wahlweise als ›informelle Arbeit‹, ›Reproduktionsarbeit‹, ›soziales Kapital‹, ›einfache Arbeit‹, ›unqualifizierte Beschäftigung‹ bezeichnet oder überhaupt nicht gesehen wird, weil sie zum Beispiel als illegalisierte Arbeit oder als Billigarbeit in anderen Ländern an den Rand der gesellschaftlichen Wahrnehmung gedrängt ist« (S. 49). Und der Abwicklung von Herr-

schaftsinstrumenten begegnen wir schließlich noch bei der »Aneignung von Räumen und Zusammenhängen« und der »Direkten Überlebenssicherung«, zu der auch Spaß und Genuss zählen.

Ich werde Sie jetzt nicht durch die fünf Politiken führen. Nur soviel: Es sind diese konkreten Übersetzungen in politisches Alltagshandeln auch anstrengend zu lesen, gerade wegen der Vorgehensweise von Christoph Spehr, zwischen den Ebenen und Beispielen hin- und herzuspringen. Aber diese Anstrengung wird unmittelbar belohnt: nicht, weil man jetzt den Stein der Weisen gefunden hat, nicht weil die Vorschläge allesamt nur umgesetzt werden müssten, sondern weil sie kreatives produktives Denken freisetzen. Man wird zum Widerspruch angeregt, man möchte sich einschalten, auf diesen Ebenen, auf denen man alltäglich lebt oder in denen man lange schon gedacht hat, mitdiskutieren. Kurz es wird politische Phantasie freigesetzt.

Daher eignen sich diese Abschnitte für politische Seminare besser als jedes Handbuch. Jeder Begriff steigt in die Niederung alltäglicher Beispiele, schwingt sich auf die Höhen allgemeiner theoretischer Diskussion, wird Politikvorschlag.

Die Arbeit endet fast biblisch mit einer Reihe von wie Geboten formulierten Verhaltens- und Haltungsvorschlägen, nur dass sie alle von der Respektlosigkeit handeln und auf Veränderung zielen.

Ich lese zum Abschluss ein Stück aus diesem Teil zur Ermutigung, zum Protest, zur Verdeutlichung von Christoph Spehr und einer zugleich alten und neuen Weise, sich politisch zu artikulieren:

»Ihr wart lange genug Figuren in einem Uhrwerk, das ihr nicht gebaut habt. Hört auf damit.

Ihr lebt in einer Welt, in der es keinen erhöhten Punkt gibt, von dem aus man besser sehen könnte als durch eure Augen. Ihr seid die einzigen: es wird niemand anders kommen, der für euch sorgt. Ihr seid so gut wie jeder andere, also könnt ihr so gut wie jeder andere Einfluss auf die Regeln nehmen. Hört auf, euch auf das zu verlassen, was euch weder frei noch gleich machen wird. Seid unzufrieden mit euch. Verliert den Respekt.

Nehmt euch die Regeln vor.

Rüstet ab: euch und andere. Verhandelt: respektiert euch und alle anderen als Menschen, die verhandeln. Lernt das, was notwendig ist, um Vorschläge zu machen. Begreift, dass ihr Privilegien habt und akzeptiert, dass es notwendige Kompensationen gibt. Organisiert euch. Wo immer ihr geht und steht und was immer es heißt: organisiert euch. ... Ordnet alle eure Beziehungen – alle privaten, politischen, gesellschaftlichen, die zu Einzelnen, zu Gruppen, zum Ganzen – nach dem Bild von Beziehungen zwischen Menschen, die sich als frei und gleich betrachten. Menschen, die gehen können, die verhandeln, die sich weigern, aufkündigen, zurückziehen, einschränken, Bedingungen stellen.« (S. 74)

Ich danke der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dass sie diese Frage stellte, dass ich in der Jury sein durfte, dass der Preis an jemanden vergeben wird, den vieles mit uns Älteren und unserer Weise, Politik zu machen, verbindet, an dem vieles für uns ungewöhnlich und widerständig ist, und hoffe, dass es ihm auch durch diese Ehrung weiter gelingt, politisch wirksam zu sein.

INGRID LOHMANN

›http://www.bildung.com‹ – Strukturwandel der Bildung in der Informationsgesellschaft

*It's the end of the world as we know it.
(Berry u.a.)*

Der Zugang zum Wissen – (k)eine neue Problematik

Beim Thema *Strukturwandel der Bildung in der Informationsgesellschaft* haben wir es mit einem Szenario zu tun, das in der Gegenwart und nahen Zukunft liegt. Zugleich aber gehört es in den Zusammenhang von Bildung und Wissenschaft in der Moderne, denn im Zuge der Herausbildung des Kapitalismus, besonders seit der Aufklärung, hat der Kampf um die Demokratisierung des Wissens stets eine zentrale Rolle innegehabt. Meine *erste These* lautet: Die Auseinandersetzung um den Zugang zum Wissen ist auch die zentrale Problematik in der Informationsgesellschaft. Dabei wird sich das Verhältnis von Bildung und Wissenschaft grundlegend verändern. Gleichbleibende politische Steuerungsmaximen – die Fortdauer neoliberalistischer Politik – vorausgesetzt, wird das öffentliche Bildungssystem, das in der ›Moderne‹ als Institution der Vergesellschaftung wissenschaftlichen Wissens fungiert hat, als solches aufhören zu existieren.

Mit dieser Ausgangstheese komme ich – auf der Basis anderer Grundannahmen und Begründungen im einzelnen – unterm Strich zu einem ähnlichen Ergebnis wie *Klaus-Jürgen Tillmann* in seinem schultheoretischen Essay »Ist die Schule ewig?« (1997). *Tillmann* vermutet, daß die öffentliche Allgemeinbildung auf einen vielleicht vier- oder sechsjährigen Elementarunterricht in den Kulturtechniken reduziert werden wird. Und *Ursula Peukert* kritisiert die Entwicklungen im Bildungsbereich als Aufkündigung des Gesellschaftsvertrags im Verhältnis zu den nachwachsenden Generationen. Angesichts dessen sieht sie eine zentrale Aufgabe der Erziehungswissenschaft darin, ins öffentliche Bewußtsein zu rufen, daß es immer noch eine Frage der Prioritäten ist, wie der gesellschaftliche Reichtum verteilt wird (vgl. Peukert 1997: 291). Ich stimme ihr zu. Es gibt kein Beispiel, wo es erfolgreicher als mit dem Unisono von den »leeren Staatskassen« gelungen wäre, über diese eine Tatsache hinwegzureden, daß der in der Gesellschaft vorhandene Reichtum wächst. Zahlen dazu finden sich in den *Blättern für deutsche und internationale Politik* unter dem Titel »Mut zum Reichtum« (Welz 1998).

Meine *zweite These* lautet, daß in der Informationsgesellschaft die Verflechtung des – über ökonomisch verwertbares, im weitesten Sinne vermarktungsfähiges Wissen verfügenden – Individuums in *Eigentumsbeziehungen* (vgl. Heinsohn/ Steiger 1996; Lohmann



Ingrid Lohmann – Jg. 1953; Prof. Dr., Studium der Erziehungs- und Sozialwissenschaften, Philosophie und Psychologie in Münster; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Didaktik der Mathematik der Universität Bielefeld; Hochschulassistentin. Seit 1992 Professorin für Ideen- und Sozialgeschichte der Erziehung an der Universität Hamburg. Herausgeberin der Schriftenreihe »Jüdische Bildungsgeschichte in Deutschland« (Waxmann); zahlreiche Artikel über den neoliberalen Abbau des öffentlichen Bildungssystems. Der vorliegende Text ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags auf dem 16. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, März 1998 in Hamburg (vgl. Gogolin/Lenzen 1999).

Foto: privat

2000b) eine neue Qualität annimmt. Das Konzept einer von der Wirtschaft insgesamt unabhängigen Bildung, die zumindest in ihrem genuinen Bereich einer autonomen kulturellen Sphäre angehöre, verliert im Zuge dessen seine Funktionalität.

Der wesentliche Impuls für die absehbaren einschneidenden Änderungen geht von der Kommerzialisierung beziehungsweise dem ›Warenförmigwerden‹ der relevanten Informationszugänge aus. Im Vergleich zu den Dimensionen, die das Warenförmigwerden – »die *Kommodifizierung*« (Jameson 1997: 260ff.) – des Wissens annimmt, wird ein Faktor wie Schulgeld, ehemals Instrument der Regulierung des Zugangs zum Wissen und für die meisten nur noch Relikt vergangener Tage, der ›guten alten Zeit‹ angehören, ebenso seine aktuelle Variante, der boomende Markt privaten Nachhilfeunterrichts. Allgemeinbildung wird in der Berufsbildung aufgehoben werden, jedoch unter völlig anderen Vorzeichen, als *Herwig Blankertz* sie noch zu Beginn der achtziger Jahre theoretisch postuliert hat (vgl. Blankertz 1982: 135ff.). Das duale System der Berufsbildung wird bedeutungslos werden; für eine Minderheit wird es unternehmensfinanzierten Qualifizierungsprozessen weichen. Beschäftigungsrelevante Weiterbildung wird ausschließlich den Angestellten zahlungskräftiger Unternehmen zukommen und dies auch nur, solange die Beschäftigten bereit sein werden, das neu erworbene Wissen einzig dem Unternehmenszweck zufließen zu lassen. Dazu werden sie sich vertraglich verpflichten müssen. Wenn ihr Arbeitsvertrag ausläuft, wird ihr inkorporiertes Wissen im wesentlichen veraltet sein. In gewisser Weise wird nicht das Individuum Eigentümer seines Wissens sein, sondern das Unternehmen, bei dem es beschäftigt ist. Dieses ist *eine* Entwicklungsvariante der sich abzeichnenden neuen Beziehungen von Wissen und Eigentum.

Eine andere Variante sind die schon jetzt zahlreichen, im Gefolge von *outsourcing* entstehenden Kleinunternehmen. Deren Eigentümer vermarkten ihr Expertenwissen ›selbständig‹, aber faktisch sind sie vollständig von ihren Auftraggebern abhängig. Dies sind die Aussichten, die im Falle einer Fortschreibung der dominanten Politiklinie zu gewärtigen sind. Meine Position wäre allerdings mißverstanden, wenn sie als Appell gegen Veränderungen gedeutet würde. Wir müssen die Schulen durchaus nicht so beibehalten, wie sie sind, denn sie haben bislang in kaum einer Hinsicht dem Modell des »allen alles« entsprochen, wie es vor dreihundertfünfzig Jahren *Comenius* erdachte. Mit Hilfe der Technologien der Informationsgesellschaft ließen sich die Schulen innerhalb weniger Jahre so umgestalten, wie wir sie im pädagogischen ›Paralleluniversum‹ von *Comenius* immer schon sehen. Aber damit das geschieht, muß Hand an die Bildungspolitik gelegt werden. Dazu muß das Verhältnis von Privatwirtschaft und Schulen reguliert werden – und nicht dereguliert: wie mit der Aufhebung des Werbeverbots an den Schulen durch den Berliner Senat; wie mit dem Rückzug der Landesregierung aus der Schulpolitik zugunsten der Bertelsmann-Stiftung in Nordrhein-Westfalen; wie mit den sogenannten *public-private-partnerships*.

In einer Art resignativem Konservatismus beginnt *Niklas Luhmann* sein Büchlein über »Die Realität der Massenmedien« mit dem Satz: »Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir

leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien« (Luhmann 1996: 9). Dies trifft allerdings noch nicht ganz zu; noch ist es so, daß unser Wissen über die Welt auch und vor allem durch das Bildungs- und Wissenschaftssystem konstituiert wird. Einerseits befinden wir uns zwar gegenwärtig am Beginn einer Epoche, in welcher neoliberale Politik es erleichtert, daß die Technologien der Informationsgesellschaft machtförmig eingesetzt werden, um das Bildungs- und Wissenschaftssystem *direkt* unter die ›Gesetze des Marktes‹ – das heißt von »kreditgetriebenen Eigentumsoperationen« (Heinsohn/Steiger 1996) – zu bringen. Andererseits ergeben sich neue, interessante Gestaltungschancen aus dem Zusammenwachsen von Wissenschaft und Massenmedien (vgl. Krysmanski 1997). Bei entsprechenden Rahmenbedingungen, die allerdings politisch gesetzt werden müßten, könnte in der Tat das, was im Jargon der Netzmenschen jetzt noch *content providing* heißt, also das Einstellen von Inhalten in die elektronischen Netze, ein genuines Feld für Bildungsprozesse im (Neo)Comenianischen Sinne sein.

Neue Euphemismen: Informationsgesellschaft

Für den historischen Wendepunkt in den Beziehungen von Bildungs- und Wissenschaftssystem, mit dem wir es zur Zeit zu tun haben, sind zunächst nicht technologische, sondern – ebensowenig naturwüchsige – ökonomische und politische Entwicklungen kennzeichnend. Der Terminus ›Informationsgesellschaft‹ bezeichnet dabei keinen theoretischen Begriff; er ist – ähnlich wie ›freie Marktwirtschaft‹, ›Industriegesellschaft‹ oder ›Dienstleistungsgesellschaft‹ – nicht geeignet, den Entwicklungen, um die es geht, analytisch auf den Grund zu gehen. Er hat sich jedoch als programmatische Formel in den wirtschaftspolitischen Positionspapieren etwa der EU-Kommission, des Bundeswirtschafts- und des Bundesbildungsministeriums der Ära Kohl, aber auch bei den jetzigen Bonner Regierungsparteien durchgesetzt, und aus Gründen der leichteren Verständigung ist es daher hilfreich, sich seiner zu bedienen. Das Wort selbst ist ersetzbar; tatsächlich ist an seiner Stelle häufig auch von ›Wissensgesellschaft‹ die Rede.

Vertreter der neu erdachten ›Kommunikationswissenschaft‹ haben es schwer, theoretisch mit der rasanten Entwicklung in diesem Bereich mitzuhalten. Zum Beispiel schreiben *Martin Löffelholz* und *Klaus-Dieter Altmeyen*: »Mit der Erfindung der ›Informationsgesellschaft‹ wird Information bzw. Kommunikation ... erstmals in den Fokus einer Gesellschaftsbeschreibung gerückt, die sich auf eine historisch konkretisierbare Phase der Gesellschaftsentwicklung bezieht.« Anders als bei früheren Gesellschaftsbeschreibungen erlaube der Stand der Theoriebildung »heute freilich«, die Informationsgesellschaft »nicht als holistisches Modell, sondern als einen unter mehreren Ansätzen« zur Selbstbeschreibung heutiger Gesellschaften zu verstehen.

Und im Bemühen, nicht mit der soziologischen Kritik der sechziger und siebziger Jahre assoziiert zu werden, schließen sie durchaus irrig: »Vom Anspruch auf ein universales Gesellschaftskonzept können wir deshalb Abstand nehmen« (Löffelholz/Altmeyen 1994: 571). Keineswegs Abstand von universalen Konzepten nehmen un-

Für eine Rückschau auf die bisherige Entwicklung liefern *Löffelholz/Altmeyen* immerhin einige nützliche Elemente: Seit den sechziger Jahren haben in Japan, den USA und europäischen Ländern verschiedene *Modelle* von Informationsgesellschaft zur Diskussion gestanden. Mit Hilfe solcher Modelle ist etwa in OECD-Analysen die ›ökonomische Wertschöpfung durch Informationstätigkeiten‹ als maßgeblicher Indikator zur Unterscheidung zwischen *Industriegesellschaft* und *Informationsgesellschaft* verwendet worden. Kritisch eingewendet wurde gegen diese Modelle, daß die Abgrenzung des Informationssektors auf der Basis von Berufen oder Tätigkeiten vorgenommen wurde: Dabei hat man zu Informationsarbeitern alle Erwerbspersonen gezählt, »die Informationen produzieren, verarbeiten und verteilen oder den Apparat zur Vermittlung und Verbreitung in Gang halten« – eine Definition, mit der unversehens Tätigkeiten wie Kindergärtnerin, Buchhalter, Physikerin, Förster und Gastwirtin als Informationsberufe klassifiziert wurden (eine Klassifikation, die, nebenbei, eine bemerkenswerte Nähe zu *Gramscis* Begriff der Intellektuellen aufweist). Zwischenzeitlich ist vorgezogen worden, die Informationsgesellschaft nicht als ›nachindustrielle Gesellschaft‹, sondern als ›informatisierte Industriegesellschaft marktwirtschaftlicher Prägung‹ zu fassen. Wie dem auch sei: Fest steht, daß mittlerweile in allen OECD-Ländern, mit Verzögerungen auch in der Bundesrepublik, die informationstechnologische Vernetzung als infrastrukturelle Voraussetzung der Informationsgesellschaft zu den zentralen wirtschaftspolitischen

Ausbauzielen gehört (vgl. Löffelholz/Altmeppen 1994 passim).

In der deutschen Geschichte war der öffentliche Bildungssektor anfänglich gegen den feudalen Staat gerichtet. Entsprechend war der Bildungsbegriff revolutionär – hierauf hat zuletzt Jörg Ruhloff (1997) in seiner »Offenen Erwiderung auf die Bildungsrede des Bundespräsidenten Herzog« hingewiesen. Der Bildungsbegriff war eben nicht Formel für die individuelle Anpassung an die sogenannten Sachzwänge des Wirtschaftens. Öffentliche allgemeine Bildung war hierzulande für die Herausbildung der Wirtschaftsbourgeoisie und ihrer intellektuellen Eliten, für die Entfaltung der kapitalistischen Ökonomie überhaupt, wichtiger als im Frankreich der politischen und im England der industriellen Revolution. Das deutsche Neobürgertum war gegenüber den herrschenden Schichten des alten Regimes schwach, und in Preußen dominierte noch bis weit ins 19. Jahrhundert hinein das traditionale Stadtbürgertum. Unter anderem deshalb, so jedenfalls die Sichtweise in weiten Teilen der historischen Sozialwissenschaft, kam eine politische Revolution ja nicht so recht beziehungsweise zu spät zustande (vgl. kritisch dazu Rürup 1998).

terdessen nämlich die Chefs global operierender Banken und Wirtschaftsunternehmen.

Für *Bill Gates* zum Beispiel ist der »Eintritt in die Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts ... nur möglich, wenn die Vorbereitungen dafür in einen globalen Kontext gestellt werden« (Gates 1995: 12).

Je mehr das Konzept der Medien-, Wissens- oder Informationsgesellschaft politisch in aller Munde ist, um so aufschlußreicher ist die Tatsache, daß seine Protagonisten die Aufgabe der Schule allenfalls in der Beschaffung von sozialer Akzeptanz sehen. Außer in der politischen Rhetorik stehen nämlich Erwägungen, »ob und wie sich schulische Bildungsprozesse nunmehr verändern müssen«, durchaus nicht im Zentrum regierungspolitischen Handelns. Sonst stünden auch die staatlichen Bildungsbudgets – die sich genauso gezielt füllen ließen wie sie bislang neoliberal-absichtsvoll geleert worden sind – inzwischen ganz anders da. Der vormalige Bundesbildungsminister etwa konstatierte eher leidenschaftslos, daß in Deutschland »nur wenige bereits in der Schule« lernten, sich in dem riesigen Wissensmeer zu orientieren, das da weltweit im Entstehen sei (vgl. Rüttgers 1997: 50).

Die rot-grüne Regierungskoalition schlägt hier kaum andere Wege ein: Eine massive Steigerung der Staatsausgaben für den Ausbau des öffentlichen Bildungssystems und die Sicherung des Zugangs zu den neuen Technologien für *alle* Schülerinnen und Schüler – einschließlich der Bereitstellung von Finanzmitteln für eine verbesserte technische und Personalausstattung, für Lehrerfortbildung und die Entwicklung von Unterrichtsmodellen, die die Integration der neuen Medien in den pädagogischen Prozeß auf intelligente Weise befördern – gehören offensichtlich *nicht* zu den vorrangigen politischen Zielsetzungen der neuen Regierung. Mindestens ebenso aufschlußreich ist allerdings, daß die großen Wirtschaftsverbände ihrerseits keine dementsprechenden Forderungen an die Regierung stellen.

Entkopplung von Bildung und Wissenschaft: Postmoderne

In der »Moderne« war das Bildungssystem die wichtigste Institution für die Schaffung von kognitiven und sozialen Zugängen zum Wissen – und für die Begrenzung dieser Zugänge. Speziell im Deutschland des 19. Jahrhunderts hat das Bildungssystem als Bestandteil bürgerlicher Öffentlichkeit eine bedeutende Rolle gespielt; ihm kamen in hohem Maße Funktionen der Liberalisierung gerade auch im Sinne der Entwicklung des modernen Marktes zu – so durch die Vermittlung von Kulturtechniken und durch Erziehung, die auf die bürgerliche Freisetzung des Individuums zielte. Der freie Bürger ist das Subjekt der kapitalistischen Eigentumsgesellschaft. Dazu gehört, daß er im juristischen Sinne Eigentümer seiner selbst wird. Dies schließt das Recht der freien Verfügung über die eigene Arbeitskraft ein, also auch das Recht, sie zu verkaufen.

Die Beziehungen von Bildungs- und Wissenschaftssystem entwickelten sich in keiner kapitalistischen Industrienation geradlinig im Sinne zunehmender Demokratisierung wissenschaftlichen Wissens, schon gar nicht in Deutschland. Festzuhalten ist gleichwohl, daß in der bürgerlichen Gesellschaft, besonders in der deutschen, das

öffentliche Bildungssystem die wichtigste Institution für die soziale Verbreitung wissenschaftlichen Wissens war (und noch ist). Vermittelt über die Qualifizierung der Individuen war es (und ist es noch) der wichtigste Transformator der Wissenschaft zur ökonomischen Produktivkraft.

Dieser Zusammenhang von Bildung und Wissenschaft steht jetzt zur Disposition. Denn wir befinden uns, so meine *dritte These*, hinsichtlich der öffentlichen allgemeinen Bildung nicht mehr in der ›Moderne‹, sondern in der ›Postmoderne‹ (vgl. Jameson 1991, 1997) – jenem späten Stadium des Kapitalismus also, in dem weder *Öffentlichkeit* noch *Allgemeinheit der Bildung* weiterhin zu den politischen Intentionen der Bourgeoisie gerechnet werden dürfen, oder sagen wir: zu den Intentionen jener *global players*, die unter anderem, aber nicht nur, aus der Bourgeoisie hervorgegangen sind.

Zu den Paradoxien dieses Stadiums gehört, daß just in dem Moment, wo das Konzept der ›Wissengesellschaft‹ einen qualitativen Sprung in der Bedeutung von Wissen für jedes einzelne Individuum annehmen läßt, diejenige Institution, die bislang als zuständig für Wissensvermittlung galt, systematisch heruntergebracht wird. Seit die vom damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten *Lothar Späth* ins Leben gerufene *Kommission für Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen* (vgl. Späth-Kommission 1983) diese Marschrichtung im Umgang mit den öffentlichen Schulen vorgab, werden diese planvoll unterfinanziert, werden Arbeitsbedingungen wie öffentliche Wertschätzung des pädagogischen Personals systematisch verschlechtert: bis sich am Ende alle darin einig sind, daß die öffentliche Schule als Modell ausgedient hat. Und daß ein neues Konzept her muß, etwa das sogenannte *Netzwerk innovativer Schulen*, wie es »700 Lehrer, Erziehungswissenschaftler und Avantgardisten aus der Schulverwaltung« (Kahl 1998: 50) im März 1998 in Münster unter Anleitung ihres Gütersloher *global players* angedacht haben.

Tatsächlich bringt das ›Informationsgesellschaft‹ genannte Stadium des Spätkapitalismus, in dem wir uns befinden, die infrastrukturellen und technologischen Voraussetzungen für die Entkopplung von Bildung und Wissenschaft sowie für die Marginalisierung des öffentlichen Bildungssystems in großem Stil mit sich. Natürlich geschieht hier – ebenso wie bei jeder anderen Technologie – nichts im Selbstlauf. Vielmehr handelt es sich um diejenige Entwicklungslinie, die ökonomisch und politisch favorisiert und vorangetrieben wird. Denn tatsächlich könnte niemand ernsthaft bestreiten, daß mehr oder weniger die gleichen infrastrukturellen und technologischen Voraussetzungen, zu vergleichsweise geringen Kosten und binnen kurzer Zeit, statt dessen auch dazu dienen könnten, das pädagogische ›Paralleluniversum‹ von *Comenius* in unsere Galaxis zu verpflanzen. Dies sollte klar gesehen werden. Der Zeitdruck, der mit der Rede vom ›drohenden Verlust an Standortqualität‹ erzeugt wird, dient unter anderem dazu, diese Tatsache zu vernebeln. Er soll verhindern, daß hier von größeren Teilen der Bevölkerung politische Forderungen erhoben werden, die dann vielleicht sogar über ein Minimalkonzept wie das der »informationellen Grundversorgung« (SPD-Parteivorstand 1997) hinausgehen.

Die Subjekte des Prozesses, mit dem wir es zu tun haben, sind nun keineswegs nur neoliberale Marktideologen oder das Bildungsministerium oder die EU-Kommission. Wie auch für andere Dimensionen des Spätkapitalismus mag es hier und da noch schwerfallen, die beteiligten Akteure und zugehörigen Prozesse theoretisch dingfest zu machen. Die Entkopplung von Bildung und Wissenschaft jedenfalls hat für beide Seiten – Bildung und Wissenschaft – strukturell vergleichbare Konditionen. Beide Bereiche werden einestheils privatisiert und anderenteils, da wo sie nicht in Eigentumsoperationen umgestaltet und marktförmig verwertet werden können, marginalisiert. Gewohnheitsmäßig werden Wissensvermittlung und Wissensaneignung in Deutschland noch lange als *Bildung* bezeichnet werden, auch wenn sie längst *Eigentumsoperationen mit Wissen* geworden sind und dreiviertel der Bevölkerung daran keinen ökonomisch relevanten Anteil mehr haben werden.

Die Verlockung, mit welcher dieser Prozeß in bezug auf den Bildungssektor begleitet wird, lautet, daß dies der Weg ist, jenes unproduktive Moment abzustreifen, das *Bildung* aufweist und das sie von *Qualifikation der Arbeitskraft* unterscheidet (und das nur Sinn macht, solange es eine öffentliche Sphäre gibt, in welcher Bildung zur Anwendung gelangen kann: indem sich der ›Staatsbürger‹ an der politischen Leitung der Gesellschaft beteiligt). Die Verlockung lautet, daß der ›freie Bürger‹, bisher nur Eigentümer seiner selbst und seiner Arbeitskraft, aber – wie für die große Mehrheit gilt – von nur Wenigem darüber hinaus, den Gefährdungen eines national wie global schrumpfenden Arbeitsmarkts ein für allemal entgehen kann: Wenn er künftig nicht mehr nur seine Arbeitskraft verkauft, sondern sich als selbständiger Anbieter einer *Dienstleistung*, als Unternehmer versteht; wenn er sich selber, als Person, bewirtschaftet. Die Verlockung lautet, daß die bisherige ökonomische *Nachrangigkeit* der Eigentumskategorie ›freie Arbeitskraft‹ (vgl. Heinsohn/Steiger 1996: 362) durch gesteigerte Chancen der Teilhabe an den relevanten ökonomischen Prozessen beseitigt wird, wenn nur erst *Wissen durch kreditgetriebenes Bewirtschaften zu Eigentum* geworden ist.

Zur Entkopplung von Bildung und Wissenschaft und damit zur Marginalisierung des öffentlichen Bildungssystems tragen folgende drei Faktoren maßgeblich bei: die sogenannte Autonomie der Schule, der strukturelle Umbau des pädagogischen Personals und die veränderte Philosophie der Unternehmensführung.

Die ›*Autonomisierung der Schule*‹ bereitet der Kommerzialisierung des Bildungssektors den Boden. Die öffentlichen Bildungseinrichtungen verlieren darin nach und nach ihren Status als Institutionen der Öffentlichkeit, des Gemeinwesens, und werden (re)privatisiert. Dabei geht es im Stadium der Postmoderne natürlich nicht um den Aufstiegskampf des *bourgeois*, der gegen Adel und Feudalherrschaft zur gesellschaftlichen Durchsetzung und Entwicklung der ihm gemäßen Wirtschaftsweise die Sphäre des *citoyen*, die Zivilgesellschaft, hervorbringen muß. Heute geht es für die *upper classes* eher darum, die Demokratisierung des Bildungswesens in den siebziger Jahren und ihre Folgen durch Umstrukturierung zu beseitigen. Global gesehen jedoch unternimmt der *bourgeois* einen neuen Vorstoß, sich des *citoyen* zu entledigen, und alle, die wir Einkommen aus der

Der Berliner Landesvorsitzende der GEW, Erhard Laube, kritisiert das als »blamables Eingeständnis falscher Steuer- und Finanzpolitik, wenn durch staatliche Vorgaben öffentliche Kassen so leer werden, dass der grundgesetzlich garantierte Bildungsauftrag kaum noch zu erfüllen ist« und wenn »auf der anderen Seite durch eine falsche Steuerpolitik entlastete Unternehmen Einfluss auf die Schulen gewinnen können. Auch finanzstarke Firmen haben kein Geld zu verschenken. Werbegelder werden sie da einsetzen, wo ein möglichst hoher Werbeeffect zu erwarten ist« (Laube 1997: 40).

Beteiligung an den realen ökonomischen Prozessen des Weltsystems beziehen, sind daran beteiligt (vgl. Wallerstein 1995: 230). Man muß allerdings bezweifeln, daß die Bildungstheorie Relevantes zur Erkenntnis dieses Vorgangs beiträgt, wenn sie nicht über Truismen der Art hinaus gelangt, daß »wir auf dem Weg in die Informationsgesellschaft« mit verstärkten Anforderungen an »Flexibilität beim einzelnen« (Marotzki 1997: 187f.) zu tun haben.

In dieses Konzept paßt auch die Kommerzialisierung der Schule. Berlin war das erste Bundesland, in dem die Schulverwaltung 1997 das Werbeverbot an Schulen aufgehoben hat. Zwar befaßt sich die *GEW* gelegentlich mit dieser Sachlage. Aber vielen Pädagoginnen und Pädagogen bleibt weiterhin verborgen, daß das Berliner Beispiel die eigentliche Rationale der Autonomiedebatte um die öffentlichen Schulen präzise bezeichnet. Denn ungeachtet aller bisherigen Debatten um den euphemistisch benannten Vorgang wird dieser von großen Teilen des pädagogischen Personals noch immer als Chance aufgefaßt, der einzelnen Schule ein, wie es heißt: *individuelles Profil* zu geben. Landauf, landab sind Schulleitungen damit beschäftigt, sich über die »Konkurrenzfähigkeit ihrer Schule *am Markt*« den Kopf zu zerbrechen: das heißt darüber, wie sie die elterlichen Erwartungen und Aspirationen – hochgradig private Interessen – bedienen können. Viele Lehrerinnen und Lehrer erhoffen sich größere Gestaltungsspielräume im Unterricht, wenn sich der Staat aus den Schulen zurückzieht. Das Gegenteil wird jedoch der Fall sein. je weiter dieser Prozeß, in welchem die Schulen unmittelbar *marktförmig* werden, voranschreitet.

Strukturell ähnelt das Ergebnis der ordnungspolitischen Deregulierung der Schulen bereits dem im Bereich der Rundfunk- und Fernsehanstalten: Wettbewerbsverschärfung, Werbefinanzierung, Einschaltquotenorientierung lauten die Stichworte. Beide Seiten, pädagogisches Personal und Elternschaften vieler Schulen, arbeiten auf diese Weise der Privatisierung und damit Abschaffung des öffentlichen Bildungssystems zu. Am Ende wird die Schullandschaft von extremer sozialer Heterogenität und, gleichzeitig, marktförmiger Monotonie geprägt sein; letztere wird sich, wie in der Medienwirtschaft auch, optisch als *Zielgruppenorientierung*, als *Individualisierung* darstellen, die sich die Anbieter teuer bezahlen lassen werden. Den Fortgang der *Marginalisierung* des (noch) öffentlichen Bildungssystems wird diese vermeintliche Individualisierung jedenfalls nicht stoppen. Im Gegenteil befördern die Akteure – pädagogisches Personal, Elternschaften, Schulverwaltungen – die wachsende Konkurrenzfähigkeit der Massenmedien und der privaten Bildungsträger auf dem Gebiet der Wissensvermittlung und Zertifizierung. Damit muß sich nicht automatisch alles zum Schlechten wenden. Aber sehen muß man, daß es um Sein oder Nichtsein eines öffentlichen Bildungswesens geht.

Marktkonforme Umgestaltungen der öffentlichen Schulen besorgen derzeit die sogenannten *public-private-partnerships* und andere Formen privaten Sponsorings (vgl. Lohmann 1998, 2000a). Ganz vorn mit dabei rangieren die von Konzernen oder ihren Stiftungen ausgeschriebenen Schülerwettbewerbe, wie *Join Multimedia* (1997) der *Siemens AG* unter dem Motto »Erziehung in der Informationsgesellschaft« – mit 1.713 teilnehmenden Schülerteams und insgesamt

In der neuen, privatwirtschaftlich moderierten Bildungspolitik lautet die Variation des neoliberalen Themas für Lehrerinnen und Lehrer wie folgt: »Sie haben, guter Pädagoge, der Sie sind, viel mehr Kreativität und Leistungsbereitschaft, als Sie angesichts veralteter Lehrpläne, übervoller Curricula und der Gängelei durch die Schulaufsicht an den Tag legen können. Sie sind es doch – und nicht die Bürokraten, die Ihnen im Nacken sitzen –, die sehen, was wirklich geändert werden muß. Wir geben Ihnen die Gelegenheit, einmal ungehindert von den Zwängen des pädagogischen Alltagsgeschäfts in ein *brainstorming* darüber einzutreten, wie die Schule der Zukunft aussehen könnte. Wir hören Ihnen zu und diskutieren mit Ihnen darüber, was sich aus Ihren Ideen machen läßt.« Wer wollte sich da nicht verstanden und erhöht fühlen und mit einem Anflug von Verachtung auf jene Kollegen blicken, die dazu von Anfang an geäußert haben, daß sie sich als Lehrer weder kompetent fühlen noch Lust dazu haben, sich permanent auch als Spendenakquisiteur, Drittmittelverwalter, Schulmanager sowie Moderator von Eltern- und Sponsoreninteressen zu verstehen? Am Ende wird es so sein, daß die Spielräume der Pädagogen vielleicht hübscher denn je gestaltet sein werden (in den meisten Fällen werden sie so heruntergekommen sein, wie sie es sich zur Zeit noch gar nicht ausmalen mögen). Aber nach welchen Regeln gespielt wird und *wo sich die Ausgänge befinden*, werden weder die Pädagogen noch ihre Gewerkschaft und Verbände oder die von ihnen gewählten politischen Parteien bestimmen, sondern

die *global players*.

Von den 10.623 an *Join Multimedia* beteiligten Schülerinnen und Schülern sind 72 Prozent Jungen – das heißt: Mädchen sind nur mit 28 Prozent vertreten. Von den 1.188 Partnerschulen sind 45 Prozent Gymnasien – neben 19 Prozent Realschulen, 9 Prozent Gesamtschulen, 12 Prozent Hauptschulen, 14 Prozent beruflichen Schulen und einem Prozent ›sonstigen‹. 18 Prozent der Partnerschulen befinden sich in Bayern, 15 Prozent in Nordrhein-Westfalen, 15 Prozent in Niedersachsen, 14 Prozent in Baden-Württemberg. Die übrigen zwölf Bundesländer teilen sich in das verbleibende Drittel (die Daten verdanke ich *Ulrich Jahnke*, vormals GEW-Geschäftsstelle Berlin).

Die Zunahme der Zahl der ›Freien‹ zeichnet sich, so *Inge Goerlich* in der *GEW-Zeitschrift Erziehung und Wissenschaft*, schon seit längerem ab: »Denn die komplette Deregulierung – d.h. der Ersatz von festangestellten Beschäftigten durch freie Mitarbeiter – ist billiger als jede beliebige Maßnahme der Flexibilisierung der Arbeitszeit.« Und weiter stellt sie fest: Zehn Milliarden Mark jährlich »verlieren die Sozialkassen durch die explosionsartige Zunahme der Scheinselbständigen in allen Branchen. Auf dem Teilarbeitsmarkt Bildung beschränkt sich dieses Phänomen längst nicht mehr nur auf die privaten Bildungsträger. Die Entwicklung im freien Sektor wirkt nachhaltig auf die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Schulwesen. In einigen Ländern tragen 620-DM-Lehrkräfte bereits heute zur Sicherung der Unterrichtsversorgung bei«

25 000 Megabytes eingereichten Wettbewerbsdaten. Aufgabe der Wettbewerbsteams ist es, zu einem der vorgegebenen Themen ein Drehbuch zu erstellen und dies mit Hilfe der *join-multimedia-software* (um deren Erhalt die Schulen sich zu bewerben haben) in eine Multimedia-Show am PC umzusetzen.

Ferner hat der *Umbau des pädagogischen Personals* erhebliche strukturelle Konsequenzen für das Bildungssystem. Weichen für den Umbau im Bereich des Lehramts werden durch die Bestrebungen, die Lehrerausbildung an Fachhochschulen zu verlagern, durch die Einführung von Kurzstudiengängen sowie durch das Hochschulrahmengesetz gestellt. Auch die Tendenzen zur Entgrenzung der pädagogischen Ausbildungsgänge tragen dazu bei. Gab es bisher klare Differenzierungen zwischen Magister-, Diplom- und Lehramtsstudiengängen, so wird mit dem neuen Hochschulrahmengesetz eine weitreichende Angleichung der (noch) universitären Lehrerausbildung an die übrigen pädagogischen Ausbildungsgänge in die Wege geleitet. Diese Entwicklung wird von vielen Angehörigen pädagogischer Berufsgruppen begrüßt werden, weil sie ihre Arbeitsplatzflexibilität erhöht, und von Studierenden, für die sich ein Studiengangwechsel dadurch um einiges erleichtert. Nur muß man sich im klaren darüber sein, daß die Abschaffung des Beamtenstatus für Lehrer den Rückzug des Staates aus der öffentlichen Bildung als Hoheitsaufgabe impliziert. Und dies wiederum bedeutet nicht nur, daß der Staat künftig die Verantwortung für die Bereitstellung einer genügend großen Zahl an Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Lehrer ohne weiteres wird von sich weisen können. Es bedeutet auch, daß der größte Teil des pädagogischen Personals der Republik auf der Basis von 620-Mark-Jobs beschäftigt werden wird.

Noch wird diese Entwicklung, da die Klientel in Lohn und Brot ist, von den Gewerkschaften eher dilatorisch behandelt. Auch sei darauf hingewiesen, daß es kein Zufall ist, wenn diese Entwicklung zuvörderst pädagogische Berufssparten trifft, in denen inzwischen zu einem hohen Prozentsatz Frauen arbeiten, und die Pläne für Statusabsenkung und Entakademisierung des öffentlichen Lehramts sowie (Wieder)Einführung von Kurzstudiengängen sind nicht zufällig für *die* pädagogischen Berufe beziehungsweise *die* Schulstufen am weitesten gediehen, in denen der Frauenanteil im Personal besonders hoch ist.

Wie man sich das gesellschaftspolitische Umfeld für den neoliberalistischen Strukturwandel des deutschen Bildungssystems im einzelnen vorzustellen hat, hat *Kurt Biedenkopf* der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, auf ihrem 28. Kongreß in Dresden, mit seinem Schlagwort von der »Arbeits- zur Bürgergesellschaft« dargelegt. Seine Perspektive lautet, daß einfache Dienstleistungen in Zukunft auch in Deutschland ein Ansehen genießen werden, wie dies in den USA längst der Fall ist. Daß sich auch hierzulande bald niemand mehr schämen wird, öffentlich gesehen zu werden, wie er (oder sie) sich die Schuhe putzen läßt. Aufgabe des Bildungssystems wird es dann sein, zu gewährleisten, was ehemals – vor der Bildungsreform der sechziger und siebziger Jahre – *volkstümliche Bildung* hieß, nämlich, so *Biedenkopf*, eine »Revitalisierung regelkreisfähiger, überschaubarer Einheiten« für die Bürgerin und den Bürger, verbun-

den mit der gesellschaftlichen »Anerkennung von Tätigkeiten, die heute entweder gar nicht oder nur in sehr geringem Umfang anerkannt werden«, zusammengehalten von der »identitätsstiftenden Wirkung« der »kulturellen Dimension« – alles aber (um Himmels willen!) nicht im Kontext einer einheitlichen europäischen Arbeitsmarktpolitik, sondern im Rahmen des »regionalen Ansatzes«, den »wir«, »für die Lösung der Arbeitsmarktprobleme und damit auch für den Übergang von der Arbeitsgesellschaft in die Bürgergesellschaft zwingend ... wählen müssen« (Biedenkopf 1997: 67, 69).

Diese Perspektive eines Bildungssystems für die zwar nur »geringfügig beschäftigte«, mit ihrer überschaubaren Lebenswelt aber rundum zufriedene Bevölkerungsmehrheit könnte man das Modell einer *Sachsfizierung* der öffentlichen Schulen nennen. Ihm steht – für die Qualifizierung der technisch-intellektuellen Dienstklassen – das Modell der, um im Bild zu bleiben: *Hamburgifizierung* zur Seite.

Der Basisprozeß für die beiden vorgenannten Entkopplungsfaktoren liegt in der Umwälzung der Unternehmenskultur, in der Änderung der *Philosophie des Managements* – dies ist keine deutsche Erfindung, sie findet aber auch hierzulande mehr und mehr Anwendung. In Einrichtungen der Erwachsenen- und Weiterbildung wird zur Zeit darüber gerätselt, wie die Qualifikationen auszusehen haben, die vermittelt werden müssen, damit man angesichts der »arbeitsmarktpolitischen Megatrends« künftig mithalten kann: »Es ist bereits jetzt ein Trend zur Einstellung Höherqualifizierter festzustellen und eine Ausrichtung auf Kernkompetenzen, deren Definition aber im Dunkeln blieb« – so das *Deutsche Institut für Erwachsenenbildung* (Frankfurt/M.) in einem Bericht. Und weiter: »Bildungsträger werden auch künftig präventive Aufgaben haben, das heißt durch Qualifizierung, deren Inhalte aber nicht eindeutig sind, zur Sicherung der Arbeitsplätze beitragen« (Brüning 1998). Wie sich zeigt, hält die neue Unternehmensphilosophie mit ihren Erwartungen an »Qualifikation« jedoch durchaus nicht hinterm Berg.

Kennzeichen der Unternehmensreorganisation bei den global operierenden Konzernen sind Segmentierung, Internationalisierung, Konzentration auf Kernkompetenzen und *outsourcing*: Die Unternehmen teilen den Markt in Segmente auf und ordnen jedem Marktsegment ein Unternehmenssegment zu. Die wichtigen Entscheidungen fallen auf internationaler Ebene, die Bedeutung der nationalen Geschäftsführungen ist deutlich reduziert. Jedes Unternehmen konzentriert sich auf *Kernkompetenzen*, wohingegen weniger wesentliche Bereiche ausgegliedert werden. Die alte Organisation, das Kommandosystem, war in Funktionsbereiche gegliedert und in hohem Maße hierarchisch. In der neuen Organisation hingegen werden keine Anweisungen erteilt, sondern den Teams wird mitgeteilt: »Hier ist euer Marktsegment, das ist eure Welt, da müßt ihr euch bewähren.« Und das neue Prinzip lautet: »Macht was ihr wollt, aber seid profitabel. Die Sicherheit eurer Arbeitsplätze liegt in euren Händen.« Die Zahl der Mitarbeiter eines Unternehmenssegments ist überschaubar, und es wird viel getan, damit die Gruppe ihren Erfolg am Markt zu spüren bekommt. Die Maxime unternehmerischen Handelns wird definierender Teil des Arbeitshandelns. »Was die Menschen in diesen Einheiten treibt, sind nicht Anweisungen des Managements, sondern

(Goerlich 1998: 19).

Die mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen der »neuen« Philosophie des Managements für zahlreiche Beschäftigte, die gemeinhin als *Scheinselbständige* bezeichnet werden, hat *Andreas Zielcke* in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* treffend dargelegt.

In einem längeren Artikel beschreibt er die hochgradig ambivalente Metamorphose des Arbeitnehmers zum Unternehmer: »War mit dem Zusammenbruch des osteuropäischen Kommunismus der beabsichtigte historische Großversuch, das Kapital zu sozialisieren, fehlgeschlagen, findet nun hier, innerhalb des Kapitalismus, der unbeabsichtigte, selbstzündende und gleichwohl viel raffiniertere gegenteilige Versuch statt, der Versuch, die Kapitalisteneigenschaft zu sozialisieren.« Und er prognostiziert, daß infolge des nunmehr begonnenen Großversuchs einer, gewissermaßen, »Demokratisierung des Kapitalistenstatus« die Arbeitnehmerschaft, die schon jetzt alles andere als homogen sei, »endgültig zwischen aristokratisierenden und plebejisierenden Trends zerrissen« wird (Zielcke 1996; vgl. Schmiede 1996).

Die neuen Arbeitsbedingungen für die gut Ausgebildeten beschreibt *William Bridges* am Beispiel der *Microsoft Corporation*. Die Mitarbeiter arbeiten jederzeit, ohne über ihre Stunden Buch zu führen; vielmehr achten sie selbst auf ihr Arbeitsergebnis. Sie sind nicht Managern, sondern den Projektgruppen unterstellt, denen sie angehören, und es dauert nicht lange, ein Teammitglied auszumachen, das »nicht richtig mitzieht«. In diesem System gibt es

keinen Schutz durch die Grenzen eines fest umrissenen Aufgabengebiets, mit der Folge, daß *normal* und *ausreichend* zu arbeiten als Synonym für *unter dem Standard* gilt. »Von den Angestellten bei *Microsoft* wird, wie von denen in vielen anderen Unternehmen ohne festumgrenzte Arbeitsplätze, erwartet, daß sie über die Grenzen hinaus arbeiten, die ein Job ihnen setzt.« Denn: »»Sie werden nicht lange bei *Microsoft* bleiben, wenn Sie Ihren Job lediglich als Job auffassen««. Aber auch unabhängig davon gehört eine langfristige Beschäftigung in einem Unternehmen »für die meisten Angestellten der Vergangenheit an« (Bridges 1996, 61ff., zit.nach Glißmann 1996).

Ich stütze mich hier auf die Darstellung, die *Wilfried Glißmann* auf der IG-Metall-Tagung *Arbeiten in der Informationsgesellschaft* vorgelegt hat. *Glißmann* ist Gesamtbetriebsrats- und Aufsichtsratsmitglied der *IBM Corporation, Informationssysteme GmbH*. Er insistiert auf der Notwendigkeit eines wissenschaftlichen Begreifens dieser Umbruchsprozesse; anders sei ein Ansatzpunkt für eine neue Art von Solidarität gar nicht zu entwickeln. Die Auswirkungen der neuen Formen der Unternehmensführung für das Individuum beschreibt er so: »Es ist etwas ganz tolles, ohne direkte Anweisungen des Managements arbeiten zu können und tatsächlich einen großen Entscheidungsspielraum zu haben. Ebenso die Erfahrung, geschäftlich etwas bewegen zu können und dabei auf internationaler Ebene zu agieren. Gleichzeit ist es aber etwas, was

die ›Sachzwänge des Marktes‹ selbst.« In diesem System ist jeder einzelne individueller Anbieter seiner Fertigkeiten. Er konkurriert unmittelbar mit jedem anderen – gerade auch als Mitglied eines Teams (vgl. Glißmann 1996: 3f., 11).

Mit der Einführung des sogenannten Globalhaushalts ist übrigens auch an den deutschen Universitäten damit begonnen worden, Strukturen herbeizuführen, deren Effekte mit den geschilderten weitgehend übereinstimmen. Der rapide Bedeutungsverlust der traditionellen Selbstverwaltungsgremien zugunsten *ad hoc* einberufener Expertentreffen ist eine Erscheinungsform dieses Vorgangs.

Strukturwandel der Bildung in der Informationsgesellschaft – zwei Beispiele

Abschließend skizziere ich zwei Beispiele aus dem Strukturwandel des Bildungssystems in der Informationsgesellschaft, die unterschiedliche Entwicklungsoptionen akzentuieren. Welches Mischungsverhältnis zwischen diesen Optionen die künftige Entwicklung bestimmen wird, ist eine Frage des politischen Gestaltungswillens seitens aller Beteiligten und Betroffenen und nicht zuletzt eine Machtfrage (vgl. dazu die Beiträge in Drossou u.a. 1999).

Die *Aneignung und Vermittlung von Wissen als Eigentümeroperationen* – Als die größte Herausforderung im weiterführenden Bildungssektor in den USA bezeichnen Beobachter die *University of Phoenix* in Arizona. Mit 40.000 Studierenden ist sie in relativ kurzer Zeit zur größten privaten Universität des Landes geworden, und zwar unter Anwendung privatwirtschaftlicher Organisationsmodelle. Sie wird nicht aus Steuergeldern finanziert, sondern als steuerzahlendes Unternehmen geführt. Das, was diese Universität von anderen unterscheidet, ist, daß sich an ihr nur Studierende ab einem Alter von 24 Jahren einschreiben können und dies auch nur dann, wenn sie in einem gutbezahlten Beschäftigungsverhältnis stehen.

Die *University of Phoenix* nimmt für sich in Anspruch, die Vorteile von staatlichen und privaten Hochschulen zu kombinieren. Sie hat praktisch kein hauptamtliches Lehrpersonal, keine Bibliotheken, und ist allemal »kein Platz zur Erforschung der Wahrheiten westlicher Philosophie« (Bronner 1997). Sie bietet den Bachelor und den Master's Degree an, und zwar überwiegend in den Bereichen Unternehmensführung, Informationstechnologie, Gesundheit und *education*. Für ihre Campusfilialen hat sie in einem Dutzend Bundesstaaten Gebäude angemietet. Unter Nutzung des Internet ist sie die führende Fernuniversität der USA. Die meisten ihrer Lehrenden sind freiberuflich tätig, und die Studienbedingungen sind ganz auf die Bedürfnisse Berufstätiger abgestellt. Etwa drei Viertel der Studierenden bekommen zumindest einen Teil der Studiengebühren von den Unternehmen erstattet, bei denen sie beschäftigt sind.

Das Beispiel der *University of Phoenix* markiert eine neue Qualität von Eigentumsoperationen mit *Wissen als Ware*. Auf dieser neuen Stufe der Verknüpfung von Bildung, Besitz und Eigentum sind alle Beteiligten zugleich Gläubiger und Schuldner: die Universität als Unternehmen; die Firmen, die die Qualifizierungsprozesse ihrer Beschäftigten finanzieren; die lehrenden Firmenspezialisten und Freiberufler; die Studierenden, die die in sie investierten Ausbildungs-

kosten wieder erwirtschaften müssen. Tritt etwa hier, in der engen Verknüpfung mit Eigentumsoperationen, das klassische Bildungskonzept jenseits seiner verhimmelten Interpretationen schlußendlich in seinem wahren Gehalt in Erscheinung?

Ein einheimisches Beispiel ist das Förderkonzept ›Globale Elektronische und Multimediale Informationssysteme für Naturwissenschaft und Technik‹, kurz: *Global-Info*, des Bildungsministeriums (vgl. BMBF 1997b). Es schließt an das für die Jahre 1996 bis 2000 ausgelegte Programm der Bundesregierung »Information als Rohstoff für Innovation« an und beinhaltet drei Ziele: *Erstens* beizutragen zur Eröffnung eines effizienten Zugangs zu den weltweit vorhandenen elektronischen Informationen vom Arbeitsplatzrechner aus; *zweitens* alle Beteiligten zusammenzubringen bei der Gestaltung eines grundsätzlichen Strukturwandels in der wissenschaftlichen und technischen Informationsinfrastruktur; und, last not least, *drittens* kostendeckende Preise für Informationsprodukte und Dienstleistungen zu erreichen. Überall da, wo informationelle Dienstleistungen privatwirtschaftlich fortgeführt werden können, beabsichtigte die vorige Bundesregierung, sich aus der Förderung zurückzuziehen (vgl. BMBF 1997a).

Daß das oberste Gebot aus der Sicht der beteiligten Privatwirtschaft – der Medienunternehmen, der Verlage usw. – in der *Entgeltlichkeit der Informationszugänge* besteht, kann man sich unschwer denken. Dasselbe galt auch für die bisherige Bundesregierung. Es ist aber auch klar, daß sich hier ein Gegensatz auf tut zum obersten Gebot des freien Wissenszugangs aus der Sicht der »Leser« und – bis auf weiteres – auch der meisten »Autoren«. Das gilt auch für die Wissenschaften: Für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist es vorderhand keineswegs »immer wichtiger«, Informationen »entgeltlich verfügbar zu haben«, wie das *Global-Info*-Programm allen Ernstes behauptet (vgl. BMBF 1997a). Selbstredend wünschen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie alle »Leser« kostenlose oder allenfalls geringfügig zu entgeltende Zugänge. Anders wird es allerdings aussehen, wenn es den Medienunternehmen gelingt, die Zugänge zum Internet unter ihre Kontrolle zu bringen, und wenn gleichzeitig unter den Zwängen des Globalhaushalts schließlich auch die in Universitäten tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler jeden Vertrag begrüßen werden (müssen), den Medienunternehmen ihnen für die Rechte an ihren Arbeitsergebnissen anbieten. Auf die Fragen des *Ob, Wann, Wie, an Wen* und *zu welchen Preisen* der Vermarktung ihrer Arbeitsergebnisse – darauf, ob diese überhaupt öffentlich zugänglich gemacht werden oder nicht – werden sie nach erfolgtem Verkauf des *copyrights* keinen Einfluß mehr haben. So lauten nun mal die Regeln des Wirtschaftens in der Eigentums-gesellschaft.

Es ist dieser eigentumswirtschaftliche Zusammenhang, der einem mit der Moderne aufgekommenen, altbekannten Thema gegenwärtig auffällig viel neuartige Aufmerksamkeit verschafft: *intellectual property rights*, die Rechte am ›geistigen Eigentum‹. Zur Debatte steht die soziale Reichweite des Zugangs zu jenen (das heißt letztlich allen) Informations- und Wissensbeständen, die in elektronischen Netzen und Datenbanken produziert, aufbewahrt und distribuiert und

den Menschen ganz und gar ergreift. Die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit gehen verloren... Menschen aus solchen neuen Arbeitsformen berichten von einer großen Ambivalenz ihrer Gefühle. Einem Schwanken zwischen allen Extremen, zwischen ›ganz toll‹ und ›ganz schlimm‹« (Gleißmann 1996: 4).

In den USA werden 45 Prozent des 200 Milliarden Dollar schweren Weiterbildungsmarktes von den Altersgruppen der über 24-Jährigen gestellt. Damit hat die *University of Phoenix* den Fuß in der Tür zu einem Markt, dessen Preise, so die *New York Times*, längst außer Kontrolle geraten sind (vgl. Bronner 1997).

Die Reaktionen der versammelten Fakultät einer staatlichen Hochschule, von der sie gebeten worden war, über die *University of Phoenix* zu berichten, schildert deren Vizepräsidentin für akademische Angelegenheiten so: »Es gab drei verschiedene Reaktionen. Ein paar fanden das, was wir machen, aufregend. Eine zweite Gruppe tut uns als vorübergehendes Phänomen ab, und die letzte Gruppe sah mich an, als wäre ich der Antichrist, der ihnen den Untergang der Welt, wie sie sie kennen, vorbuchstabierte« (zit. nach Bronner 1997).

damit weltweit in bisher unbekannt Dimensionen entweder quasi kostenlos verfügbar gemacht oder beliebig profitträchtig vermarktet werden können – wenn sie nur erst Gegenstand von Eigentumsoperationen geworden sind. In der Bildungstheorie nie sonderlich ernst genommen, ist es das Thema inzwischen wert, untersucht zu werden.

Kann aber die *Produktion und Kommunikation von Wissen auch als Nichteigentumsoperation* gedacht werden? Um dafür ein Beispiel zu geben, rekurriere ich auf einen Artikel von *Martin Grötschel* und *Joachim Lügger*, beide sind Mathematiker in Berlin. *Martin Grötschel* war vordem Sprecher der IuK-Initiative »Information und Kommunikation der wissenschaftlichen Fachgesellschaften in Deutschland«, die im *Global-Info-Konsortium* die Interessen der Wissenschaften im Bereich elektronischer Information und Kommunikation vertritt (vgl. Diepold 1997).

Unter dem Titel »Wissenschaftliche Information und Kommunikation im Umbruch« illustrieren *Grötschel* und *Lügger*, wie das world wide web die Wissenschaft im Sturm genommen hat, »weil es so einfach zu benutzen ist und den Austausch eines sehr breiten Spektrums digitaler Information ermöglicht« und weil es, bei geringen Kosten, die Selbstorganisation wissenschaftlicher Kommunikation durch »das Geben und Nehmen im Internet in fast idealer Weise unterstützt«. In der Mathematik zum Beispiel helfe es, »exorbitant lange Wartezeiten (zwei bis drei Jahre) und auch beklemmend hohe Ablehnungsraten (bis zu 80 Prozent)« zu umgehen, die oft nur deshalb entstünden, »weil Zeitschriften aus Kosten- und Marketinggründen die Seitenzahlen beschränken. Die Mathematik, die Physik und die Informatik behelfen sich seit einiger Zeit mit dem Austausch von *preprints*, weil gedruckte Journale für die Forschung viel zu spät kommen« (*Grötschel/Lügger* 1996).

Grötschel und *Lügger* beschreiben ein – gar nicht utopisches – Beispiel einer nahezu kostenlosen Datenbank, mittels derer globaler Austausch von Wissen und Informationen stattfindet, eher außerhalb der Gesetze des Marktes, entgegen der Warenförmigkeit und offenbar zur größten Zufriedenheit aller Beteiligten. In Anlehnung an dieses Beispiel haben die Autoren den Aufbau eines preprint-servers im Fach Mathematik initiiert; dieser ist allerdings dezentral angelegt (www.mathnet.de). Daß die *Deutsche Telekom*, wie anfänglich zur Debatte stand, nun doch nicht am Aufbau des Systems finanziell beteiligt ist, kann dem Projekt nur zugute kommen. Denn dieselbe *Telekom* hat 1998 einem bayerischen Altersheim das weit und breit einzige öffentlich zugängliche Telefon abgebaut, mit der Begründung, dieses werfe nicht genügend Gewinn ab, und sie sei schließlich ihren Aktionären zum Rentabilitätsnachweis verpflichtet. Man darf also gespannt sein, wie es anderen Informations- und Kommunikationszweigen ergeht, wenn die *Telekom* wieder einmal findet, daß es in ihnen nicht genügend profitabel zugeht.

Zum Schluß eine einfache Rechnung. Wenn eine öffentliche Bibliothek – stellvertretend für ihren Nutzer, den *citoyen* – ein Buch einkauft, welches sich dieser selbst nicht leisten kann oder will, dann steht dieses eine Exemplar des Buches im ersten Jahr nach Erscheinen und infolge einer einmaligen Anschaffung, sagen wir: hundert Nutzern quasi kostenlos zur Verfügung. Wenn hingegen eine priva-

Das Beispiel von *Grötschel/Lügger* ist der *pre-print-server*, den der Hochenergiephysiker *Paul Ginsparg* in Los Alamos eingerichtet hat, ursprünglich nur, »um einigen Fachkollegen dadurch zu helfen, daß er mittels E-mail die von ihnen eingereichten Preprints elektronisch an alle Interessenten kostenfrei verteilt. Innerhalb eines halben Jahres nahmen Tausende Physiker aktiv und passiv an diesem Dienst teil. Heute speichert das System eingeschickte Artikel in einem absuchbaren Internet-Server und verschickt abstracts an Abonnenten, inzwischen an über 30.000 Personen. Es versorgt nicht nur die gesamte Gemeinschaft der Hochenergiephysiker mit aktuellen Forschungsergebnissen, sondern macht auch in anderen Bereichen der Physik Schule, ebenso in Mathematik und Informatik.« Trotz mancher kritischen Fragen, zum Beispiel der Qualitätssicherung, »ist das System in der Physik gut etabliert und für die Community der Hochenergiephysiker unverzichtbar. Die paper des Ginsparg-Servers werden intensiv gelesen; Revisionen erscheinen oft schon nach wenigen Tagen. Die meisten Spitzenwissenschaftler nutzen diesen Dienst... Paul

tisierte Datenbank ihre Pforten öffnet, dann werden von jedem einzelnen Nutzer für jeden einzelnen Zugriff Gebühren kassiert. Die Renditen, die da drin stecken, sind himmelstürmend. Diese Rechnung haben Medien- und Verlagsunternehmen längst angestellt. Kein Zweifel also, daß sie alles daransetzen werden, die Weichen im Sinne der Philosophie der Entgeltlichkeit zu stellen.

Angesichts der Offenheit der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien für divergierende gesellschaftspolitische Entwicklungsoptionen stellt sich die Frage nach der Alternative: Kann individuelles Wissen, wie wir es bisher als ›Bildung‹ zu bezeichnen gewohnt sind, als Faktor aus den ökonomischen Prozessen der Bewirtschaftung von Eigentum herausgenommen werden, um es, und sei es in Teilen, einer anderen Logik folgen zu lassen? (Und wenn ja: wollen wir dies?) Bestimmte Nutzungen der Technologie der Informationsgesellschaft lassen allerdings erkennen, daß das Konzept *individueller Bildung* schon heute nicht mehr hinreichend tragfähig ist, um die, unter anderem auf den globalen elektronischen Netzen basierenden, veränderten Prozesse der Wissensentwicklung und -begründung adäquat zu beschreiben. Die weltweite Weiterentwicklung des – kostenlos erhältlichen – Betriebssystems *Linux* durch seine Nutzerinnen und Nutzer, von denen sich jeder an der Verbesserung des Produkts beteiligen kann, ist dafür ebenso ein Beispiel wie die unter dem Titel *Mapping the Internet* ergangene Aufforderung, den Prozeß des visuellen Theoretisierens der elektronischen Netze weiterzutreiben (vgl. Dodge 1998). Auch zeichnet sich ab, daß das für die Moderne typische Konzept der Trennung von *Technologie* und *Kultur* (vgl. Johnson 1998), auf dem in Deutschland die Dichotomie von allgemeiner und beruflicher Bildung basiert, den elektronischen Medien nicht adäquat ist.

Im Internet figuriert *Comenius* als Schutzpatron jenes alteuropäischen Projekts, das darauf zielt, *alles Wissen allen* zugänglich zu machen. Die Neufassung dieses Projekts steht derzeit zur Disposition. Im Zentrum steht dabei die Frage, ob es gelingen kann, den Abbau des öffentlichen Sektors für die Bereiche Bildung und Wissenschaft zu stoppen – und damit eine Entwicklung nach US-Vorbild aufzuhalten, die für die medizinische Versorgung der Bevölkerung schon weit gediehen ist. Der Erhalt eines öffentlichen Bildungs- und Wissenschaftssystems, von gemeinschaftlich finanzierten Schulen und Hochschulen, ist heute gleichbedeutend damit, die Zugänge zu den elektronischen Datenbanken und Kommunikationsmedien offenzuhalten und der weiteren Monopolisierung und Kommerzialisierung durch transnational operierende Konzerne zu entziehen. Gleichzeitig allerdings wird die Frage aufzuwerfen und in breitem Maße zu diskutieren sein, welche Inhalte und Leitfiguren denn heute, im Zeitalter der ›Postmoderne‹ und spätkapitalistischer Globalisierung, an die Stelle dessen treten könnten, was am programmatischen Beginn der nationalstaatlich-industriekapitalistischen Moderne, vor rund zweihundert Jahren, im Modell der *Bildung des Staatsbürgers* kulminierte (zu dessen vorrangigen, gemeinschaftlich auszuübenden Kompetenzen die Kontrolle der nationalstaatlichen Regierungen gehören sollte). Und dies wiederum setzt eine Auseinandersetzung mit der Frage voraus, ob es heute gesellschaftliche

Ginsparg erhält Dankeschreiben von Fachkollegen aus Entwicklungsländern, die ohne diesen Service von der Versorgung mit Fachliteratur fast vollständig abgeschnitten wären« (Grötschel/Lügger 1996).

Gruppen gibt, die zum Subjekt der fälligen historischen Neudefinition von Öffentlichkeit *und* Privatheit werden können – Gruppen also, die nicht nur willens, sondern auch in der Lage sind, den Primat der Politik über die Ökonomie zu gewinnen, um, zum Beispiel, die Verwertungsbedingungen des Kapitals, global und lokal, zu definieren und zu kontrollieren.

Literatur

- Bericht der Kommission für Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen (Späth-Kommission). Im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg, November 1983.
- Berry, William/Burk, Peter/Mills, Michael/Stipe, Michael: It's the end of the world as we know it (And I feel fine). From the album Document, performed by R.E.M. (1987), in: *The Best of R.E.M. – Compilation*, I.R.S. Records 1991.
- Biedenkopf, Kurt: Von der Arbeits- zur Bürgergesellschaft, in: Hradil (1997), S. 54-71.
- Blankertz, Herwig: Die Geschichte der Pädagogik. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart, Wetzlar 1982.
- BMBF (1997a): Information als Rohstoff für Innovation, Bonn, <http://www.dfn.de/bmbf/foerderprogramme/rohinfo/> (im März 1998).
- BMBF (1997b): Globale Elektronische und Multimediale Informationssysteme für Naturwissenschaft und Technik. Bekanntmachung vom 24.04.1997 über das Förderkonzept *Global-Info* des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Bonn, <http://elfikom.physik.uni-oldenburg.de/global-info/> (im März 1998).
- Bridges, William (1996): Ich & Co. Wie man sich auf dem neuen Arbeitsmarkt behauptet, Hamburg.
- Bronner, Ethan (1997): For Adults only: Cyber-Age College that Makes Money, *New York Times Service*, in: *International Herald Tribune*, Oct. 16.
- Brünig, Gerhild (1998): Berufliche Weiterbildung sichern – Arbeitslosigkeit reduzieren. Zukunft der AFG-geförderten Weiterbildung, in: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, *Magazin II/98*, <http://www.die-frankfurt.de/zeitschrift/298/magazin.htm> (im Dezember 1998).
- Diepold, Peter (1997): Auf dem Weg zu einem Internet-gestützten, integrierten Informations- und Kommunikationssystem Bildung, in: *Erziehungswissenschaft*, H. 16, S. 24-52.
- Dodge, Martin (1998): http://www.geog.ucl.ac.uk/casa/martin/espace_presentation/contents.html (Centre for Advanced Spatial Analysis, University College, London; im April 1998).
- Drossou, Olga u.a. (Hrsg.) (1999): *Machtfragen der Informationsgesellschaft*, Marburg.
- Gates, Bill (1995): Die Informationsgesellschaft als globale Herausforderung, in: *BMWi-Report: Die Informationsgesellschaft. Fakten, Analysen, Trends*. Herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn, S. 12-13.
- Gliffmann, Wilfried (1996): Business Reengineering, Culture Change: Worum geht es bei der Reorganisation der Unternehmen? (Handout zum Vortrag auf der Fachtagung der IG Metall *Arbeiten in der Informationsgesellschaft*, 21.- 22. Juni 1996 in Düsseldorf, <http://www.igmetall.de/itak/glissges.html> (im Januar 1998).
- Goerlich, Inge (1998): Freie Mitarbeiter im Bildungsbereich. Mehr Engagement für die Freien, in: *Erziehung und Wissenschaft. Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW*, H. 2, S. 19.
- Gogolin, Ingrid/Lenzen, Dieter (Hrsg.) (1999): *Medien-Generation*. Beiträge zum 16. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Opladen.
- Grötschel, Martin/Lügger, Joachim (1996): *Wissenschaftliche Information und Kommunikation im Umbruch*, in: *Forschung und Lehre*, H. 4; <http://userpage.chemie.fu-berlin.de/diverse/doc/iuk-9603-1.html#ss1.1> (im März 1998).
- Heinsohn, Gunnar/Steiger, Otto (1996): *Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft*, Reinbek bei Hamburg.
- Hradil, Stefan (1997): *Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften*. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996, Frankfurt/New York.
- Jameson, Fredric (1991): *Postmodernism or, The Cultural Logic of Late Capitalism*, Durham.
- Jameson, Fredric (1997): *Culture and Finance Capital*, in: *Critical Inquiry*, (Autumn), pp. 246-265.
- Johnson, Steven (1998): *Interface Culture. How New Technology Transforms the Way We Create and Communicate*, San Francisco (dt. Stuttgart 1999).
- Kahl, Reinhard (1998): Auf zur Kulturrevolution! In Münster wurde das Netzwerk innovativer Schulen gegründet, in: *Die Zeit*, Nr. 15 (vom 2. April).
- Krysmanski, Hans-Jürgen (1997): *Weltsystem, neue Medien und soziologische Imagination*, in: Hradil (1997), S. 679-695.
- Laube, Erhard (1997): Orwell in der Schule. Werbung in Berliner Schulen gestattet, in: *Erziehung und Wissenschaft. Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW*, H. 12, S. 40.
- Löffelholz, Martin/Altmeppen, Klaus Dieter (1994): *Kommunikation in der Informationsgesellschaft*, in: Merten, Klaus u.a. (Hrsg.), *Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft*, Opladen, S. 570-591.
- Lohmann, Ingrid (1998): Das Maelstrom-Projekt. Schulen und private Sponsoren – Was spricht gegen »public-private-partnerships«?, in: *Computer + Unterricht* (November), S. 50-52.
- Lohmann, Ingrid (2000a): The Corporate Takeover of Public Schools – US-amerikanische Kommerzialisierungskritik im Internet, in: Dies./Gogolin, Ingrid (Hrsg.): *Die Kultivierung der Medien. Erziehungs- und sozialwissenschaftliche Beiträge*, Opladen, S. 111-131.
- Lohmann, Ingrid (2000b): *Bildung und Eigentum. Über zwei Kategorien der kapitalistischen Moderne*, in: Sönke Abeldt u.a. (Hrsg.): »... was es bedeutet, verletzbarer Mensch zu sein« – *Erziehungswissenschaft im Gespräch mit Theologie, Philosophie und Gesellschaftstheorie*. Helmut Peukert zum 65. Geburtstag, Mainz, S. 267-276.

- Luhmann, Niklas (1996): Die Realität der Massenmedien, Opladen (2., erweiterte Auflage).
- Marotzki, Winfried (1997): Digitalisierte Biographien? Sozialisations- und bildungstheoretische Perspektiven virtueller Welten, in: Lenzen, Dieter/Luhmann, Niklas (Hrsg.): Bildung und Weiterbildung im Erziehungssystem, Frankfurt/M., S. 175-198.
- Peukert, Ursula (1997): Der demokratische Gesellschaftsvertrag und das Verhältnis zur nächsten Generation. Zur kulturellen Neubestimmung und zur gesellschaftlichen Sicherung frühkindlicher Bildungsprozesse, in: Neue Sammlung, S. 277-293.
- Ruhloff, Jörg (1997): Bildung heute. Offene Erwiderung auf die 'Bildungsrede' des Bundespräsidenten Herzog vom 5. November 1997; <http://www.uni-wuppertal.de/FB3/paedagogik/erwiderung.html> (im November 1997) und in: Pädagogische Korrespondenz (Winter 1997/98), S. 23-35.
- Rürup, Reinhard (1998): Revolution und Volksbewegung: 1848/49 im Kontext der deutschen Geschichte, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 4, S. 208-221.
- Rüttgers, Jürgen (1997): Schulen ans Netz. Eine Ära geht zu Ende. Das muß auch die Schule lernen und lehren, in: Die Zeit, Nr. 39 (vom 19. September).
- Schmiede, Rudolf (1996): Die Informatisierung der gesellschaftlichen Arbeit. Zur Debatte um die Transformation der Arbeitsgesellschaft, in: Forum Wissenschaft, H. 1, S. 16-20.
- Siemens AG Unternehmenskommunikation (1997): Join Multimedia. Der bundesweite Schülerwettbewerb. Nichts ist spannender als die Zukunft. Ein Erlebnis, das bei uns schon heute beginnt, München; <http://www.siemens.de/joinmm>.
- SPD-Parteivorstand (1997): Von der Utopie zur Wirklichkeit – Aufbruch in die Informationsgesellschaft. Leitanspruch des SPD-Parteivorstandes für den Parteitag vom 2. bis 4. Dezember 1997, Hannover, in: Bulmahn, Edelgard (Hrsg.): Anstöße aus dem Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie, Berlin, S. 55-69.
- Tillmann, Klaus-Jürgen (1997): Ist die Schule ewig? Ein schultheoretisches Essay, in: Pädagogik, H. 6, S. 6-10.
- Wallerstein, Immanuel (1995): After Liberalism, New York.
- Welzk, Stefan (1998): Mut zum Reichtum, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 1, S. 17-21.
- Zielcke, Andreas (1996): Der neue Doppelgänger. Die Wandlung des Arbeitnehmers zum Unternehmer – Eine zeitgemäße Physiognomie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 167 (vom 20. Juli).

MICHAEL BRIE, RUDOLF WODERICH (Hg.):

PDS im Parteiensystem

Schriften der Rosa-Luxemburg-Stiftung 4

Karl Dietz Verlag Berlin 2000

264 S., 29,80 DM, ISBN 3-320-02014-5

KLAUS KINNER, ROLF RICHTER (Hg.):

Rechtsextremismus und Antifaschismus

Historische und aktuelle Dimensionen

Schriften der Rosa-Luxemburg-Stiftung 5

Karl Dietz Verlag Berlin 2000

295 S., 29,80 DM, ISBN 3-320-02015-3

MICHAEL CHRAPA:

Mediennutzung und Problembewußtsein

der Bevölkerung in modernisierten

Gesellschaften

Chancen und Erschwernisse für linke

Politikansätze, Manuskripte der

Rosa-Luxemburg-Stiftung 10, Berlin 2000

59 S., 9,80 DM, ISBN 3-320-02965-7

Zu beziehen über den Buchhandel.

HANS-GERT GRÄBE

Kompetenz im Informationszeitalter. Die Stellung des symbolischen Rechnens im Wissenschaftsgebäude



Hans-Gert Gräbe – Jg. 1955; Dr. rer. nat. habil., Studium der Mathematik, danach Arbeiten zur Algebra, Geometrie und Computeralgebra, seit 1990 wiss. Mitarbeiter am Institut für Informatik der Universität Leipzig; zuletzt in *UTOPIE kreativ*: »Nachdenken über Sozialismus: Das Open-Source-Projekt, Heft 117 (Juli 2000). Weitere Texte zum Thema »Informationsgesellschaft« siehe: www.informatik.uni-leipzig.de/~graebe.
Foto: privat

Deutschland auf dem Weg in die Informationsgesellschaft?

»Die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien lösen nach allgemeiner Einschätzung einen technisch-wirtschaftlichen Wandel aus, der in Ausmaß und Folgewirkungen mit dem Übergang von der Agrar- in die Industriegesellschaft zu vergleichen ist. Begriffe wie ›Datenautobahnen‹ und ›Multimedia‹ kennzeichnen diesen Wandel hochindustrialisierter Volkswirtschaften zu ›Informationsgesellschaften«, heißt es im Bericht *Info 2000*¹ der Bundesregierung aus dem Jahre 1996. Auch wenn ich ›Datenautobahn‹ und ›Multimedia‹ nicht als die zentralen Elemente einer solchen Produktivkraftrevolution ansehe, so besteht in der Tat wenig Zweifel daran, daß wir Zeugen eines grundlegenden gesellschaftlichen Umbruchs sind, mit dem »eine Wirtschafts- und Gesellschaftsform« im Entstehen begriffen ist, »in der der produktive Umgang mit der Ressource ›Information‹ und die wissensintensive Produktion eine herausragende Rolle spielen« werden (ebenda).

Ähnlich munter geht es in anderen für die Öffentlichkeit bestimmten regierungsamtlichen Schriften zur Sache wie etwa dem Report *Die Informationsgesellschaft*² des Bundesministeriums der Wirtschaft (BMWi) vom November 1995. Wir werden überhäuft mit Schlagworten und Fakten wie »... Gigabit-chips ... Subnotebooks, kleiner und leichter als ein Telefonbuch ... Global Engineering Network ... Der Computer wird zum universellen Kommunikationsmedium ... In jedem vierten deutschen Haushalt steht bereits ein Computer ... Internet ... 900 000 Zugänge zu Telekom-Online«³. Die Euphorie scheint keine Grenzen zu kennen. Dabei sind alle diese Effekte nicht voraussetzungslos zu erzielen. Im Gegenteil, sie bedürfen einer politischen Gestaltung von Rahmenbedingungen in einem Umfang und einer Tiefe, welche deutlich über bisher Gewohntes hinausgeht. Eine solche konkrete konzeptionelle und vor allem finanzielle Umsetzung ihrer vollmundig verkündeten Ziele bleibt uns die Politik-sphäre oft genug schuldig. Im Gegenteil, der Mißklang zwischen Erfordernissen und zur Verfügung stehenden Ressourcen ist derart offensichtlich, daß Bürger mit gesundem Menschenverstand nur den Kopf schütteln, wenn sogar Ministerpräsidenten morgens ihre hehren Visionen verkünden und abends ihre leeren Taschen vorweisen. Ein solches fort-dauerndes Trauerspiel bietet etwa die Aktion »Schulen ans Netz«, deren Gründungsvater Prof. Rainer Busch bereits 1997 auf erhebliche Defizite hinwies⁴, die aber bis heute nicht über das Thema »Sachinvestitionen« hinausgelangt ist. Die sich auftürmenden Defizite werden

auch kaum durch Brain-Drain-Aktionen wie »Greencard für Inder« behoben, wie einer zunehmend kritischeren Öffentlichkeit immer deutlicher wird.⁵

Eine etwas ausgewogenere Argumentation findet sich im Zwischenbericht *Eine europäische Informationsgesellschaft für alle* einer Gruppe hochrangiger Experten an die europäische Kommission vom Januar 1996.⁶ Ausgangspunkt dieses Berichts ist die Feststellung »Man muß aufhören, die Übertragung von Daten mit der Kommunikation zwischen Personen und dem Erwerb von Wissen gleichzusetzen.« Im Mittelpunkt der Entwicklungen steht nicht Information, sondern Wissen und Kommunikation, so »daß die Informationsgesellschaft als ›lernende Gesellschaft‹ zu betrachten ist. ... Indem nicht die Informationsgesellschaft an sich, sondern die Lerngesellschaft in den Mittelpunkt gerückt wird, eröffnet sich zudem für die Debatte über die Informationsgesellschaft ein potentiell bedeutend positiverer Weg des Fortschritts.«

Ein solches lebenslanges Lernen, die ständige Neuaneignung von Schätzen aus dem Wissenspool der Menschheit, die intensive Kommunikation über diesen Erfahrungsschatz als Ganzes und über seine Teile, wird zur immer wichtigeren Voraussetzung für eine aktive, selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß. Mit der Universalmaschine Computer⁷ als Werkzeug gewinnt diese »Aneignung der allgemeinen Produktivkraft«, des »gesellschaftlichen Gehirns« (Marx), für den Arbeitsprozeß eine zentrale Bedeutung, wird immer stärker »die Schöpfung des wirklichen Reichtums weniger abhängig von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder ... in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie« (MEW 42, S. 592).

Zugleich rückt die Dynamik dieses Wissenspools selbst, aus dem sich (im marktwirtschaftlichen Verständnis) alle wie aus einem unerschöpflichen Springquell bedienen, ins Zentrum gesellschaftlicher Fürsorge, die die notwendigen Ressourcen allokieren und organisieren muß, damit dieser Springquell nicht versiegt.

Ich werde in diesem Beitrag am Beispiel meines eigenen Fachgebiets, dem zwischen Mathematik und Informatik angesiedelten Symbolischen Rechnen, versuchen, einen Teil dieser Dynamik zu veranschaulichen. Vorab sei bemerkt, daß im deutschsprachigen Raum die Begriffe »symbolisches Rechnen« und »Computeralgebra« gewöhnlich synonym zur Kennzeichnung des Fachgebiets verwendet werden, um das es in diesem Beitrag geht. Ich werde im weiteren den Begriff »symbolisches Rechnen« verwenden, wenn ich den Blick stärker auf die Potenzen des Fachgebiets richte, den Begriff »Computeralgebra« dagegen, wenn ich dessen aktuelle Möglichkeiten thematisieren möchte. Der Beitrag schließt mit einigen Überlegungen zu curricula- ren Konsequenzen aus diesen Entwicklungen.

Zur Genese von Wissenschaft im Industriezeitalter

Ich beginne meine Betrachtungen mit einigen Ausführungen zur Genese des Wissenschaftsbegriffs im allgemeinen, da dieser in seinem

»Wie mit den Naturkräften verhält es sich mit der Wissenschaft. Einmal entdeckt, kostet das Gesetz über die Abweichung der Magnetnadel im Wirkungskreise eines elektrischen Stroms oder über Erzeugung von Magnetismus im Eisen, um das ein elektrischer Strom kreist, keinen Deut« (MEW 23, S. 407). Und weiter in der Fußnote: »Die Wissenschaft kostet dem Kapitalisten überhaupt ›nichts‹, was ihn durchaus nicht hindert, sie zu exploitierten. Die ›fremde‹ Wissenschaft wird dem Kapital einverleibt wie fremde Arbeit. ›Kapitalistische‹ Aneignung und ›persönliche‹ Aneignung, sei es von Wissenschaft, sei es von materiellem Reichtum, sind aber ganz und gar disparate Dinge.«

»Wissenschaft ..., der Inbegriff menschl. Wissens einer Epoche, das systematisch gesammelt, aufbewahrt, gelehrt und tradiert wird. ... Methodisch kennzeichnet die W. ein gesichertes, in einen Begründungszusammenhang von Sätzen gestelltes und damit intersubjektiv kommunizierbares und nachprüfbares Wissen, das bestimmten wiss. Kriterien (z. B. Allgemeingültigkeit, Systematisierbarkeit) folgt.«
(Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 26, Mannheim 1994, S. 277.)

heutigen Verständnis als mannigfach verzweigte und verästelte funktionale Sphäre der Gesellschaft relativ jungen Datums ist.

Ich folge dabei den Ausführungen der *Brockhaus-Enzyklopädie*⁸, wo unter dem Stichwort Wissenschaft zunächst festgestellt wird, daß bis hinein ins Mittelalter Wissenschaft ganzheitlich und mit dem Anspruch betrieben wurde, die Welt in ihrer gesamten Komplexität zu begreifen. Für Goethes Faust galt es noch, Philosophie, Medizin, Juristerei und Theologie, die vier Zweige eines klassischen wissenschaftlichen Studiums jener Zeit, nicht alternativ, sondern gemeinsam und in ihrer gegenseitigen Wechselbeziehung zu studieren. Zugleich war das Wissenschaftlerdasein elitär geprägt und »das Privileg meist wohlhabender, oft adliger Privatgelehrter« (Brockhaus-Enzyklopädie: 278). Im Alltag spielten wissenschaftliche Kenntnisse eine absolut untergeordnete Rolle, selbst aus heutiger Sicht elementare Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen, die heute gern unter dem Wort »Kulturtechniken« zusammengefaßt werden, waren kaum verbreitet.

Das änderte sich grundlegend mit dem Aufbruch ins Industriezeitalter. Dieses begann mit der Trennung zwischen Geistes- und Naturwissenschaften, genauer gesagt mit der Abspaltung der letzteren, die sich, statt ganzheitlicher Beschreibungen, stärker auf funktionale und kausale Erklärungen von Phänomenen ausrichten. Ein solches Verständnis ist die Basis und ermöglicht erst das »Eingreifenkönnen und Beherrschen natürlicher Prozesse und Dinge« (Brockhaus-Enzyklopädie: 278).

Ursache für diese veränderte Stellung von Wissenschaft sind zweifelsohne die gewachsenen Anforderungen, die ein industriell organisierter Arbeitsprozeß sowohl an die beteiligten Akteure als auch an die geistige Durchdringung der Prozesse selbst stellt. Diese Art wissenschaftlicher Rationalität wird zum beherrschenden Wissenstypus im Bereich der Natur- und Technikwissenschaften, denen ich mich im weiteren ausschließlich zuwenden werde. Zugleich beginnt Wissenschaft auch im Alltag eine wichtigere Rolle einzunehmen; abzulesen etwa an der Einrichtung von Volksschulen, die die Fertigkeiten des Lesens, Schreibens und Rechnens verbreiten. Ein solcher Rationalitätsbegriff prägt das heutige Selbstverständnis der einzelnen Naturwissenschaften (Physik, Chemie, Biologie) als Fachwissenschaften: Sie haben das Ziel, in der Natur ablaufende Prozesse aus der Sicht ihres jeweiligen Fachgebiets adäquat zu beschreiben und damit Modellvorstellungen zu entwickeln, auf deren Basis man Vorhersagen über diese Prozesse treffen oder sie sogar bewußt ausnutzen oder beeinflussen kann.

Letzteres ist mit leicht anderer Schwerpunktsetzung auch Gegenstand der Technikwissenschaften.

Die »wissenschaftliche Strenge«, die für eine solche Rationalität an den Tag zu legen ist, unterliegt fachübergreifenden Standards. Die Existenz derartiger Standards hat ihre Ursache nur zum Teil im gemeinsamen Ursprung der Einzelwissenschaften. Eine wesentlich wichtigere Quelle liegt in der gemeinsamen Methodologie und dem dabei verwendeten erkenntnistheoretischen Instrumentarium, das in einem vielfach durchlaufenen spiralförmigen Schema mit folgenden Phasen angeordnet werden kann:

Aus einer Fülle von experimentell gewonnenem Datenmaterial werden Regelmäßigkeiten herausgefiltert.

Diese werden in Hypothesen mit dem bisherigen Kenntnisstand verbunden und entsprechend den Regeln wissenschaftlicher Schlußweise zu neuen Gesetzmäßigkeiten verdichtet.

Diese werden im Zuge weiterer Systematisierung und experimenteller Verifikation zu neuen Theorien zusammengefaßt, um schließlich für praktische Anwendungen in einem handhabbaren Kalkül fixiert zu werden,

der seinerseits die Basis für die Gewinnung neuen Datenmaterials auf der nächsthöheren Abstraktionsebene bildet.

Eine solche in Richtung zunehmender Abstraktion weisende Erkenntnisspirale ist typisch für die »reinen« Wissenschaften. Neben den Begründungszusammenhängen der jeweiligen Theorie sind hierbei die entwickelten Kalküle für das »Beherrschen und Eingreifenkönnen« von besonderer, über das enge Fachgebiet hinaus wirksamer Bedeutung. Um Wissenschaften im Zuge zunehmender Industrialisierung produktiv werden zu lassen, spielt die Anwendbarkeit und Anwendung theoretischen Wissens auf die gesellschaftliche Praxis eine ebenso wichtige Rolle. Diese Domäne der »angewandten« und Technik- oder Ingenieurwissenschaften folgt einem anderen erkenntnistheoretischen Paradigma:

Reale Prozesse werden mit Hilfe eines geeigneten Kalküls simuliert.

Die Simulation wird auf dem Hintergrund der verwendeten Theorie durch Analyse zu einem Modell verdichtet.

Das Modell wird experimentell überprüft (und gegebenenfalls weiter verfeinert).

Die gewonnenen Erkenntnisse werden in die Praxis implementiert.

Übergreifende Gesetzmäßigkeiten dieser Erkenntnisprozesse sind Gegenstand von Querschnittswissenschaften, von denen hier vor allem Philosophie, Mathematik und inzwischen auch die Informatik zu nennen sind. Diese Fächer nehmen damit für die »wissenschaftliche Kultur« eine deutlich zentralere Stellung ein als die einzelnen Fachwissenschaften, da sie die Mittel für eine wissenschaftlich rationale Argumentation in jeder dieser Fachdisziplinen bereitstellen. Die Idee einer solchen »kulturvoll vorgetragenen Argumentation« wurde lange vor Beginn des Industriezeitalters geboren. Sie geht (mindestens) auf antike Traditionen zurück und spielte bereits im Trivium (Grammatik, Logik und Rhetorik) sowie Quatrivium (Arithmetik, Geometrie, Musik und Astronomie) der Klöster des Mittelalters eine wichtige Rolle.⁹

Die genannten Querschnittswissenschaften überdecken dabei die gesamte thematische Breite wissenschaftlich rationaler Argumentation. Während die Philosophie die Denk- und Abstraktionsprozesse in ihrer Allgemeinheit zum Gegenstand hat, befaßt sich die Mathematik mit übergreifenden Gesetzmäßigkeiten, die beim Quantifizieren von Phänomenen auftreten. Quelle und Target dieser Bemühungen sind die entsprechenden logischen Strukturen der Einzelwissenschaften, die oft erst durch die Anstrengungen der Mathematik eine streng deduktiven Ansprüchen genügende Konsistenz erhalten. Die Mathematik leistet so einen unverzichtbaren und eigenständigen Beitrag für die

»Wissen wurde bis zum Ausgang des Mittelalters als Wissen vom wesentlichen Sein eines Phänomens, eines Gegenstandes oder Prozesses, verstanden. Erkenntnisleitende Interessen der W. bezogen sich auf das ›Was?‹ und das ›Wozu?‹ des Phänomens, also auf seine ontologische und zweckgerichtete (teleolog.) Dimension. Der neuzeitliche W.-Begriff zielt im Ggs. hierzu auf die Fragen des ›Wie?‹ und ›Wodurch?‹, also auf die funktionale und kausale Erklärung der Phänomene« (Ebenda, S. 278.)

»Kennzeichnend für die Naturwissenschaften sind Beobachtung, Hypothesenbildung, Experiment und Theoriebildung. Im Unterschied hierzu bezieht sich die geisteswissenschaftl. Methode (Hermeneutik) auf die niemals gänzlich zu erschöpfende und in der Beobachtung einholbare Deutung individueller Phänomene, auf Bedeutungszuweisung und Sinnverstehen im Rahmen historisch-kultureller Zusammenhänge« (Ebenda.).

Bruno Buchberger spricht in diesem Zusammenhang von der »Trivialisierung« einer Problemklasse (der symbolischen Mathematik), siehe *RP*: Bruno Buchberger: Symbolisches Rechnen, in: Peter Rechenberg, Gustav Pomberger (Hrsg.): *Informatik-Handbuch*, München 1997, S. 799-817.

methodische Fundierung der Einzelwissenschaften, ohne welchen letztere nur wenig über ein empirisches Verständnis ihres Gegenstands hinauskommen würden. Mathematik und mathematischen Methoden kommt damit besonders in der Phase der Hypothesen- und Theoriebildung, aber auch bei der Modellierung und Analyse realer Prozesse, ein wichtiger Platz für die Leistungsfähigkeit und argumentative Tiefe einzelwissenschaftlicher Erkenntnisprozesse sowie die pra-xisrelevante Implementierung ihrer Ergebnisse zu. Sie bildet außerdem die Grundlage einzelwissenschaftlicher Kalküle, egal, ob diese Quantenphysik, Elektronik, Statik oder Reaktionskinetik heißen. Mathematik ist in diesem Sinne die »lingua franca« der Wissenschaft, was Karl Marx zu der Bemerkung veranlaßte, daß »sich eine Wissenschaft erst dann als entwickelt betrachten könne, wenn sie dahin gelangt sei, sich der Mathematik zu bedienen«.

Im Gegensatz zu spezielleren Kenntnissen aus einzelnen Bereichen der Natur- oder Ingenieurwissenschaften sind mathematische Kenntnisse und Fertigkeiten damit in unserer technisierten Welt nicht nur in breiterem Umfang notwendig, sondern werden auch an verschiedenen Stellen des (Berufs-)Lebens selbst bei Facharbeitern oder vergleichbaren Qualifikationen schlichtweg vorausgesetzt. Formelsammlungen und technische Nachschlagewerke, Konstruktionsunterlagen und Kostenrechnungen, die qualifizierte Bedienung komplizierter Maschinen und Geräte erfordern heute nicht nur Gefühl und Augenmaß, sondern auch kalkulatorische Fähigkeiten, um Wirkzusammenhänge quantitativ genauer zu erfassen. Eine gewisse »mathematische Kultur«, die über einfache Rechenfertigkeiten hinausgeht, ist damit heute für eine qualifizierte Teilhabe am sozialen Leben unumgänglich. Entsprechend gut sind die beruflichen Einstiegschancen für Mathematiker, wie die Deutsche Mathematiker-Vereinigung (DMV) in einem der letzten Hefte ihrer *Mitteilungen* zu berichten weiß.¹⁰ Seriöse Prognosen gehen davon aus, daß wenigstens dreißig Prozent der zukünftigen Arbeitsplätze mathematische Kenntnisse und Fertigkeiten erfordern werden, die deutlich über den Schulstoff hinausgehen. Müßig zu betonen, daß unser derzeitiges Schulsystem keine Konzepte bereithält, einen solchen Prozentsatz von Schülerinnen und Schülern eines Jahrgangs für mathematische Denk- und Arbeitsweisen zu sensibilisieren oder gar zu begeistern.

Die zunehmende Bedeutung mathematischer Fertigkeiten für eine hochtechnologisierte Gesellschaft schlägt sich auch im Schulcurriculum der Mathematik nieder, das heute nicht nur einfache Rechenfertigkeiten trainiert, sondern auch kompliziertere symbolische Kalküle wie Variablenrechnen, Termumformungen, Proportionalitäten, Kombinatorik, Anfänge der Statistik und vieles mehr vermittelt. Betrachtet man die Dynamik dieser Inhalte über das 20. Jahrhundert hinweg, so wird deren unmittelbare Kopplung an die zunehmende Komplexität technologischer Innovationen deutlich. Es mutet aus dieser Perspektive geradezu aberwitzig an zu prognostizieren, daß der einzelne im Computerzeitalter mit weniger mathematischer Kultur auskommen könne, weil sich ein Teil dieser »Skills« auf den Computer verlagern ließe. Das mag auf Kalküle zutreffen, nicht aber auf Begriffszusammenhänge, ohne deren Kenntnis weder Methoden- noch Interpretationskompetenz denkbar sind und Kalküle letztlich formal und nutzlos

bleiben oder durch die Faszination von Zahlen und Formeln Anwender in falsch verstandener Sicherheit wiegen, die schnell gefährlich werden kann.

Jedoch ist nicht nur der einzelne auf solche Kenntnisse angewiesen, sondern auch die Gesellschaft als Ganzes. Denn erst eine solche »Kultur des Denkens« sichert die Fähigkeit, innerhalb der Gesellschaft auf einem Niveau zu kommunizieren, wie es für die Beherrschung der sozialen Prozesse notwendig ist, die sich aus der immer komplexeren technologischen Basis ergeben. Auch unter diesem Blickwinkel mag es nicht weiter verwundern, daß der Teil des durch die Mathematik entwickelten methodischen und begrifflichen Rüstzeugs, der inzwischen in die Allgemeinbildung Einzug gehalten hat, stetig wächst. Obwohl es immer wieder Diskussionen über die Angemessenheit solcher Elemente im Schulunterricht gibt, zeigt sich im Lichte der *TIMS-Studien* der letzten Jahre¹¹, die die mathematischen Fertigkeiten von Schülern in verschiedenen Ländern vergleicht, daß die allgemeine mathematische Kultur, die die Schule in Deutschland derzeit vermittelt, eher als mittelmäßig einzustufen ist.

Mit der allgegenwärtigen Verfügbarkeit leistungsfähiger Rechentechnik wird diese »Verwissenschaftlichung« gesellschaftlicher Zusammenhänge auf eine qualitativ neue Stufe gehoben. Viele, auch umfangreichere Kalküle können nun mechanisiert oder sogar automatisiert werden und stehen damit für einen breiteren Einsatz zur Verfügung, womit sich zugleich die Reichweite wissenschaftlicher Gedankenführung für einen weiten Kreis von Anwendungen deutlich erhöht. Neben Pflege, Weiterentwicklung und Vermittlung entsprechender Denk-Kalküle, dem traditionellen Gegenstand mathematischer Bildung, tritt damit eine weitere Querschnittswissenschaft ins Rampenlicht der Öffentlichkeit. Diese heißt Informatik und hat die Erstellung und Pflege, die konkrete und konzeptionelle Weiterentwicklung dieser technikbasierten Hilfsmittel geistiger Arbeit sowie methodische, praktische, ergonomische, physiologische, psychologische und soziale Aspekte des Einsatzes und der gesellschaftlichen Einbettung dieser Instrumente, kurz, eine sich neu herausbildende »technologische Seite des Denkens«¹², zum Gegenstand. Auch wenn das Selbstverständnis der Informatik gewöhnlich enger ausfällt¹³, so ist es doch gerade eine solche Einordnung, die die Informatik als Querschnittswissenschaft charakterisiert und aus der sich auch die Rechtfertigung eines eigenständigen Schulfaches »Informatik« ableitet.

Ein solches Verständnis von Informatik läßt auch Raum für eine weitergehende Symbiose von Kalkül und Technologie als Gegenstand eines Faches zwischen Mathematik und Informatik, dem *Grabmeier* den provisorischen Namen »Computermathematik« gegeben hat. Das symbolische Rechnen ist ein wesentlicher Teil dieses Gebiets.¹⁴

Symbolisches Rechnen und der Computer als Universalmaschine

Die Entwicklung der Mathematik als Ganzes ebenso wie ihre curriculare Vermittlung in der Schule beginnt mit dem Zahlbegriff als Abstraktion und führt vom einfachen Kalkül der Arithmetik über den Einsatz von Variablen, mit deren Hilfe man über den Arithmetikkalkül rasonieren kann, viele Windungen der Abstraktionsspirale hinauf zu komplizierten und kompliziertesten symbolischen Kalkülen.

Allerdings definiert sich Wissenschaftliches Rechnen normalerweise nicht über die verwendeten Kalküle, sondern in Abgrenzung zur »reinen Mathematik« über das zu Grunde liegende (und weiter oben bereits beschriebene) Anwendungsparadigma.

Von Babbages Assistentin, Freundin und Mäzenin, Lady *Ada Augusta Lovelace*, ist folgendes Zitat überliefert (nach Donald E. Knuth: *The art of computer programming*, Addison Wesley 1991, S. 1) »Viele Menschen, die nicht mit entsprechenden mathematischen Studien vertraut sind, glauben, daß mit dem Ziel von Babbage's Analytical Engine, Ergebnisse in Zahlennotation auszugeben, auch deren Inneres arith-metisch-numerischer Natur sein müsse statt algebraisch-analytischer. Das ist ein Irrtum. Die Maschine kann ihre numerischen Eingaben genau so anordnen und kombinieren, als wären es Buchstaben oder andere allgemeine Symbole; und könnte sie sogar in einer solchen Form ausgeben, wenn nur entsprechende Vorkehrungen getroffen würden.«

Interessanterweise wiederholt sich diese Entwicklung auch in der Geschichte des Einsatzes des Computers als Hilfsmittel geistiger Arbeit. Historisch wurde das Wort Computer bekanntlich zuerst mit einer Maschine zur schnellen Ausführung numerischer Rechnungen verbunden. Nachdem dies in der Anfangszeit ebenfalls auf einfache arithmetische Operationen beschränkt war (und für Taschenrechner lange so beschränkt blieb), können auf entsprechend leistungsfähigen Maschinen heute auch kompliziertere Anwendungen wie das Berechnen numerischer Werte mathematischer Funktionen, die Approximation von Nullstellen gegebener Polynome oder von Eigenwerten gegebener Matrizen realisiert werden. Solche numerischen Verfahren spielen (derzeit) die zentrale Rolle in Anwendungen mathematischer Methoden auf Probleme aus Naturwissenschaft und Technik und bilden den Kern einer eigenen mathematischen Disziplin, des Wissenschaftlichen Rechnens.

All diesen Anwendungen ist gemein, daß sie zwar unter Verwendung ausgefeilter Programmiersprachen die Programmierfähigkeit eines Computers ausnutzen, sich letztlich aber allein auf das Rechnen mit (Computer)zahlen zurückführen lassen. Der Computer erscheint in ihnen stets als außerordentlich präzise und schnelle, im übrigen aber stupide Rechenmaschine, als »number cruncher«.

Genau so kommt der Computer auch in vielen großen numerischen Simulationen praktischer Prozesse zum Einsatz, so daß ein Bild seiner Fähigkeiten entsteht, das sowohl aus innermathematischen als auch informatik-theoretischen Überlegungen heraus eher einer künstlichen Beschränkung seiner Einsatzmöglichkeiten gleichkommt. Zeigt uns doch die Berechenbarkeitstheorie in Gestalt der Churchschen These, daß der Computer eine Universalmaschine ist, die prinzipiell in die Lage versetzt werden kann, jede nur denkbare algorithmische Tätigkeit auszuüben, wenn sie nur mit einem geeigneten Programm versehen ist. Er sollte also auch in der Lage sein, Symbole und nicht nur Zahlen nach wohlbestimmten Regeln zu verarbeiten.

Daß ein Computer auch zu einer solchen Symbolverarbeitung fähig ist, war übrigens lange vor dem Bau des ersten »echten« (von-Neumann-)Rechners bekannt. Bereits *Charles Babbage* (1792-1838), der mit seiner »Analytical Engine« 1838 ein dem heutigen Computer ähnliches Konzept entwickelte, ohne es aber realisieren zu können, hatte diese Fähigkeiten einer solchen Maschine im Blick.

Ein solches Computerverständnis ist uns, im Gegensatz zu den Pionieren des Computer-Zeitalters, im Lichte von ASCII-Code und Textverarbeitungssystemen heute allgemein geläufig, wenigstens was den Computer als intelligente Schreibmaschine betrifft. Mit dem Siegeszug der Kleinrechenstechnik in den letzten 30 Jahren entwickelte er sich dabei vom Spielzeug und der erweiterten Schreibmaschine hin zu einem unentbehrlichen Werkzeug der Büroorganisation, wobei vor allem seine Fähigkeit, (geschriebene) Information speichern, umordnen und verändern zu können, eine zentrale Rolle spielt. In diesem Anwendungssektor kommt also die Fähigkeit des Computers, symbolische Information verarbeiten zu können, bereits unmittelbar auch für den Umgang mit Daten zum Einsatz. Dabei verwischt sich durch die binäre Kodierung symbolischer Information die Grenze zwischen Zahlen und Zeichen, die zuerst so absolut schien.

Auf dieser Abstraktionsebene ist es auch möglich, die verschiedensten Nachschlagewerke und Formelsammlungen, also in symbolischer Form kodiertes Wissen, mit dem Computer aufzubereiten, in datenbankähnlichen Strukturen vorzuhalten und mit entsprechenden Textanalyseinstrumenten zu erschließen. Es wird sogar möglich, auf verschiedene Weise symbolisch kodierte Informationen in multimedialen Produkten zu verknüpfen, was das ungeheure innovative Potential dieser Entwicklungen verdeutlicht. In der Hand des Ingenieurs und Wissenschaftlers entwickelt sich damit der Computer zu einem sehr effektiven Instrument, das nicht nur den Rechenschieber, sondern auch zunehmend Formelsammlungen abzulösen in der Lage ist. Auf diesem Niveau handelt es sich allerdings noch immer um eine syntaktische Verarbeitung von Information, wo der Computer deren Sinn noch nicht in die Verarbeitung einzubeziehen vermag.

Kehren wir zum Einsatz des Computers zu numerischen Zwecken zurück. Obwohl nicht so deutlich sichtbar, kommt hierbei bereits eine wichtige symbolische Komponente zum Tragen: Der Computer benötigt ein Programm für die Rechnungen, das er in adäquater Form in seinen Speicher zu bringen und von dort wieder zu extrahieren hat. Diese Art symbolischer Information ist bereits semantischer Art, da die auf diese Weise dargestellten Algorithmen inhaltliche Aspekte der verarbeiteten Zahlengrößen erschließen. Daß dies vom Nutzer nicht in gebührender Form wahrgenommen wird, hängt in erster Linie mit der strikten Trennung von (numerischen) Daten und (symbolischem) Programm sowie der Betrachtung des Computers als virtuelle Maschine (»Das Programm macht der Programmierer, die Rechnung der Computer«) zusammen.

Bringt man beide Ebenen, die Daten und die Programme, zusammen, ermöglicht also algorithmische Operationen auch auf symbolischen Daten, geht man einen großen Schritt in die Richtung, semantische Aspekte auch symbolischer Information einer automatischen Verarbeitung zu erschließen. Denken lernt der Computer damit allerdings nicht, denn auch die Algorithmik symbolischer Informationsverarbeitung benötigt zunächst den in menschlicher Vorleistung erdachten Kalkül, den der Computer dann in der Regel schneller und präziser als der Mensch auszuführen vermag. In diesem Schnittpunkt moderner Entwicklungen befindet sich die Computeralgebra. Mit ihrem ausgeprägten Werkzeugcharakter und einer starken Anwendungsbezogenheit steht sie paradigmatisch dem klassischen Gegenstand des Wissenschaftlichen Rechnens nahe und wurde lange Zeit nur als Anhängsel dieser sich aus der Numerik heraus etablierten mathematischen Disziplin verstanden. Ihre Potenzen sind aber vielfältiger. Zunächst steht sie in einer Reihe mit anderen nichtnumerischen Applikationen einer »Mathematik mit dem Computer« wie zum Beispiel Anwendungen der diskreten Mathematik (Kombinatorik, Graphentheorie) oder der diskreten Optimierung, die endliche Strukturen (Graphen, Bäume, Listen, Felder) untersuchen, die sich exakt im Computer reproduzieren lassen.

Die strukturelle Endlichkeit ihrer Konstrukte prädestinierte die diskrete Mathematik, eine Vorreiterrolle bei der Computerisierung der »exakten« Mathematik zu spielen; und sie tat dies auch spätestens mit dem spektakulären Beweis des Vier-Farben-Satzes durch *Appel* und

Haken im Jahre 1976. Damit zog zugleich neben dem bis dahin dominierenden numerischen ein deduktives Mathematikverständnis in den Computerbereich ein, das den Ansprüchen wissenschaftlicher Rationalität wesentlich näher steht.

Mathematische Konstrukte sind allerdings in der Regel nicht strukturell, sondern nur beschreibungs-endlich, so daß in allgemeineren Situationen noch einmal eine Reduktionsleistung vollbracht werden muß. Diese ergibt sich in vielen Fällen auf natürliche Weise aus der Art, wie Theorien und vor allem deren Kalküle inner-mathematisch formuliert werden. Diese Formulierungen müssen »nur noch« in computeradäquate Strukturen umgesetzt werden. Hier hat die Computeralgebra eines ihrer großen beziehungsweise, nach *Buchberger (RP)*, sogar ihr entscheidendes Aufgabenfeld.

Neben konkreten Implementierungen wichtiger mathematischer Kalküle und Verfahren reicht die Bedeutung der Computeralgebra aber über den Bereich der algorithmischen Mathematik hinaus. Die Vielzahl mathematischer Verfahren, die in einem modernen Computeralgebra-System wie *Mathematica*, *Maple* oder *MuPAD* unter einer einheitlichen Oberfläche verfügbar sind, konstituieren ein leistungsfähiges metamathematisches Werkzeug für Anwender, ähnlich den Numerikbibliotheken, die heute schon im Wissenschaftlichen Rechnen eine zentrale Rolle spielen.

Die Symbiose dieser Entwicklungen der algorithmischen Mathematik mit informatischen Entwicklungen wie etwa guten Graphik-, Notebook- und Hypertextsystemen zu integrierten Entwicklungsumgebungen, einem persönlichen digitalen Assistenten, ist im Bereich der Computeralgebra bereits deutlich ausgeprägt. Sie wird dazu führen, daß sich die heute noch getrennt agierenden Bereiche »Symbolik« und »Numerik« zu der bereits erwähnten »Computermathematik« vereinen werden, in der computergestützte numerische, diskrete und symbolische Methoden gleichberechtigt nebeneinander stehen und in praktischen Applikationen ineinander greifen. Wie die Mathematik als lingua franca das Denken in weiten Bereichen der Natur- und Ingenieurwissenschaften prägt, so wird diese Computermathematik das Herzstück computergestützter fachwissenschaftlicher »Denkwerkzeuge« sein und das zentrale Element der bereits erwähnten »Technologie des Denkens« bilden. Das Verständnis für computer-mathematische Denkweisen wird damit auch in Bereichen eine Rolle spielen, die sich heute noch weit entfernt von Mathematik und Informatik wähnen. Die Bedeutung dieser Denkweisen für eine mathematische Kultur der Gesellschaft ist deshalb kaum zu unterschätzen.

In diesem Spannungsfeld zwischen Mathematik und Informatik findet die Computeralgebra zunehmend ihren eigenen Platz und nimmt dabei wichtige Entwicklungsimpulse aus beiden Gebieten auf. So mag es nicht verwundern, daß die großen Durchbrüche der letzten Jahre sowohl in der Mathematik als auch in der Informatik die von der Computeralgebra produzierten Werkzeuge wesentlich beeinflusst haben und umgekehrt. Mit der Computerisierung mathematischer Verfahren erweitert sich zugleich der Kognitionsbereich »durchschnittlicher« Mathematiker, so daß mathematische Ergebnisse, die noch vor einigen Jahrzehnten intellektuelle Vorposten darstellten, zum Allgemeinot werden.

Zu den kuriosen Beispielen, die in diesem Zusammenhang immer wieder erwähnt werden, gehören die Mondbahnberechnungen des französischen Astronomen *Charles Delaunay*, für die er im 19. Jahrhundert 20 Jahre seines Lebens opferte und die mit modernen Computern in wenigen Stunden nachvollziehbar sind. Die mathematische Glaubwürdigkeit des Computerergebnisses ist zudem unvergleichlich höher, wie in der anerkennenden Feststellung zum Ausdruck kommt, daß sich *Delaunay* nur an drei Stellen in Termen untergeordneter Bedeutung verrechnet habe (und nicht umgekehrt der Computer), vgl. Richard Pavelle, Marcus Rothstein, John P. Fitch: *Computer Algebra*, in: *Scientific American*, 245, 1981, pp. 102-113.

Die Computeralgebra ist damit nicht eine weitere Computeranwendung schlechthin unter vielen anderen, sondern setzt in natürlicher Weise Entwicklungen fort, die die Informatik als Ganzes hervorgebracht haben: Der Computereinsatz für symbolische Rechnungen eröffnet einen neuen Abschnitt auf dem Weg des Computers vom primitiven Bitknipser zu einem Universalwerkzeug für geistige Arbeit. Es beginnt damit eine neue Etappe auf dem Weg der praktischen Realisierung des theoretischen Anspruchs, den die Churchsche These impliziert.

Wie wird es weiter gehen?

Die von der Computeralgebra produzierten Werkzeuge spielen bereits heute eine stark zunehmende Rolle in den Natur- und auch in den Ingenieurwissenschaften. Dies dokumentiert sowohl die wachsende Zahl von Anwenderpaketen der verschiedenen großen Systeme als auch eine beeindruckende Zahl von Büchern zu dieser Thematik.¹⁵

Den Einfluß dieser neuen Arbeitsmittel auf den Umbruch unserer technisierten Arbeitswelt insbesondere im ingenieurtechnischen Bereich kann man kaum überschätzen. Dort, wo heute noch dicke Formelsammlungen und Tafelwerke das Berufsbild prägen, die trotz ihrer Dicke genau wie ein Berg numerischer Daten immer nur eine sehr beschränkte Sicht auf Fakten und keine Einsichten vermitteln können, werden Werkzeuge, die auf symbolischen Fähigkeiten im beschriebenen Sinne aufsetzen, diese Bereiche geistiger Arbeit in vielleicht noch nachhaltigerer Weise revolutionieren als dies mit der Erfindung des Buchdrucks geschah.

Schließlich eröffnen die damit verbundenen Möglichkeiten, nun auch algorithmisches know how in großem Umfang zu vergegenständlichen, vollkommen neue Dimensionen der Wissensrepräsentation. *Johannes Grabmeier* beschreibt die Perspektiven eines solchen Übergangs von einer fakten- zu einer stärker algorithmenorientierten Wissensrepräsentation wie folgt: »Viele Probleme aus der Ingenieurwelt, den Naturwissenschaften und den Wirtschaftswissenschaften sind heute ohne massiven Einsatz von Computern nicht lösbar. Die dahinterliegenden Probleme werden mit den Methoden des wissenschaftlichen Rechnens angegangen. Dabei werden mehr und mehr die traditionellen numerischen Rechnungen durch symbolisches Rechnen mit dem Computer ersetzt bzw. ergänzt... Der Siegeszug der Computeralgebra in den letzten Jahren ist eng gekoppelt mit der stürmischen Entwicklung von immer neuen Rechnergenerationen, die es erst möglich gemacht hat, die besonders rechen- und speicherintensiven Programme und Systeme zum symbolischen Rechnen zu realisieren.

Aber der Aufwand lohnt sich: Wenn man statt einer Zahl eine parameterabhängige Formel als Ergebnis erzielt, hat man nicht nur ein Problem gelöst, sondern eine Klasse von möglicherweise unendlich vielen Problemen erledigt. Dadurch wird ein Qualitätssprung möglich, denn die Formel erlaubt es nun z.B., die Parameter zu optimieren oder schnell auf Veränderungen zu reagieren. (...) Wie heute ein Taschenrechner zum Alltag gehört, wird künftig jeder Ingenieur und jeder, zu dessen Aufgaben das Lösen, Erlernen oder Lehren mathematischer Probleme gehört, Zugriff auf ein Computeralgebra-System haben. Die verschiedenen schon heute verfügbaren Komponenten für

Ein pikantes Detail liegt in der Ignoranz dieser Entwicklungen durch Teile der etablierten Informatik selbst, denn Darlegungen zur Computeralgebra sucht man in verschiedenen Quellen, die sich eine umfassende Darstellung der Informatik vorgenommen haben, vergebens. So enthalten weder der *Duden Informatik* (DI) noch das *Lexikon Informatik* – Schneider: *Lexikon Informatik*, München 1997 (4. Auflage) – ein Stichwort ›Symbolisches Rechnen‹ oder ›Computeralgebra‹. Aber auch hier scheinen sich Gewichte zu verschieben, wie ein Blick in das neue *Handbuch Informatik* (RP) belegt, in dem ein ganzer Abschnitt dem symbolischen Rechnen gewidmet ist.

numerisches und symbolisches Rechnen, für Statistik und andere mathematische Gebiete, für Graphik und Animation, Textverarbeitung und Dokumentation mit Hypertext-Systemen und vieles mehr sehe ich in nicht allzu ferner Zukunft über entsprechende Schnittstellen zu individuell kombinierbaren Computermathematik-Systemen für das Wissenschaftliche Rechnen zusammenwachsen. Die Computeralgebra leistet damit einen wesentlichen Beitrag für eine der Schlüsseltechnologien unserer technikbestimmten Gesellschaft« (Grabmeier 1995).

Auf diesem Wege entstehen bequeme Werkzeuge für die eigene geistige Arbeit, die lokal auf dem Schreibtisch des Wissenschaftlers oder Ingenieurs einen immer größeren Teil des globalen know hows verschiedener Fachrichtungen in einer auch algorithmisch leicht zugänglichen Form bereithalten. Eine nochmalige Steigerung der Wirkung dieser Instrumente ergibt sich, wenn sie mit Internet und anderen Kommunikationstechnologien zusammengeführt werden. Versammeln sie heute die globale Power allgemeiner Problemlösekompetenz in einem Computer lokal auf dem Tisch des Anwenders, so ermöglicht es ein solches Netz, die spezielle Problemlösekompetenz einzelner Wissenschaftler in globalem Maßstab unmittelbar zu konsultieren; ein Ansatz, der weit über die traditionellen Formen wissenschaftlicher Kommunikation hinausreicht. Die Anforderungen an eine »durchschnittliche mathematische Kultur« als kontextuale Voraussetzung solcher Kommunikationsformen werden entsprechend mitwachsen.

Curriculare Konsequenzen

Die Konsequenzen aus diesen Entwicklungen werden für die Gestaltung von Lehrplänen und Studiengängen ähnlich tiefgreifend sein müssen wie die Entwicklungen selbst, wenn die schulische und studentische Ausbildung mit den neuen Anforderungen Schritt halten will.

Konsequenzen für den Einsatz von Computeralgebra (in der oben thematisierten technologischen Dimension) sind dabei einzubetten in Konsequenzen, die sich generell aus der zu erwartenden Allgegenwart des Computers ergeben. Eine elementare Prämisse stellt die Verankerung einer informatischen Allgemeinbildung im Schul-Curriculum dar, um die derzeit nicht nur in Sachsen erbitterte Grabenkämpfe zwischen der Ministerialbürokratie und dem Rest der Welt geführt werden. Statt provisorischer Augenblickslösungen, die sich an großzügige und nur auf den ersten Blick uneigennützig angebotene großer Firmen aus dem Computer- oder Telekommunikationsbereich wie an einen Strohalm klammern, sind dabei langfristig materiell, personell und auch didaktisch abgesicherte Konzepte gefragt. Gute »offizielle« Überlegungen in dieser Richtung sind Mangelware. Eine Gruppe interessierter (und betroffener) Informatiklehrer aus Sachsen¹⁶ hat ein solches Konzept entwickelt, das propädeutische Elemente in der Grundstufe, eine systematische Einführung in allgemeinbildende Aspekte der Informatik in der Sek I und ausgewählte weiterführende Anwendungsaspekte in der Sek II vorsieht. Auch die Vorstellungen des GI-Fachausschusses *Informatische Bildung an Schulen* weisen in eine solche Richtung.

Auf einer derartigen Ausbildung kann die Unterweisung des naturwissenschaftlichen und ingenieurtechnischen Nachwuchses im Einsatz

speziellerer computermathematischer Werkzeuge aufsetzen, wobei wie beim Taschenrechner-Einsatz die drei Etappen

1. propädeutische Sensibilisierung
2. fachwissenschaftlicher Einsatz
3. systematisierende Einführung

zu durchlaufen sind. Die *propädeutische Sensibilisierung* kann durch den Einsatz von Computeralgebrasystemen im Unterricht der Sek II erreicht werden (derzeit ebenfalls stark in der Diskussion¹⁷), so daß wir in absehbarer Zeit auf Studienanfänger hoffen können, denen der Gebrauch dieser Denkwerkzeuge nicht mehr fremd ist.

Die durchgängige Verwendung in der *fachwissenschaftlichen Ausbildung* ist der Platz, an dem die genannte Zielgruppe weitere eigene Erfahrungen im Einsatz computeralgebraisch basierter Werkzeuge sammeln kann. Auf die unbestreitbaren didaktischen Potenzen, diesen Studenten in dem Zusammenhang auch die Mathematik etwas näher zu bringen, will ich hier nicht eingehen.

Leider sind auch diese Überlegungen zunächst Visionen, die zunehmend zu scheitern drohen, wenn politisch Verantwortliche (wenn ein solcher Terminus hier überhaupt noch zu rechtfertigen ist) meinen, mit eisernem Sparwillen die öffentlichen Kassen auf Kosten und zu Lasten der Bildung zukünftiger Generationen sanieren zu können.

- 1 Info 2000 – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Bericht der Bundesregierung, Referat Öffentlichkeitsarbeit des BMWi, Bonn, Februar 1996.
- 2 Report *Die Informationsgesellschaft*, Referat Öffentlichkeitsarbeit des BMWi, Bonn, November 1995, S. 2.
- 3 Jörg Menno Harms: Computertechnik, Telekommunikation, Unterhaltungselektronik und Medien wachsen zusammen, in: Report *Die Informationsgesellschaft*, Referat Öffentlichkeitsarbeit des BMWi, Bonn, November 1995, S. 4.
- 4 Rainer Busch: Lernen aus dem Netz, in: c't, Heft 6, 1997, S. 280-283.
- 5 Vgl. etwa die Stellungnahme zum *Import von Informatikfachkräften*, April 2000, sowie die *Empfehlungen für ein Gesamtkonzept zur informatischen Bildung an allgemeinbildenden Schulen*, September 2000, des Fachausschusses 7.3 *Informatische Bildung an Schulen* der Gesellschaft für Informatik (GI); siehe: <http://didaktik.cs.uni-potsdam.de/HyFISCH/Produzieren/GI-FA73/fapub.html>.
- 6 Eine europäische Informationsgesellschaft für alle. Erste Überlegungen der Gruppe hochrangiger Experten unter Vorsitz von Prof. Luc Soete. Zwischenbericht an die europäische Kommission vom Januar 1996; veröffentlicht vom Büro der europäischen Kommission, Brüssel 1996.
- 7 Dieser Terminus beruht auf der (gut fundierten) Churchschen These, die behauptet, daß jede formal algorithmisierbare Tätigkeit durch einen Computer verrichtet werden kann, wenn dieser nur über entsprechende Schnittstellen verfügt.
- 8 Brockhaus Enzyklopädie in 26 Bänden, Mannheim 1994¹⁰.
- 9 Friedhart Kliex, Karl Lanus: Wege und Irrwege der Menschenartigen. Wie wir wurden, wer wir sind, Stuttgart 1999, S. 199.
- 10 Erwin Single: Ohne Brüche, in: DMV-Mitteilungen, Heft 2, 2000, S. 27-31. Abdruck aus *Abi Berufswahl-Magazin 1/2000*, Mannheim.
- 11 Vgl. <http://timss.bc.edu> sowie die *Stellungnahme der DMV im Rahmen der Anhörung zu TIMSS bei der Kultusministerkonferenz am 26./27. Juni 1997 in Bonn*: <http://www.mathematik.uni-bielefeld.de/DMV/archiv/memoranda/TIMSS.html>.
- 12 Bruno Buchberger: Computer-Algebra: Das Ende der Mathematik?, in: DMV-Mitteilungen, Heft 2/2000, S. 16-26.
- 13 Gängige Definitionen des Gegenstands der Informatik fokussieren stärker auf eine einzelwissenschaftliche Betrachtung, etwa als »Wissenschaft von der systematischen Verarbeitung von Informationen, besonders der automatischen Verarbeitung mit Digitalrechnern« (DF: Hermann Engesser (Hrsg.): Duden Informatik, Mannheim 1993).
- 14 Johannes Grabmeier: Computeralgebra – eine Säule des Wissenschaftlichen Rechnens, in: *it + ti*, Heft 6, 1995, S. 5-20.
- 15 Für einen vollständigeren Überblick über Tendenzen und Anwendungen der Computeralgebra vgl. Johannes Grabmeier, Volker Weispfenning (Hrsg.): *Computeralgebra in Deutschland – Bestandsaufnahme, Möglichkeiten, Perspektiven*, Fachgruppe Computeralgebra der GI, DMV, GAMM, Passau und Heidelberg 1993. Eine überarbeitete und wesentlich erweiterte Auflage erscheint im Jahr 2000 im Springer-Verlag.
- 16 Siehe <http://marvin.sn.schule.de/~gj>.
- 17 Siehe etwa <http://www.uni-muenster.de/ZKL-t3>.

JOCHEN WEICHOLD

Der Abgeordnete und die Diäten. Zum verfassungsrechtlichen Problem der »angemessenen«, die »Unabhängigkeit« des Abgeordneten sichernden Entschädigung



Jochen Weichold – Jg. 1948, Dr. sc. phil., Politikwissenschaftler, Bereichsleiter in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.
Foto: privat

Die Frage der Abgeordneten-Diäten beschäftigt die Öffentlichkeit in schöner Regelmäßigkeit immer dann, wenn der Bundestag oder einzelne Landtage »in eigener Sache« über deren Erhöhung entscheiden – und dies vor allem in Zeiten, in denen Regierungen und Parlamente in anderen Bereichen »Sparpakete« schnüren, die zu Lasten der sozial Schwachen gehen. Bekanntlich sieht das Grundgesetz in Artikel 48 vor: »Die Abgeordneten haben Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung.«¹ Damit erhebt sich die Frage, was denn eine »angemessene« Entschädigung eines Abgeordneten ist, die zugleich seine »Unabhängigkeit« sichert.

Um populistischen Missdeutungen des Themas zuvorzukommen: Diäten sind eine demokratische Errungenschaft. Sie machen die Wahrnehmung des passiven Wahlrechts durch jedermann erst möglich. Das Bundesverfassungsgericht hat 1975 in aller Deutlichkeit festgestellt: »Jedermann muss ohne Rücksicht auf soziale Unterschiede, insbesondere auf seine Abstammung, seine Herkunft, seine Ausbildung oder sein Vermögen die gleiche Chance haben, Mitglied des Parlaments zu werden.«²

Gerade dies entspricht dem modernen Demokratieverständnis und unterscheidet sich vom bürgerlich-liberalen Demokratieverständnis des 19. Jahrhunderts und der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts, das die politischen Teilhaberechte, vor allem das aktive und das passive Wahlrecht, durch Zensus- und Dreiklassenwahlrecht noch dem Besitzbürgertum vorbehielt.³ Die Bismarcksche Reichsverfassung von 1871 verbot Abgeordneten-Diäten als Korrektiv zur Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Deutschland. Nach dem Willen des »Eisernen Kanzlers« und der ihn tragenden politischen Kräfte sollte der Zustand der Diätenlosigkeit einen »Schutzmechanismus gegen das Eindringen radikaler Kräfte in die Volksvertretung« bilden.⁴ Es zeigte sich aber, dass mit dieser Maßnahme einer parlamentarischen Vertretung der revolutionären Sozialdemokratie im Reichstag nicht zu begegnen war.

Erst 1906 wurde schließlich eine Entschädigungsregelung für die Reichstagsabgeordneten eingeführt. Damals wurde in Artikel 32 der Reichsverfassung festgelegt, dass die Mitglieder des Reichstages »als solche keine Besoldung beziehen (dürfen)«, sondern »eine Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes« im Sinne einer reinen Aufwandsentschädigung erhalten.⁵ Auch in der Weimarer Republik wurde unter »Entschädigung« eine Abgeltung des Mehraufwandes verstanden, der den Abgeordneten in Ausübung ihres Mandates erwächst.

1 Grundgesetz, Art. 48, Abs. 3.

2 Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 40. Band, Tübingen 1976, S. 296 (S. 318). Im Folgenden zitiert wie folgt: BVerfGE 40, 296 (S. 318).

3 Siehe Hans Herbert von Arnim: Abgeordnetenentschädigung und Grundgesetz. Ein verfassungsrechtliches Gutachten über die finanziellen Privilegien der Parlamentsabgeordneten in Bund und Ländern, Wiesbaden 1975, S. 26.

4 Siehe Frank Julius Hospach: Diäten in Deutschland. Eine verfassungsgeschichtliche Studie (Diss.), Tübingen 1992, S. 245/46.

Diese Auffassung galt auch noch in den Gründerjahren der BRD für die Entschädigung der Abgeordneten von Bundestag und Landtagen. Allerdings mutierte die reine Aufwandsentschädigung der bundesrepublikanischen Gründerzeit schon in den fünfziger und sechziger Jahren in ihrer faktischen Ausgestaltung immer mehr zu einer Alimentation zur Sicherung des Lebensunterhalts des Abgeordneten und seiner Familie. 1958 wurde die Entschädigung von Bundestagsabgeordneten an das Ministergehalt und damit indirekt an die Beamtenbesoldung geknüpft. Neben der sogenannten Grundentschädigung wurden gleichzeitig für mandatsbedingte Unkosten zusätzliche Pauschalen fixiert, was den Schluss zulässt, dass die Grundentschädigung für den Lebensunterhalt gedacht war. Logisch auf diesem Weg zum Berufspolitikertum war dann 1968 die Einführung der Altersversorgung für Bundestagsabgeordnete. In den Bundesländern vollzog sich eine analoge Entwicklung.⁶

Aus dieser Entwicklung heraus wurde schon in der bundesrepublikanischen rechtswissenschaftlichen Literatur der sechziger und siebziger Jahre der Schluss gezogen, dass sich der Charakter der Grunddiäten zu einem parlamentarischen Gehalt beziehungsweise einer Besoldung, schlechthin zu einem Abgeordnetengehalt gewandelt hat.⁷ Daraus wurde unter anderem die Forderung nach Besteuerung der Grundentschädigung und nach Abschaffung anderer überkommener Privilegien abgeleitet wie dem der ins Parlament gewählten Beamten, neben ihrer Entschädigung noch ein Ruhegehalt aus ihrem Beamtenverhältnis zu beziehen.

Bereits in einer Entscheidung vom 21. Oktober 1971 war das Bundesverfassungsgericht zu der Auffassung gelangt, »dass sich die Aufwandsentschädigung mehr und mehr einem Entgelt für die im Parlament geleisteten Dienste angenähert hat und mehr und mehr den Charakter einer Besoldung oder eines Gehalts annimmt«⁸. Und im sogenannten Diäten-Urteil vom 5. November 1975 hinsichtlich des saarländischen Landtages interpretierte das Bundesverfassungsgericht den in Artikel 48 Absatz 3 GG niedergelegten Anspruch auf Entschädigung von Bundestagsabgeordneten als Anspruch auf eine für alle gleiche (zu versteuernde) »Voll-Alimentation«.⁹ Die Entschädigung müsse für die Abgeordneten und ihre Familien »während der Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Parlament eine ausreichende Existenzgrundlage abgeben können«¹⁰. Gleichwohl ließ das Gericht die Ausübung eines privaten Berufs (und das entsprechende zusätzliche Einkommen) weiterhin rechtlich unbeschränkt zu.

In der Folge des Diäten-Urteils wurden die Abgeordnetengesetze in Bund und Ländern neu konzipiert. Das Abgeordnetengesetz des Bundes von 1977 beseitigte insbesondere das Steuerprivileg durch Einführung der Besteuerung der Abgeordneten-Entschädigung und der Pension und das Beamtenprivileg durch Fortfall des bisher neben den Diäten bezogenen Ruhegehalts der Abgeordneten aus dem öffentlichen Dienst. Es hob die Anbindung der Abgeordneten-Entschädigung an die Beamtgehälter auf und führte eine gegenseitige Teilanrechnung von Abgeordneten-Entschädigung und anderen Bezügen aus öffentlichen Kassen ein. Andererseits hob es aber die Abgeordneten-Entschädigung massiv an und setzte die Entschädigungspauschalen für mandatsbedingten Aufwand neu fest. In den alten Bundesländern

5 Siehe Hubert Voigtländer: Die Besteuerung der Abgeordnetendiäten im internationalen Vergleich. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Opladen 1972, Nr. 1, S. 63.

6 Siehe Hans Herbert von Arnim: Beruf und Mandat – Einflüsse der Diätenregelung, in: Bitburger Gespräche. Jahrbuch 1993/2, München 1993, S. 169/70.

7 Siehe Hermann von Mangoldt, Friedrich Klein: Das Bonner Grundgesetz (Kommentar), Bd. II, Berlin und Frankfurt am Main 1964, S. 992/993; Ludger-Anselm Versteyl: Verfassungsrechtliche Aspekte des Abgeordnetengehalts, in: Die öffentliche Verwaltung, Stuttgart 1972, Nr. 22, S. 774; Hubert Voigtländer: Die Besteuerung der Abgeordnetendiäten im internationalen Vergleich, a. a. O., S. 64.

8 Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 32. Band, Tübingen 1972, S. 157 (S. 164).

9 Siehe BVerfGE 40, 296 (S. 316). – In einer Entscheidung von 1987 hat das Bundesverfassungsgericht diese Position relativiert, indem es mit dem Blick auf den Beamten eine Verpflichtung des Gesetzgebers zur Einführung einer Voll-Alimentation für den Bundestagsabgeordneten in Abrede stellte. Das Verfassungsrecht kenne für den Abgeordneten keine Garantien der Art, wie sie dem Beamten zugute kommen, für dessen finanziellen Status das Alimentationsprinzip gilt, da der Abgeordnete einen völlig anderen rechtlichen Status habe. Siehe Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 76. Band, Tübingen 1988, S. 256 II (341/342).

10 BVerfGE 40, 296 (S. 315).

11 Siehe Wolfgang Czep-luch: Abgeordnetenstatus und politische Partei. Zu den Voraussetzungen und Folgen der Professionalisierung des Abgeordnetenmandates, Frankfurt am Main 1991, S. 52-68; Hans Herbert von Arnim: Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. Parteienfinanzierung in Deutschland, München 1996, S. 202 und 435.

12 Gerade Übergangsgeld und Altersversorgung, prozentual an die Mandats-Entschädigung gekoppelt, sind in Bund und Ländern viel zu üppig und sollten auf ein Maß beschränkt werden, das auch für den Normalbürger gilt.

13 Siehe taz – die tageszeitung, Berlin, 19.06.2000.

14 Siehe Erich Eyermann: Die ewigen Diätenquerelen, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, Frankfurt am Main 1992, Nr. 6, S. 201-203.

15 BVerfGE 40, 296 (S. 316/317).

16 Siehe Klaus Schlaich, Hermann Josef Schreiner: Die Entschädigung der Abgeordneten, in: Neue Juristische Wochenschrift, München und Frankfurt am Main 1979, Nr. 14, S. 678.

17 BVerfGE 40, 296 (S. 315).

wurden die derzeit geltenden Gesetze, die die Entwicklung im Bund im wesentlichen nachvollzogen, fast alle in den Jahren 1977 bis 1979 angenommen. Und schließlich folgten dem dann Anfang der neunziger Jahre die neuen Bundesländer.¹¹ Die Entschädigung der Abgeordneten beruht heute auf einem Vier-Säulen-System: Mandatsentschädigung, Aufwendungsersatz, Übergangsgeld und Altersversorgung.¹²

Kriterien für die Angemessenheit der Abgeordneten-Entschädigung

Erst im Juni letzten Jahres forderte der stellvertretende Vorsitzende des Geschäftsordnungs-Ausschusses des Bundestages, Wolfgang Freiherr von Stetten (CDU), eine Anpassung der Abgeordneten-Diäten an die Besoldung der obersten Bundesrichter.¹³ Und auch der frühere Präsident des Verwaltungsgerichtshofs München und Vorsitzende der ersten bayerischen Diätenkommission, Erich Eyermann, hat – um den »ewigen Diätenquerelen« zu entgehen – vorgeschlagen, für die Grundentschädigung der Abgeordneten eine dem Beamtenbesoldungsrecht entnommene Vergütungsgruppe – konkret die des Ministerialrats (B 3) – festzusetzen.¹⁴ Gerade eine solche Anknüpfung an die Beamtenbesoldung hat aber das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung von 1975 für verfassungswidrig erklärt, weil sie einerseits dem Status des Abgeordneten widerspreche und andererseits das Parlament der Notwendigkeit enthebe, »jede Veränderung in der Höhe der Entschädigung im Plenum zu diskutieren und vor den Augen der Öffentlichkeit darüber als einer selbständigen politischen Frage zu entscheiden«¹⁵.

Damit ist auch die Basis, auf der alle Erhöhungen der Abgeordneten-Entschädigungen in Bund und Ländern beruhen, nämlich die 1958 erfolgte indirekte Kopplung der Entschädigung der Bundestagsabgeordneten an die Beamtenbesoldung, vom Bundesverfassungsgericht in Frage gestellt worden. Es ist nirgendwo für notwendig befunden worden, diese Basis späterer Erhöhungen kritisch zu überprüfen. Der finanzielle Ausgangspunkt für die Ermittlung der Höhe der Abgeordneten-Entschädigungen hängt somit in der Luft. Allerdings wäre es sicher weltfremd zu erwarten, dass die später in dieser Frage getroffenen Entscheidungen revidiert werden. Zudem hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung von 1975 dem Gesetzgeber bei der konkreten Festsetzung der Beträge der Abgeordneten-Entschädigung einen weiten Ermessensspielraum eingeräumt.¹⁶

Für die »Angemessenheit« der Entschädigung läßt sich eine Reihe von Kriterien benennen, die nicht einzeln, sondern als Komplex beachtet werden sollten:

Erstens: Das Kriterium der auf dem Abgeordneten lastenden Verantwortung und des Ranges des Amtes im Verfassungsgefüge. Dieses Kriterium bezieht sich auf das Diäten-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1975, in dem das Gericht erklärte, die Entschädigung müsse »der Bedeutung des Amtes unter Berücksichtigung der damit verbundenen Verantwortung und Belastung und des diesem Amt im Verfassungsgefüge zukommenden Ranges gerecht werden«¹⁷. Zwar wird den Landtagsabgeordneten in der rechtswissenschaftlichen Literatur wegen der gleichberechtigten Staatsqualität von Bund und Ländern ein gleich hoher Rang im Verfassungsgefüge eingeräumt wie den Bundestagsabgeordneten, doch wird die Verantwortung der Landtags-

abgeordneten, die sich im wesentlichen auf die vier Funktionen Wahl der Regierung, Gesetzgebung, Kontrolle der Regierung und Öffentlichkeits- oder Forumsfunktion erstreckt, insbesondere hinsichtlich der gesetzgeberischen Funktion geringer als die der Bundestagsabgeordneten eingestuft, weil Bundesgesetze wegen ihres weiteren Geltungsbereiches und ihrer größeren Tragweite mehr Gewicht als Landesgesetze besitzen.¹⁸

Zudem nimmt die Bedeutung der Länderparlamente ab; ihr Entscheidungsspielraum ist im Laufe der Jahre geringer geworden. Das hängt zum einen damit zusammen, dass sich die wichtigste Funktion der Parlamente, die Gesetzgebung, immer mehr auf den Bund (und teilweise auch auf die EU) verlagert hat. Zum anderen entscheiden über die Zustimmungsvorbehalte, die die Länder als Ausgleich für die Kompetenzverschiebung auf den Bund bekommen haben, nicht die Landesparlamente sondern die Landesregierungen. Daraus lässt sich insgesamt ableiten, dass die Höhe der Entschädigung für Landtagsabgeordnete unter derjenigen für Bundestagsabgeordnete liegen sollte.

Mit dem Blick auf die mindere politische Bedeutung eines Landtagsmandats im Vergleich mit einem Bundestagsmandat verlangt Manfred Friedrich eine Art Abstandsgebot von mindestens 40 Prozent der Abgeordneten-Entschädigung in den größeren Bundesländern zur Abgeordneten-Entschädigung im Bund. Und in den kleineren Bundesländern sollte die für die Mandatsausübung gewährte Alimentation entsprechend bescheidener sein.¹⁹ Hingegen hält Michael Kloepper einen Abschlag von 10 bis 15 Prozent bei Landtagsmandaten gegenüber dem Bundestagsmandat für angemessen.²⁰ Auch wenn man den Prozentzahlen nicht punktgenau folgen sollte – ein klares Gefälle zwischen der Abgeordneten-Entschädigung im Bund und der in den Ländern sollte unter dem Gesichtspunkt des Ranges des Amtes im Verfassungsgefüge und der auf dem Abgeordneten lastenden Verantwortung schon angestrebt werden.

Zweitens: Das Kriterium der angemessenen Lebensführung. Es korrespondiert mit der im Diäten-Urteil von 1975 enthaltenen Aussage, dass die Abgeordneten-Entschädigung auch dem eine angemessene Lebensführung gestatten müsse, der allein auf diese Entschädigung angewiesen sei, der also kein sonstiges berufliches Einkommen bezieht: »Die Bemessung des parlamentarischen Einkommens darf die Entscheidungsfreiheit des Abgeordneten und die praktische Möglichkeit, sich seiner eigentlichen parlamentarischen Tätigkeit auch um den Preis, Berufseinkommen ganz oder teilweise zu verlieren, widmen zu können, nicht gefährden.«²¹

In diesem Kontext ist insbesondere zu bedenken, dass eine so verstandene Abgeordneten-Entschädigung es erst ermöglicht, die formale Gleichheit der politischen Rechte – und hier insbesondere das formal für alle gleiche Recht, gewählt zu werden – auch tatsächlich zu realisieren. Hans Herbert von Arnim ist zuzustimmen, wenn er feststellt: »Wenn das Mandat die ganze oder teilweise Arbeitskraft des Abgeordneten verlangt, muss die Entschädigung von Verfassungen wegen auch den Lebensunterhalt des Abgeordneten und seiner Familie (ganz oder teilweise) abdecken, wenn es nicht nur Reichen oder solchen, die sich in finanzielle Abhängigkeit von potenten Interessenten begeben, wirtschaftlich möglich sein soll, ein Mandat zu übernehmen.«²² Das

18 Siehe Annette Fischer: Abgeordnetendiäten und staatliche Fraktionsfinanzierung in den fünf neuen Bundesländern, Frankfurt am Main 1995, S. 41-43.

19 Siehe Manfred Friedrich: Der Landtag als Berufsparlament? Ein verfassungspolitisches Gutachten zu der Frage, ob den Landtagsabgeordneten in der Bundesrepublik Diäten auf der Grundlage einer »Vollzeitbeschäftigung« gewährt werden sollen, Wiesbaden 1977, S. 58 und 69.

20 Siehe Michael Kloepper: Diäten-Urteil und Teilalimentation, in: Deutsches Verwaltungsblatt, Köln und Berlin 1979, Nr. 10/11, S. 380.

21 BVerfGE 40, 296 (S. 315/316).

22 Hans Herbert von Arnim: Entschädigung und Amtsausstattung, in: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Hans-Peter Schneider und Wolfgang Zeh, Berlin und New York 1989, S. 526.

Kriterium der angemessenen Lebensführung stellt gewissermaßen den »unteren Balken« im Gefüge der Bemessungsgrundsätze der Abgeordneten-Diäten dar.

Drittens: Das Kriterium des Vergleichs mit anderen Landtagsdiäten. Die Entschädigung sollte nicht nur zwischen Bundes- und Landesebene, sondern auch zwischen den Landtagen differieren – und zwar entsprechend der Größe und der Bevölkerungszahl der einzelnen Bundesländer, ihrer ökonomischen Potenz und dem Durchschnittseinkommen der Landesbevölkerung. Bei ihrer Festlegung sollte also die wirtschaftliche und haushaltsmäßige Gesamtsituation des Bundeslandes berücksichtigt werden.

Viertens: Das Kriterium der Orientierung der Entwicklung der Abgeordneten-Entschädigung an der allgemeinen Einkommensentwicklung (unter Berücksichtigung auch der Sozialhilfesätze und Renten). Ein derartiges Kriterium ist unerlässlich, wenn Vertrauen in die politischen Entscheidungsträger erhalten bleiben und der Politikverdrossenheit entgegengewirkt werden soll. Generell ist festzustellen, dass die Entschädigungsbeträge der Landtagsabgeordneten in den neuen Bundesländern deutlich über den durchschnittlichen Einkommen der erwerbstätigen Bevölkerung liegen. Annette Fischer vertritt die Auffassung, dass nicht nur das durchschnittliche Einkommen der erwerbstätigen Bevölkerung in Ostdeutschland, sondern auch die überaus angespannten Haushaltslagen eine niedrigere Entschädigung als gegenwärtig nahe legen würden.²³

Was das Bundesverfassungsgericht mit dem Blick auf die Parteienfinanzierung festgestellt hat, gilt ganz sicher auch für die Alimentierung der Abgeordneten: »Gewinne der Bürger den Eindruck, die Parteien »bedienten« sich aus der Staatskasse, so führte dies notwendig zu einer Verminderung ihres Ansehens und würde letztlich ihre Fähigkeit beeinträchtigen, die ihnen von der Verfassung zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen.«²⁴

Dies betrifft auch die Kostenpauschale, deren Dynamisierung sowohl im Bund als auch in den Ländern Bayern und Thüringen eingeführt worden ist. Eine solche Erhöhung der Kosten-Pauschale ist in der Literatur besonders deshalb auf Kritik gestoßen, weil für den normalen Bürger und Steuerzahler die meisten steuerlichen Pauschalen, Freibeträge und Grenzen seit Jahren nicht mehr angehoben und hinsichtlich der steuerlichen Geltendmachung von Werbungskosten und Betriebsausgaben seit Anfang 1996 auch noch empfindlich eingeschränkt worden sind wie beispielsweise beim häuslichen Arbeitszimmer.²⁵

Fünftens: Das Kriterium der Verbundenheit mit der Masse der Wähler. Dieses Kriterium könnte mit Udo Bernbach als »soziale Repräsentationskomponente« bezeichnet werden, eine Komponente, »die sich materiell in einer nicht so großen finanziellen Distanz zwischen dem durchschnittlichen Einkommen der repräsentierten Wähler und dem ausdrückt, was der Abgeordnete verdient«²⁶. Dieser Ansatz wurde seinerzeit von den Grünen favorisiert, die die Abgeordneten-Entschädigung an den durchschnittlichen Facharbeiterlohn binden wollten. Von Arnim meint dagegen, es sei grundsätzlich in Ordnung, dass Spitzenpolitiker (und damit auch Abgeordnete) ein Mehrfaches des Durchschnittseinkommens erhalten.²⁷

23 Siehe Annette Fischer: Abgeordnetendiäten und staatliche Fraktionsfinanzierung in den fünf neuen Bundesländern, a. a. O., S. 55.

24 Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 85. Band, Tübingen 1992, S. 264 II (S. 290).

25 Siehe Hans Herbert von Arnim: Das neue Abgeordnetengesetz. Inhalt, Verfahren, Kritik und Irreführung der Öffentlichkeit, Speyer 1997, S. 23.

26 [Udo Bernbach in der Diskussion] in: Politik als Beruf? Das Abgeordnetenbild im historischen Wandel. Protokoll eines Seminars der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen, Bonn 1979, S. 137.

27 Siehe Hans Herbert von Arnim: Verdienen Politiker, was sie verdienen? Das Parlament muss sich der Verantwortung in eigener Sache stellen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 16.6.1992.

Sechstens: Das Kriterium der Arbeitsbelastung. Zwar sei die sprichwörtliche 80-Stunden-Woche nur für eine Minderheit der Abgeordneten zutreffend, doch Bundestagsabgeordneten werde im Durchschnitt das Doppelte der üblichen Wochenarbeitszeit, Landtagsabgeordneten durchschnittlich immerhin eine 60-Stunden-Woche abverlangt, so Werner Patzelt in seiner Studie zu Abgeordneten und ihrem Beruf von 1995.²⁸

Die von Manfred Friedrich vor über zwanzig Jahren getroffene Aussage, dass die Abgeordnetenmandate in den Bundesländern in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle keine Ganztagsbeschäftigung seien,²⁹ kann damit als überholt angesehen werden. Der ehemalige Vorsitzende der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Abgeordnetenrechts und Präsident des Bundesarbeitsgerichts, Otto Rudolf Kissel, konstatiert denn Mitte der neunziger Jahre, dass allgemein die verantwortungsbewusste Tätigkeit als Abgeordneter die volle Arbeitskraft in Anspruch nimmt, und zwar über jedwede allgemeine Arbeitszeitregelung hinaus.³⁰ Und Peter Badura stellt fest: »Die Ausübung des Mandats lässt sich im Bundestag und in den Landtagen typischerweise nicht als Nebentätigkeit neben einem Beruf wahrnehmen.«³¹

Die Intentionen, von denen sich das Bundesverfassungsgericht im Diäten-Urteil hinsichtlich der Angemessenheit der Abgeordneten-Entschädigung leiten ließ, hat Willi Geiger, als Bundesverfassungsrichter einst mitverantwortlich für dieses Urteil, in einem späteren Referat wie folgt verdeutlicht und dabei auf den besonderen Status des Abgeordneten abgehoben: »Was der Abgeordnete zu erhalten hat, ist und bleibt eine angemessene Entschädigung, nicht mehr und nicht weniger, eine Entschädigung, nicht im Hinblick auf die Leistung und nicht wegen der Leistung des Abgeordneten ausgesetzt, also unabhängig von der konkreten Leistung, die er in Wahrnehmung seines Mandats erbringt, eine Entschädigung, prinzipiell beschränkt auf die Dauer der Ausübung des Mandats, und eine Entschädigung so bemessen – das ist die ratio für die Aussetzung der Entschädigung nach dem Verständnis des Bundesverfassungsgerichts –, dass jedermann, der das passive Wahlrecht besitzt, daraus seinen und seiner Familie angemessenen Unterhalt für die Dauer der Zugehörigkeit zum Parlament bestreiten kann, dass er, wenn er will, frei von Abhängigkeiten in seiner Tätigkeit als Abgeordneter entscheiden kann, eine Entschädigung, bemessen so, dass sich in der Höhe der Entschädigung auch die Bedeutung des öffentlichen Amtes, das er innehat, ausdrückt, eine Entschädigung, die für alle gleich ist, ob sie arm oder reich sind, ob sie einen Rückhalt in einer anderweitigen beruflichen Position haben oder nicht, ob sie Hinterbänkler oder Experten der ersten Reihe sind, ob sie nur einfache Parlamentsmitglieder oder vielgeschundene Mitarbeiter in Ausschüssen und Arbeitskreisen, Berichterstatter, usw., usw. sind.«³²

Zusammenfassend zum Komplex »Angemessenheit« der Abgeordneten-Entschädigung muss man feststellen, dass es keine methodisch saubere Lösung gibt, um zu ermitteln, was eine »angemessene« Abgeordneten-Entschädigung ist. Diese Frage ist keine mathematische, sondern eine zutiefst politische Frage. Die genannten unterschiedlichen Kriterien bringen zwar nicht die Lösung dieser Frage, sie stecken aber den Rahmen ab, innerhalb dessen man sich bei der Suche nach einer adäquaten Antwort bewegen sollte.

28 Siehe Werner J. Patzelt: Abgeordnete und ihr Beruf. Interviews – Umfragen – Analysen, Berlin 1995, S. 324.

29 Siehe Manfred Friedrich: Der Landtag als Berufsparlament? a. a. O., S. 58 und 69.

30 Siehe Otto Rudolph Kissel: Vom gerechten Lohn des Bundestagsabgeordneten, in: Festschrift für Albrecht Zeuner zum siebenzigsten Geburtstag, hrsg. von Karl August Bettermann, Manfred Löwisch, Hansjörg Otto, Karsten Schmidt, Tübingen 1994, S. 81.

31 Peter Badura: Die Stellung des Abgeordneten nach dem Grundgesetz und den Abgeordnetengesetzen in Bund und Ländern, in: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland, a. a. O., S. 491.

32 Willi Geiger: Der Abgeordnete und sein Beruf, in: Politik als Beruf? a. a. O., S. 110/111.

Zu Verfahren der Diäten-Festsetzung

Hinsichtlich der Frage, auf welcher Grundlage Abgeordneten-Entschädigungen, Aufwandspauschalen und mithin auch Versorgungsleistungen angepasst – und das heißt: erhöht – werden sollten, hat das sogenannte Thüringer Modell weithin Beachtung gefunden. Bei diesem Modell hat offensichtlich nicht nur die Idee Pate gestanden, möglichst objektive Kriterien für Diätenerhöhungen zu finden, sondern auch der Wunsch, dem öffentlichen Protest und Unwillen gegenüber Diätenerhöhungen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Der Freistaat Thüringen hat eine Index-Regelung in Artikel 54 Absatz 2 seiner Landesverfassung, die durch einen Volksentscheid am 16. Oktober 1994 angenommen wurde, verankert. Danach verändert sich die Höhe der Entschädigung jährlich auf der Grundlage der jeweils letzten Festsetzung nach Maßgabe der allgemeinen Einkommensentwicklung und die Höhe der Aufwandsentschädigung nach Maßgabe der allgemeinen Preisentwicklung im Land Thüringen. Anfang 1995 wurde auf dieser Grundlage das Abgeordnetengesetz des Freistaates Thüringen geändert und zugleich die steuerpflichtige Abgeordneten-Entschädigung deutlich auf über 7 000 DM monatlich angehoben. Auch in Bayern wurde eine Indexierung eingeführt, allerdings – anders als in Thüringen – nicht verfassungsrechtlich verankert.

Die PDS-Fraktion im Thüringer Landtag reichte im Oktober 1995 beim Verfassungsgerichtshof des Landes Klage gegen eine derartige automatische Erhöhung der Entschädigung (ohne besonderes Gesetz bei jeder einzelnen Anpassung) ein und berief sich dabei auf das Diäten-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1975. Der Thüringer Verfassungsgerichtshof hielt jedoch in seiner Entscheidung vom Dezember 1998 die Index-Regelung für verfassungskonform, da das Volk selbst im Rahmen der Abstimmung über die Verfassung des Freistaates auch über die Index-Regelung letztverbindlich entschieden habe und da die Höhe der Abgeordneten-Entschädigung nun an objektive, der Entscheidung des Landtages oder sonstiger Dritter entzogene Parameter gekoppelt sei. Das Gericht hielt die Höhe der Diäten für »angemessen« und das Verfahren zu ihrer Festsetzung für ausreichend transparent. Die einfachgesetzliche Beschränkung auf die Bruttoverdienste abhängig Beschäftigter sei vom Konkretisierungsspielraum des Gesetzgebers gedeckt, weil nur dazu verlässliche statistische Daten vorlägen.³³

33 Siehe Florian Edinger: Indexierung der Abgeordnetenentschädigung verfassungsgemäß – Altersversorgung unangemessen hoch: Die Diäten-Entscheidung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 16.12.1998, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Wiesbaden 1999, Nr. 2, S. 297-299.

Bereits Mitte der neunziger Jahre wurden in der rechtswissenschaftlichen Literatur massive Einwände gegen das Thüringer Modell vorgetragen, die mit der Entscheidung des Thüringischen Verfassungsgerichtshofes keineswegs ausgeräumt sind. Der Jenaer Professor Peter M. Huber äußerte verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber der »einfachgesetzlichen Index-Regelung«. Nach § 26 des Thüringischen Abgeordnetengesetzes von 1995 bemessen sich die Veränderungen in der Höhe der Grundentschädigung an den Bruttoverdiensten der abhängig Beschäftigten in Thüringen nach Maßgabe der entsprechenden Ermittlungen des Landesamtes für Statistik und werden dem Landtag und der Öffentlichkeit vom Landtagspräsidenten lediglich mitgeteilt.

Nach Artikel 54 Absatz 2 der Thüringer Verfassung sei aber – so Huber – die allgemeine Einkommensentwicklung im Freistaat das

entscheidende Kriterium. Zur allgemeinen Einkommensentwicklung würden nicht nur die Brutto-Bezüge der abhängig Beschäftigten gerechnet, sondern ebenso müssten die Einkünfte der Selbständigen, die Renten, die Sozialhilfe-Bezüge und ähnliches Eingang in die Festlegung der Einkommensentwicklung finden. Zwar bereite dies Schwierigkeiten, weil es einen Akt politischer Wertung erfordere, der in dem Gesetz nach Artikel 54 Absatz 4 der Thüringer Verfassung durch den Landtag getroffen werden müsse. »Dieser Wertung darf sich der Landtag jedoch nicht entziehen«³⁴, betonte Huber. Und Otto Rudolph Kissel, ebenfalls ein Gegner der Indexierung, betonte, »dass die Änderung der Entschädigung ein Politikum ist und keine simple Rechenaufgabe«³⁵.

Namhafte Rechtswissenschaftler halten vor allem aus diesem Grunde sowohl die Thüringische als auch die Bayerische Indexierung der Abgeordneten-Entschädigungen für verfassungsrechtlich problematisch. Von Arnim kritisiert insbesondere die Orientierung der Indexierung in Thüringen und Bayern am Wachstum der Bruttoeinkünfte der abhängig Beschäftigten, weil diese Bezüge auch die gesamten Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer enthalten, Abgeordnete hingegen derartige Beiträge nicht oder nur zu einem sehr geringen Teil zu entrichten haben, weil sie ohne eigene Beiträge Anspruch auf staatsfinanzierte Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsrente hätten und im Falle von Krankheit staatliche Beihilfe erhalten. Da die Beiträge der Arbeitnehmer zu den Sozialversicherungen im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte überproportional steigen würden, werde die Kopplung an das Wachstum der Bruttoeinkünfte von abhängig Beschäftigten zwangsläufig dazu führen, dass das durchschnittliche verfügbare Einkommen der Abgeordneten schneller wächst als das der Arbeitnehmer. Damit würde sich eine Entwicklung fortsetzen, wie wir sie bereits seit Jahrzehnten bei den Bundestagsabgeordneten diäten konstatieren müssen. Derartige überproportionale Einkommenszuwächse für Abgeordnete seien aber, so von Arnim, ein offensichtlich sinnwidriges Ergebnis.³⁶

Des weiteren erhöhe die Indexklausel nicht nur die Entschädigung selbst, sondern auch alle anderen an sie geknüpften Leistungen. Das betreffe vor allem die ohnehin schon überzogene Altersversorgung, die überproportional steige, weil die Altersversorgung bei Abgeordneten auf das Bruttoeinkommen, bei Renten der Sozialversicherung dagegen nur auf das (neben der Lohnsteuer auch um die Versicherungsbeiträge geminderte) Netto-Einkommen bezogen sei. »Sie errichtet damit – trotz der hier an sich besonders dringenden Reformnotwendigkeit – nicht nur praktisch eine Reformblockade, sondern verschärft das Problem der Überversorgung auch noch ständig«³⁷, moniert von Arnim zu Recht.

Auch der Vorschlag, die Anpassung der Diäten mit verbindlicher Wirkung einer außerparlamentarischen Expertenkommission zu übertragen,³⁸ stößt auf verfassungsrechtliche Bedenken. Eine solche Verfahrensweise widerspricht der im Diäten-Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1975 entwickelten Notwendigkeit einer selbständigen Entscheidung des Parlamentes über die Bestimmung dessen, was nach seiner Überzeugung eine angemessene, die Unabhängigkeit des Abgeordneten sichernde Entschädigung ist.³⁹

34 Siehe Peter M. Huber: Zur Diätenregelung in Thüringen, in: Thüringer Verwaltungsblätter, Weimar 1995, Nr. 4, S. 82.

35 Otto Rudolph Kissel: Vom gerechten Lohn des Bundestagsabgeordneten, a. a. O., S. 86.

36 Siehe Hans Herbert von Arnim: Die Partei, der Abgeordnete und das Geld, a. a. O., S. 222. – Ähnlich argumentiert Schneider. Siehe Uwe Schneider in: Landtag von Sachsen-Anhalt: Bericht der Enquête-Kommission »Rechtliche und materielle Sicherstellung der Ausübung des Landtagsabgeordnetenmandats«, (Magdeburg) 1998 (= Drucksache 2/4631 vom 18. Februar 1998), Anlage 9, S. 14/15.

37 Hans Herbert von Arnim: Die Partei, der Abgeordnete und das Geld, a. a. O., S. 222.

38 So beispielsweise Hans-Jochen Vogel. Siehe Hans-Jochen Vogel: Entscheidungen des Parlaments in eigener Sache, in: Zeitschrift für Gesetzgebung, Heidelberg 1992, Nr. 4, S. 300. – Neuerdings hat sich auch der Parlamentarische Geschäftsführer der PDS-Landtagsfraktion in Sachsen, André Hahn, für eine Unabhängige Kommission zur Festsetzung der Diäten ausgesprochen. Siehe Neues Deutschland, Berlin, 05.01.2000.

39 Siehe Otto Rudolph Kissel: Vom gerechten Lohn des Bundestagsabgeordneten, a. a. O., S. 85/86.

Die Juristin Renate Künast macht in einem Gutachten zudem darauf aufmerksam, dass die Gesetzgebungsbefugnis aus guten Gründen allein bei der Legislative liegt und nicht durch eine Ermächtigung an andere übertragen werden kann. In dieser Frage ein Einfallstor für Ermächtigungen einzuführen, begegnet massiven verfassungsrechtlichen Bedenken. Nicht zuletzt sei derjenige, der das Recht und die Pflicht habe, für das Land insgesamt zahlreiche verschiedene gesetzliche Regelungen zu treffen, insbesondere jährlich das Haushaltsgesetz zu verabschieden, auch verpflichtet, über die ihm zustehende Entschädigung – im Kontext seiner übrigen Entscheidungen – zu befinden. Der Politik- oder gar der Politikerverdrossenheit könne nicht dadurch begegnet werden, dass die Entscheidung über die Diäten an ein Gremium delegiert wird.⁴⁰

40 Siehe Renate Künast in: Landtag von Sachsen-Anhalt: Bericht der Enquête-Kommission »Rechtliche und materielle Sicherstellung der Ausübung des Landtagsabgeordnetenmandats«, (Magdeburg) 1998 (= Drucksache 2/4631 vom 18. Februar 1998), Anlage 10, S. 1.

41 Siehe z. B. Jörg van Essen: Die Abgeordneten und das Parlament: Zeit für Reformen, in: Anwalt des Rechtsstaates. Festschrift für Diether Posser zum 75. Geburtstag, Köln 1997, S. 250/51 und 252.

42 Siehe Hans Heinrich Rupp: Legitimation der Parlamente zur Entscheidung in eigener Sache, in: Zeitschrift für Gesetzgebung, Heidelberg 1992, Nr. 4, S. 291.

43 Siehe Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes, in: Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart, Bd. 1, Tübingen 1951, S. 377/378.

44 Siehe z. B. Wolfgang Czepluch: Abgeordnetenstatus und politische Partei, a. a. O., S. 212-214.

Dagegen finden Vorschläge, neutrale Expertengremien wie Beiräte, (Unabhängige) Diäten-Kommissionen oder einen »Senat für Parlamentsfragen« einzusetzen, die Entschädigungsfragen gutachterlich klären und den Parlamenten entsprechende Vorschläge unterbreiten, über die die Parlamente dann letztlich selbst zu entscheiden haben, in der rechtswissenschaftlichen Literatur breite Zustimmung.⁴¹ Hans Heinrich Rupp, der sich unter bestimmten Bedingungen für eine solche Sachverständigen-Kommission ausspricht, sieht aber die Gefahr, dass sie zum »Alibi politischer Entscheidungsschwäche« der Parlamente geraten könnte,⁴² eine Gefahr, die sicher nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen ist.

Zur Sicherung der »Unabhängigkeit« des Abgeordneten im Kontext seiner Entschädigung

Bei der Konzipierung des Artikels 48 griffen die Mütter und Väter des Grundgesetzes auf den Artikel 40 der Weimarer Reichsverfassung zurück. Neu eingefügt wurden jedoch vor dem Begriff »Entschädigung« die Worte »ihre Unabhängigkeit sichernde«. Zu näheren Erörterungen über den Artikel 48 GG kam es jedoch nicht.⁴³

Geht man der Frage nach, was in der Gegenwart unter der »Unabhängigkeit« des Abgeordneten in der parlamentarischen Parteidemokratie zu verstehen ist, muss man zunächst feststellen, dass die Parlamentsabgeordneten heute in ihrer Willensbildung und Entscheidung faktisch nicht mehr so unabhängig und ungebunden sein können, wie es ihnen die liberale Doktrin noch unterstellt hatte. Der einzelne Abgeordnete ist vielmehr zwangsläufig in die arbeitsteilige Partei- und Fraktionsorganisation eingebunden. Ohne diese durch Artikel 21 Absatz 1 auch verfassungsrechtlich akzeptierte faktische Einbindung in die Partei könnte der Abgeordnete in der modernen parteienstaatlichen Demokratie ein Mandat nicht mehr erringen und sinnvoll ausüben. Vor diesem Hintergrund muss die Frage der Sicherung der Unabhängigkeit des Abgeordneten im Kontext seiner Entschädigung diskutiert werden.

Jenen, die im Sinne des bürgerlich-liberalen Demokratieverständnisses des 19. Jahrhunderts und der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts bereits durch die Alimentierung (»Abgeordnetengehalt«) die Unabhängigkeit des Abgeordneten in Frage gestellt sehen,⁴⁴ ist entgegenzuhalten, dass sich im Geiste des Grundgesetzes Alimentierung und Unabhängigkeit nicht widersprechen, und zwar ebensowenig wie

beim staatlich besoldeten unabhängigen Richter oder Wissenschaftler (Art. 97 Abs. 1 GG bzw. Art. 5 Abs. 3 GG). Vielmehr ist gerade die Entschädigung in Form einer Alimentierung erforderlich, um die Unabhängigkeit des Abgeordneten so weit wie möglich abzusichern.

Eine andere Debatte macht sich nicht am Komplex Unabhängigkeit des Abgeordneten und Alimentierung überhaupt fest, sondern rankt sich um den Problembereich, inwieweit die Höhe der Alimentierung die Unabhängigkeit des Abgeordneten in Frage stellt: Diejenigen, die einer besonders hohen Abgeordneten-Entschädigung und entsprechenden Versorgungsleistungen das Wort reden, begründen dies in der Regel mit der Notwendigkeit der Sicherung der Unabhängigkeit des Abgeordneten und mit dem Wunsch, ein möglichst »hochkarätiges« Parlament zu konstituieren. Der Beruf des Politikers, insbesondere des »einfachen Abgeordneten«, sei heute finanziell unattraktiv, so dass sich Leistungsträger aus der Wirtschaft nicht zur Übernahme eines Mandats bereit finden würden.⁴⁵

Diejenigen, die für ein Einfrieren oder gar für ein Absenken der Abgeordneten-Entschädigung und der Versorgungsleistungen plädieren, entkräften das Argument, dass eine weitere Erhöhung der Abgeordnetenbezüge die Rekrutierungsbasis ausweiten könne dahingehend, dass die öffentlichen Haushalte sicherlich über Gebühr beansprucht würden, wenn aus ihnen der Wirtschaft vergleichbare Spitzengehälter an Mandatsträger gezahlt würden. Sie halten auch dagegen, dass das Argument, die Unabhängigkeit der Abgeordneten vor potentiellen Interessenten aus Wirtschaft und Verbänden sei mittels Erhöhungen der Entschädigung zu sichern (Stichwort: politische Korruption), so lange wenig stichhaltig sei, wie es den Abgeordneten erlaubt bleibe, sogenannte Spenden in unbegrenzter Höhe anzunehmen.⁴⁶

Darüber hinaus wird von den Kritikern darauf verwiesen, dass besonders hohe Abgeordneten-Entschädigungen und entsprechende Versorgungsleistungen angesichts der engen Verzahnung von Partei(en) und Fraktion(en) die Abgeordneten immer stärker an ihre jeweilige Partei binden.⁴⁷ Die Abgeordneten seien materiell nicht mehr an einem Wechsel aus dem Parlament in Wirtschaft oder Verwaltung interessiert, sondern würden sich eher an ihren Parlamentssitzen festhalten.⁴⁸ Um eine Wiederaufstellung als Landtags- oder Bundestagskandidat zu erreichen, würden sie im Parlament keine eigenständigen Positionen vertreten, sich der Fraktionsdisziplin unterwerfen und mitunter auch dann die von der Partei- und Fraktionsspitze vorgegebene Position vertreten, wenn sie eigentlich eine andere Meinung zu der abzustimmenden Frage haben.⁴⁹ Gerade dieser Mechanismus stelle mithin die Unabhängigkeit des Abgeordneten in Frage.

Einerseits schließt mithin eine zu geringe Diät die Gefahr ein, neben dem garantierten Grundverdienst weiterhin empfänglich für durch Seitzenzahlungen begünstigte Sonderinteressen zu sein, öffnet also der politischen Korruption Tür und Tor. Andererseits fördert eine komfortable Ausstattung das Kleben am Parlamentssitz und damit die Abhängigkeit von der Partei. Und schließlich kann die Diät nicht so hoch sein wie das Gehalt von Spitzen-Managern in der Wirtschaft. Das würde die öffentlichen Haushalte sprengen. Von daher, so Dirk Meyer, gleicht der Grundsatz der Angemessenheit und der die Unabhängigkeit des Abgeordneten sichernde Entschädigung »einer Gratwanderung«.⁵⁰

45 So von Patzelt interviewte Abgeordnete. Siehe Werner J. Patzelt: Abgeordnete und ihr Beruf. Interviews – Umfragen – Analysen, Berlin 1995, S. 316/17. – Siehe auch Emil Hübner: Bundestag – Wahl, Abgeordnete und Arbeitsweise, in: Parlamentarische Demokratie, Teil 2, hrsg. von der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1995, S. 13.

46 Siehe Hans Herbert von Arnim: Das neue Abgeordnetengesetz, a. a. O., S. 6/7.

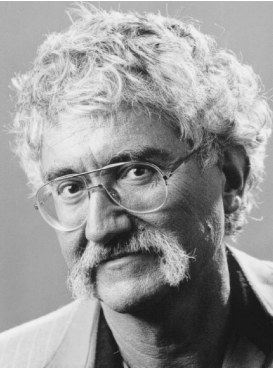
47 Siehe Hans-Peter Schneider: Kommentierung des Art. 48 GG, in: Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Reihe Alternativkommentare), Bd. 2, Neuwied, Darmstadt 1984, Art. 48, 12.

48 Siehe Hans Herbert von Arnim: Macht macht erfinderisch. Der Diätenfall: ein politisches Lehrstück, Zürich 1988, S. 149.

49 Siehe (hier kritisch) Hildegard Hamm-Brücher: Politik und Moral. Verfassungsauftrag und Verfassungswirklichkeit des Artikels 38.1 Grundgesetz, in: Ein ganz normaler Staat? Perspektiven nach 40 Jahren Bundesrepublik, hrsg. von Wilhelm Bleek und Hanns Maull, München und Zürich 1989, S. 41-45. – Siehe auch (hier eher entschuldigend) Emil Hübner: Bundestag – Wahl, Abgeordnete und Arbeitsweise, a. a. O., S. 8/9.

50 Dirk Meyer: Zur Diätenfrage – Zielsetzungen und Gestaltungshinweise aus ökonomischer Sicht, in: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften, Göttingen 1996, Nr. 3, S. 330/331.

HELMUT THIELEN

Leonardo Boff und Tarso Genro –
kreative Denker auf der
Seite der Linken in Brasilien

Helmut Thielen – Jg. 1941, Dr., seit 1999 lehrt er an der UNISINOS, einer Universität des Ordens der Jesuiten, in São Leopoldo, Rio Grande do Sul, Soziologie und Nachhaltige Entwicklung und forscht über ausgewählte Theoriemodelle zum Verhältnis Gesellschaft – Natur. Jüngste Publikation »Die Wüste lebt: Jenseits von Kapital und Staat« (2000) veröffentlicht. Anschrift: Prof. Dr. Helmut Thielen, Universidade do Vale do Rio dos Sinos, UNISINOS, Centro de Ciências Humanas, Avenida Unisinos 950, 93022 – 000 SÃO LEOPOLDO, RS., Brasil. Fone: 0055 51 590 81 11. Fax: 0055 51 590 81 12. E-mail: helmut@poa.unisinos.br. Foto: privat

Die Konzeptionen von *Boff* und *Genro* können und müssen als Elemente im Prozeß der Konstituierung eines neuartigen revolutionären Prozesses – eines Prozesses der Gründungen – verstanden werden. Unter unseren teilnehmenden Augen hat er schon begonnen, seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Er ist für jede und jeden von uns offen.

Neu, wenigstens relativ, sind die Subjekte, die Aktionsformen und die Formulierung der Ziele. Geschichtsphilosophisch betrachtet, sind ihnen ein anarchistisches und ein messianisches Moment eigen. Anarchistisch ist die Taktik der »Direkten Aktion«, verbunden, bei vielen, mit der Perspektive einer kommunitären oder anarcho-kommunistischen Gesellschaft; messianisch ist der Wille, schon heute Zellen und Bereiche einer sozialistischen Gesellschaft zu schaffen, statt das in eine ferne Zukunft zu verschieben und darüber ideologisch hinwegzutrusten.¹

Der portugiesische Soziologe *Boaventura de Sousa Santos*² hat kürzlich auf einige wesentliche Charakteristika dieses neuen Prozesses aufmerksam gemacht.

Die Kämpfe in Prag und anderswo, so *de Sousa Santos*, richten sich gegen die zerstörerische Globalisierung, die mit Hilfe einer korrupten Politik durch die internationalen Kapitale und in deren Interesse auf den Weg gebracht wird. Aber es sind auch Kämpfe »für eine alternative Globalisierung (...) die der Weltbevölkerung im ganzen ein Leben in Würde ermöglichte. (...) Der Erfolg der Kämpfe muß gemessen werden gemäß den vier Dimensionen des politischen Entscheidungsprozesses. Das sind, in der Reihenfolge ihrer wachsenden Wirksamkeit, die Bestimmung der Themen der politischen Diskussion; die Veränderung der Inhalte der Rhetorik der politischen Entscheidungsträger; Veränderungen in den Institutionen; schließlich wirksame Veränderungen des Handelns selbst.«

Was die beiden ersten Punkte angeht, war der Protest schon erfolgreich. »Wenn heute die Probleme der Armut, des Hungers, der wachsenden Ungleichheit zwischen Armen und Reichen und des Erlasses der Schulden für die ärmsten Länder auf der politischen Tagesordnung stehen, so verdankt sich dies in hohem Maße der internationalen demokratischen Bewegung.« Und *de Sousa Santos* bekräftigt seine Einschätzung mit dem Hinweis auf Äußerungen aus prominentem Munde: zum Beispiel aus dem des derzeitigen Weltbankpräsidenten *Köhler* in Prag (»Wenn 20 Prozent der Reichsten 80 Prozent des Welteinkommens konzentrieren und die Welt sich auf den

1 »Anarchie« wird hier als authentische Freiheit, »Kommunismus« als Gerechtigkeit übersetzt. Beide können

sozialen Kollaps zubewegt, dann ist etwas falsch«), und aus dem des früheren Chefökonom der Weltbank, *Joseph Stiglitz*, der die Diktate des Internationalen Währungsfonds (IWF) als »Mythen ohne solides Fundament« bezeichnet hat und die Ökonomen des IWF für »nicht hinreichend qualifiziert« hält. Dafür sei (nach *Stiglitz*) der Finanzminister der USA *Lerry Summers* ein Beispiel; er habe kürzlich erklärt, Afrika sei »in hohem Maße unterverschmutzt«, daß seine Arbeiter Niedriglöhne bezögen, erkläre sich aus ihrem geringen Wert, der es wiederum »ökonomisch sinnvoll« erscheinen lasse, daß die Afrikaner ein höheres Maß an Verschmutzung ertragen – das heißt, den meist hochgiftigen Industriemüll der reichen Länder aufnehmen. Aber das zeigt schließlich auch ein interner Bericht des IWF selbst. Demzufolge hätte der größte Teil der 140 willkürlichen Empfehlungen des Fonds für die Erholung der indonesischen Wirtschaft Ende der neunziger Jahre das Land an den Rand des Ruins gebracht. »Es kann kein neues Indonesien mehr geben«, habe daher kürzlich ein Direktor des Fonds geäußert. Obgleich das alles Leid und Zerstörung über Millionen von Menschen gebracht habe, sei, so *de Sousa Santos*, noch niemand auf den Gedanken gekommen, den IWF dafür zur Verantwortung zu ziehen und zu Schadenersatz zu verurteilen.

Daraus leitet er die Konsequenzen für die notwendigen Kämpfe ab. »Nach Seattle, Washington, Montreal, Genf und Prag ist klar geworden, daß sich die demokratische Bewegung, will sie Erfolg haben, auf verschiedenen Ebenen organisieren muß – lokal, national und global – und Zusammenhänge herstellen, in denen sich diese Ebenen wechselseitig fördern.« Diese Vernetzung hat schon begonnen. »Denn die große Mehrheit der verschiedenen Gruppen und Bewegungen, die in Prag waren, ist in lokalen Kämpfen verankert, in Städten und Dörfern, verstreut über die ganze Welt.« »In diesem Zusammenhang haben die letzten Kommunalwahlen in *Brasilien* eine Bedeutung, die über den lokalen Rahmen hinausgeht. Der Sieg linker Kandidaten, die die partizipatorische Demokratie verwirklichen werden, *das Modell von Porto Alegre*, ist heute eine wesentliche Bedingung für die Stärkung der internationalen demokratischen Bewegung. (...) Dazu haben am 29. Oktober 2000 die Brasilianer in Städten wie São Paulo, Porto Alegre, Curitiba, Belo Horizonte, Recife, Goiânia, Belem, Fortaleza, Campinas, Santos, Olinda, Diadema, Pelotas, Canoas, Caxias do Sul und Londrina ihren Beitrag geleistet.«

Es sind genau 47 Prozent der Städte über 200.000 Einwohner, die von linken Bündnissen »erobert« wurden, unter ihnen die Hauptstädte von sechs Staaten – allein in Rio Grande do Sul, dem gewichtigsten Entwicklungspol des brasilianischen Sozialismus als direkte Demokratie, sind es 35 Städte, die ab dem 1. Januar 2001 sozialistisch regiert werden. Das Ziel heißt: Abschaffung der Korruption und Erhebung der Steuern, die gesetzlich vorgeschrieben sind. Es geht sowohl um den Abbau der Verschuldung als auch um die Bereitstellung von zunächst bescheidenen Mitteln für selektive Wirtschaftsförderung, für Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Gesundheit, für ökologische Sanierung und Entwicklung.

In diesem Zusammenhang sind die Überlegungen von *Boff* und *Genro* alles andere als reine Theorie. Sie nehmen praktische Erfahrungen – *Genro* war langjährig Präfekt von Porto Alegre und ist neu

und dürfen bloß Instrumente sein für Leben und Glück – unterschieden von defaitistischer »Bescheidenheit«, die ständig davon redet, es ginge bloß ums Überleben, und die eben darum keine Chance hat, noch nicht einmal fürs Überleben, von Leben in Glück ganz zu schweigen.

2 *Boaventura de Sousa Santos* lehrt an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Universität von Coimbra, Portugal.

gewählt worden – und Gedanken auf, reflektieren sie und geben die Ergebnisse an die betreffenden gesellschaftlichen und politischen Bereiche weiter. Ihre Analysen und Reflexionen können auch verstanden werden als Versuch, die heutige Bedeutung des Marxschen Diktums (aus seinem Schlüsseltext »Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung«) zu klären: Es muß sich nicht nur der Gedanke zur Praxis, sondern auch die Praxis sich zum Gedanken drängen. Wer könnte also das neue Subjekt sein und wie wäre seine Strategie?

Der Theologe, Philosoph und Ökologe Leonardo Boff

Leonardo Boff, Freund und intellektueller Anreger der brasilianischen Linken seit Jahrzehnten, hat in den neunziger Jahren eine soziale Ökologie entworfen, die die Kämpfe für die Würde des Menschen und für diejenige der Natur miteinander verbindet.

In »Nach 500 Jahren: Welches Brasilien wollen wir?«³ stellt *Boff* seine konkrete Utopie vor. Er beginnt mit einer historischen Aktualisierung der Invasions- und Ausbeutungsgeschichte Brasiliens.

Die portugiesische Invasion und Kolonisierung im 16. Jahrhundert war die *erste* traumatische Zäsur. Der Ethnozid an den Indígenas und die Verschleppung der Afrikaner als Sklaven für die neue Welt haben eine allgemeine Mentalität der Unterwerfung und Unterwürfigkeit, des Paternalismus und die alltägliche Verbreitung der Gewalt hervorgebracht.

Den *zweiten* Einschnitt bildete die *deutsche und italienische Kolonisierung* im 19. Jahrhundert. Damals kamen Arme, die die Umwälzung der kapitalistischen Industrialisierung zur Auswanderung getrieben hatte. Für die Gruppen die »schon da waren«, Arme portugiesischer Abstammung, Reste der Indio-völker, Afrobrasilianer, waren sie nun die neuen Eroberer. Im Süden schufen sie Zonen der wirtschaftlichen Prosperität, im Gegensatz zum »portugiesischen« Latifundium, das wenig produktiv ist.

Die »*dritte Invasion*« war eine *konservative Modernisierung und Industrialisierung* seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts. Sie gipfelte in den von Militärdiktaturen inszenierten ehrgeizigen Projekten der Ressourcenplünderung zum Zwecke der »Industrialisierung« in den sechziger bis achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Die Projekte der Militärs verstärkten noch die abhängige Teilintegration in den Weltmarkt über den Export von Rohstoffen, landwirtschaftlichen Gütern und nur wenigen Industrieprodukten sowie den Import von industriellen Fertigwaren und Technologien. Dieses »Entwicklungsmodell« mündete in »die verlorenen achtziger Jahre«. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts setzte mit einer radikal neoliberalen Wirtschaftspolitik⁴ eine weitere Phase der Stagnation ein, die in der Rezession von 1997 und 1998 gipfelte.

Die »*vierte Invasion*« war diejenige dieses *neoliberalen Kapitalismus* mit seinen, die ökonomische und soziale Binnenstruktur nachhaltig schädigenden Effekten – vor allem dem sprunghaften Anstieg der Verschuldung und damit des Kapitalexports im Interesse der Verwertungsansprüche vor allem des internationalen Finanzkapitals (Brasilien exportierte zwischen 1980 und 1990 200 Milliarden US-

3 Leonardo Boff: Que Brasil queremos? (Nach 500 Jahren: Welches Brasilien wollen wir?), Editora Vozes, Petrópolis 2000.

4 Unter Neoliberalismus wird hier die Wirtschaftspolitik verstanden, in der sich eine neue Formation des Kapitalismus ausdrückt, die sich seit 20 bis 25 Jahren weltweit durchsetzt. Diese ging von den wachsenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals am Ende der »fordistischen« Phase aus (vgl. dazu insbesondere die Arbeiten von *Joachim Hirsch* aus den neunziger Jahren). In den Jahren von *Reagan, Thatcher oder Kohl* sollten alle Rahmenbedingungen und Regulierungen aufgelöst werden, die der Kapitalakkumulation noch Grenzen gesetzt hatten. Der Staatsverbrauch, vor allem soziale Ausgaben, sollten gesenkt und eine (verschuldungsfinanzierte) Wirtschaftspolitik ins Werk gesetzt werden. Freilich war die Praxis, vor allem in den USA, extrem inkonsequent: ein schwacher sozialer wurde durch einen starken Militärkeynesianismus ersetzt: die betriebswirtschaftlich so lukrativen wie menschlich so paranoiden und perversen Aufrüstungsprogramme, mit denen die Reagan-Regierung begonnen hatte, die Realität am Maße von Star-Wars-Fiction umzumodeln.

Dollar). Mit der Durchsetzung des sogenannten Washington Consensus (1990), das heißt dem vor allem durch den IWF und die G 7 bestimmten Design neoliberaler Politik, nahmen Verarmung, schreiende soziale Ungerechtigkeit noch zu, aber auch die sozialen Kämpfe.

Einem Bericht der Weltbank von 1999 zufolge verfügen in Brasilien die reichsten zehn Prozent über 48 Prozent der Einkommen, die ärmsten 20 Prozent jedoch nur über zwei Prozent. Das Land, wegen seines Reichtums an Naturgütern und kreativen, gut ausgebildeten Menschen ein potentiell Paradies, steht sozial gesehen auf einer Stufe mit Guatemala und Honduras oder mit Sierra Leone in Afrika. Von den zirka 120 Millionen Einwohnern leben 70 bis 80 Millionen in Armut und Elend; viele von ihnen sind faktisch »überflüssig«. Aber nur 10 bis 15 Prozent haben denselben Lebensstandard wie die Eliten in den metropolitanen Zentren.

Das autoritäre, militaristische, feudale, antidemokratische Erbe und das Elend, auch das kulturelle, haben die schon angesprochene Mentalität der Unterwürfigkeit und der vorschnellen Kompromisse und Harmonisierungen hervorgebracht, die die Herausbildung einer Zivilgesellschaft, die diesen Namen verdiente, weil sie bewußt, organisiert und aktiv wäre als Trägerin von »Staatsbürgerlichkeit« (Cidadania), die Ökonomie und Politik radikal demokratisierte und effektiv kontrollierte, sehr erschwert. Das wird durch eine Aussage der gemäßigt linken Philosophin *Marilena Chaui* von der (staatlichen) Universidade de São Paulo unterstrichen. »Die brasilianische Gesellschaft ist eine autoritäre, gewalttätige Gesellschaft, sie hat eine Ökonomie, welche Natur und Menschen schädigt und lebt gleichsam ganz natürlich mit der Ungerechtigkeit, der Ungleichheit, der Abwesenheit von Freiheit und mit erschreckenden Indices der verschiedenen informellen und institutionalisierten Formen der physischen und psychischen Auslöschung und der sozialen, politischen und kulturellen Ausschließung.«⁵

Nach den Invasionen und ihren Folgen charakterisiert *Leonardo Boff* die politische Bedeutung der verschiedenen Kulturen Brasiliens. Er identifiziert:

Eine *Kultur der Herrschaft* – die von allem fasziniert ist, was aus den weltkapitalistischen Zentren kommt und »schämt sich unserer Sprache und Kultur, vor allem derjenigen des Volkes«. Ganz besonders »fürchtet und verachtet sie die Arbeit als eine Art Folter, etwas für Arme, Schwarze.«

Ferner eine *Kultur der Mimesis* – die an die Stelle autochthoner Kreativität unterwürfige Nachahmung setzt. »Sie denkt nicht mit dem eigenen Kopf, sondern mit dem der Anderen ... Sie ignoriert die Möglichkeiten der eigenen Sprache, die Komplexität der eigenen Geschichte und die Kreativität des eigenen Volkes. Orlando und Miami sind ihr Mekka, von dem sie ihre literarischen und philosophischen Moden und konsumptiven Lebensstile bezieht.«

Die *Kultur des Widerstandes* – die »die Kraft der Ausgeschlossenen, der ausgebeuteten Arbeiter, der Indigenen, Schwarzen, Frauen und sozialen Bewegungen« ausdrückt, die sich der Herrschaft entgegenstellen. Sie ist »ein Kräfte-reservoir für das Werden eines freien Volkes.«

5 Marilena Chaui: 500 anos de política e de cultura no Brasil (500 Jahre Politik und Kultur in Brasilien), in: *Revista Crítica das Ciências Sociais*, No. 38, São Paulo 1993, S. 51f.

Und schließlich eine *Kultur der Befreiung* – die »mit der erzwungenen Anpassung (bricht) und ... noch über den Widerstand hinaus(geht). (...) Ihr Aufbruch und ihre schöpferische Entwicklung begann in den sechziger Jahren mit MPB – der Musica Popular Brasileira –, dem Cinema Novo, der Arte de Vanguarda, der Pedagogia dos Oprimidos, der Studentenbewegung und den Anfängen der Teologia de la Libertação.«

Die neunziger Jahre, das ist dem Optimisten *Boff* jedoch entgegenzuhalten, haben, zumindest zunächst einmal, einen schweren Rückschlag gebracht, was die Kulturen des Widerstandes und der Befreiung angeht. Die neoliberale Ausplünderung war begleitet von einer Invasion US-amerikanischer Konsumkultur und Mentalitätsnachahmung und der englischen Sprache als Symbol der bereitwilligen Unterwerfung. Der neue Gegner – das mundialisierte Kapital und die zivile Diktatur – sind unsichtbar und raffiniert im Verhältnis zur sichtbaren Rohheit der Militärdiktatur. Aber es gibt beispielsweise die Kontinuität der Folter in Brasilien. Und die Kontrolle von Emotion und Bewußtsein durch das kommerzielle Fernsehen – allen voran die Produkte des Medienmultis *Globo* – hat sich stetig ausgeweitet, besonders in den Unterschichten. An die Umsatzzahlen etwa von *Michael Jackson* oder *Madonna* in Brasilien kommen die Großen der MPB, beispielsweise *Maria Bethania*, *Caetano Veloso* oder *Chico Buarque*, nicht heran. Hinzu kommt, daß diese sich (bis auf *Chico*) nach dem Fall der unmittelbaren Repression mit dem Kapital und der politischen Klasse arrangiert, das heißt, sich entpolitisiert haben.

Aber das sich in Wellen vollziehende Anwachsen der sozialen Bewegungen und ihrer Aktionen in den letzten Jahren und ganz besonders in 2000 zeigen, daß auf jeden Fall der Faden schon zu reißen begonnen hat zwischen der kulturindustriellen Kolonisierung der Mentalitäten einerseits und andererseits den erbärmlichen ökonomischen und sozialen Erfahrungen, die ein wachsender Teil der Brasilianerinnen und Brasilianer macht. Ihre Domestizierung und Konditionierung geht zurück. Die Transformation ihrer Kräfte in Energien des Widerstandes und der Befreiung ist im Wachsen begriffen.

Die intellektuelle Ausprägung dieser Energien der resistenten Sektoren verdichtet sich, so *Leonardo Boff*, in Begriffen wie Zivilgesellschaft, Staatsbürgerlichkeit und »selbständige Integration in den Weltmarkt«.⁶

Diese Begriffe verbinden sich in bezug auf Brasilien mit spezifischen Bedeutungen. So gibt es eine *organisierte Zivilgesellschaft*, die sich in Brasilien vielleicht mehr als in anderen Regionen in unzähligen Initiativen, Projekten und Bewegungen (auch mit internationaler Ausstrahlung und Verankerung), in Sektoren der Kirchen (vor allem der katholischen), in Gewerkschaften und Parteien manifestiert. *Staatsbürgerlichkeit* heißt hier guter Informationsfluß, Transparenz der Institutionen, Willensbildung wie Entscheidung in direkter Demokratie. Der große regionale Entwicklungspol ist Rio Grande do Sul. Es gibt noch einen schwächeren, der kleine Staat Acre im Nordosten. Hinsichtlich des Staates Mato Grosso do Sul, im zentralen Westen Brasiliens gelegen, weiß man nicht, obgleich auch dort eine linke Front regiert, ob es sich um einen weiteren Entwick-

6 Es darf gefragt werden, warum *Boff* in dieser Aufzählung Begriffe wie Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus meidet. Der grauenhaften Geschichte wegen, die mit diesen Begriffen verbunden ist? Aber dann müßte er eigentlich auch Begriffe und Worte wie Religion, Gott, Christentum vermeiden. Einen Hinweis auf die Lösung gibt ein Gedanke *Martin Bubers* (deutsch-jüdischer Philosoph und anarchistischer Denker): Das Wort Gott ist das beladenste, beschmutzteste Wort, das die menschliche Sprache kennt. Aber all dieser obszöne Mißbrauch setzt seinen unvergleichlichen Wert voraus. Sonst wäre da nichts, was sich mißbrauchen ließe. Ähnlich sind Probleme und Aufgaben hinsichtlich der genannten Befreiungsprojekte zu stellen.

lungspol handelt. Die linke Basis liefert dort der Regierung einen erbitterten Kampf wegen ihrer Kompromisse mit Latifundium und Kapital, wodurch (bisher) die Agrarreform verschleppt wurde. Empörung hat vor allem hervorgerufen, daß der dortige Gouverneur, »Zeca do PT«, durch familiäre Ämterpatronage ein Juwel der Linken beschädigt hat: die revolutionäre Ethik, die sich bis heute in einem Meer von Korruption und »Vetternwirtschaft« behaupten konnte.

Bleibt noch hinzuweisen auf Lateinamerikas ökonomische Hauptstadt São Paulo. Nach zwei Mitte-Rechts-Regierungen, die schamlos öffentliche Gelder für Gesundheit, Erziehung, Arbeit, Agrarreform, Lebensmittelnothilfe in ihre Taschen umgeleitet haben – mit krimineller Energie und Raffinesse, wie eine parlamentarische Untersuchungskommission 1999 publik machte –, hat die Mehrheit der Menschen dort das perverse Spiel durchschaut und nicht resigniert. In allen Meinungsumfragen zu den Kommunalwahlen (Oktober 2000) lag *Marta Suplicy* von der PT – eine feine brasilianische Dame mit einem, allerdings nur gemäßigten linken Herzen – weit vor allen anderen (einschließlich der schwächeren linken Konkurrenz einer ehemaligen Bürgermeisterin von São Paulo, *Luiza Erundina*). Dennoch liegen Welten zwischen ihr und der früheren Polit-Mafia. *Marta* ist inzwischen gewählt. In ihrem ersten Interview hat sie erklärt, São Paulo sei eine Katastrophe und der Wahlsieg habe ihr eine Bombe in die Hände gelegt. Das heißt, aus Mangel an Finanzmitteln wird sie im ersten Regierungsjahr so gut wie nichts von ihren Programmen verwirklichen können. Und die Opposition, deren Inkompetenz, Gleichgültigkeit und Korruption die Katastrophe geschaffen hat, wird ihr das ebenso unbarmherzig wie unverschämt jedes Mal neu vorhalten. Das haben wir hier in Rio Grande do Sul in den ersten anderthalb Jahren der Volksfront-Regierung erlebt. Jedenfalls hat in den jüngsten Kommunalwahlen die brasilianische Büregerchaft einen »Frühling der direkten Demokratie« ermöglicht, und das ist guter großer Sieg über das von *Marilena Chaui* charakterisierte negative Erbe in der politischen Kultur Brasiliens, und zwar – um noch einen Schritt weiter zu gehen – ein Etappensieg in einer längerfristigen Perspektive. Die Linke hat begonnen, sich auf die Präsidentschaftswahlen in 2002 vorzubereiten.

Zurück zur Konzeption von *Leonardo Boff*, zu seinem Begriff einer sozialen und volksbezogenen Demokratie (*Democracia social e popular*).⁷ Ihre Basis ist die organisierte Zivilgesellschaft. Diese regiert, vermittels einer Demokratisierung des Staates und der Wirtschaft. Sie beginnt notwendigerweise mit einem *Bruch* mit dem bestehenden System.⁸ *Dieser Bruch ist unverzichtbares Fundament des Neuen*, das, so *Boff*, durch die folgenden Verpflichtungen bestimmt ist⁹: Erstens, die *Verpflichtung auf die Souveränität Brasiliens*, das heißt auf das ihm wie jedem anderen Land zukommende Recht der Völker und Staaten, ihren eigenen Entwicklungsweg frei zu wählen und dafür souverän ihre menschlichen, kulturellen und natürlichen Kräfte zu nutzen¹⁰; zweitens, die *Verpflichtung auf Solidarität*, das heißt auf den unmittelbaren Einsatz aller natürlichen, technischen und kulturellen Mittel, um kurzfristig Armut, Ausschließung und Elend vollständig zu beseitigen (nicht bloß zu verringern); drittens,

7 »Volk« hat im lateinamerikanischen Diskurs nicht den negativen Beigeschmack des Reaktionären oder gar Faschistischen wie in Deutschland. Volk ist ein Gegenbegriff zum engeren, dogmatischen Begriff der Klasse, der wohl historisch überholt ist.

8 Bruch und Institutionalisierung eines anderen Systems sind die Schlüsselbegriffe, die die eineinhalbjährige Regierung der *Frente Popular* in Rio Grande do Sul charakterisieren, als Zusammenarbeit der linken Regierung mit der linken organisierten Zivilgesellschaft – vgl. *Leonardo Boff: Que Brasil queremos?*, a. a. O., S. 68.

9 *Boff* folgt hier Gedanken aus Cesar Benjamin et al.: *A opção brasileira* (Die brasilianische Option), Rio de Janeiro 1998.

10 Vgl. Erklärung der Vereinten Nationen über das Recht der Völker auf Entwicklung, Resolution 41/128 vom 4. Dezember 1986, z. B. in nach Internationale Liga für Menschenrechte Berlin (West): *Das Menschenrecht auf Entwicklung und die Verschuldungskrise der »Dritten Welt«*, August 1986.

Es ist vor allem das Menschenrecht auf uneingeschränkte Souveränität über alle ihre natürlichen Reichtümer und Ressourcen, das die USA in Lateinamerika nun schon seit eineinhalb Jahrhunderten mit Füßen treten. Denn die Nutzung der Reichtümer und Ressourcen ist kein Recht der betreffenden Menschen, sondern Eigentum des Kapitalismus der USA. Nutzung durch die Menschen ist Verletzung der Freiheit des Eigentums des nordamerikanischen Kapitals, dem das Eigentums-

recht unendlich höher steht als irgendein Recht.

Irgendwelcher Menschen, die sich anmaßen, Eigentum der Vereinigten Staaten für sich nutzen zu wollen. So simpel und brutal ist die Wirklichkeit selbst. Daher können, in einer kritischen Perspektive, diese Erklärungen und Pakte nicht für bare Münze genommen werden.

11 In meinem Buch »Die Wüste lebt: Jenseits von Kapital und Staat« (November 2000, Verlag der Graswurzelrevolution, Bremen), habe ich »Nachhaltigkeit« sehr skeptisch beurteilt. Aber vielleicht fällt in Brasilien die praktische Probe anders aus als in Deutschland bisher; sie bezöge sich ja auch auf einen anderen Begriff als den, der aus Wuppertal an die Öffentlichkeit drang. Das bleibt zumindest abzuwarten.

12 Cesar Benjamin et al.: *A opção brasileira*, a. a. O., S. 151. Es muß sich noch mehr als bisher praktisch herausstellen, ob das in Rio Grande do Sul in der Erprobung befindliche institutionelle Gefüge von linker organisierter Zivilgesellschaft, direkter Demokratie, demokratischer Kontrolle des Staates und der Wirtschaft ein breit gefächertes wirksames Instrumentarium für die Umsetzung ist.

die *Verpflichtung auf Entwicklung* als optimale Nutzung natürlicher und kultureller Mittel und Kräfte mit Hilfe von Technologien, die ökologisch angepaßt sind an die Natur des Menschen und an diejenige, die ihn umgibt, und vermöge der Kreativität des Volkes und der Fachleute – eine Entwicklung, die mit der Abhängigkeit bricht und Autonomie verschafft; viertens, die *Verpflichtung auf Nachhaltigkeit*¹¹, hier definiert als großzügige Befriedigung individueller und kollektiver Bedürfnisse (statt sich mit dem bloßen Überleben schon zufrieden zu geben), als Solidarität mit den kommenden Generationen und als Respekt vor dem natürlichen und dem kulturellen Erbe; sowie fünftens, die *Verpflichtung auf umfassende und integrierte Demokratisierung* als fortschreitende Steigerung der Partizipation in allen Bereichen des sozialen Zusammenlebens, in der Familie, der Schule, der Fabrik, den sozialen Bewegungen, den Parteien, in den Massenmedien und den staatlichen Institutionen. Sie alle müssen effektiv kontrolliert werden durch die organisierte Zivilgesellschaft und durch das Volk – »Demokratie ist für uns kein leeres Wort, sie ist Methode und Zweck, Form und Inhalt, Prozeß und Projekt«¹².

Der Jurist, Intellektuelle und Politiker Tarso Genro

Unter den brasilianischen Intellektuellen und Politikern der Linken ist *Tarso Genro* einer der aufrichtigsten und kreativsten. Kreativ heißt hier sowohl in der politischen Praxis, wo *Genro* auf jahrelange Erfahrung zurückblicken kann – als stellvertretender und als Bürgermeister von Porto Alegre – wie auch in der theoretischen Reflexion, wo er ein heterodoxer Denker ist – interessant für alle, die sich in der Schnittmenge von Theorie und Praxis bewegen.

Genro unterscheidet im Politikdiskurs der brasilianischen Linken in bezug auf die Frage des Sozialismus und wie dem neoliberalen Kapitalismus zu begegnen sei, zwei traditionelle Konzepte und eine sich von beiden unterscheidende dritte Position. Die traditionalistischen Ansätze sind gut bekannt. Sie gehen davon aus, daß die postmoderne Auffassung, der Sozialismus wäre überholt, eine zeitweilige Verirrung sei. Richtig sei demgegenüber, zum Arbeiterklassenstandpunkt zurückzukehren, das Proletariat zu stärken und im Bündnis mit Teilen anderer Klassen eine »linke Hegemonie« (im Sinne *Gramscis*) zu erreichen, um auf dieser Basis, je nach politischer Situation gewaltsam (die »revolutionäre« Variante) oder friedlich, die Institutionen der bürgerlichen Demokratie nutzend (die reformerische Variante), die Staatsmacht zu erobern und für die Einführung des Sozialismus zu gebrauchen. Die erste »revolutionäre« Variante war bekanntlich die des »Marxismus-Leninismus« oder des »Realsozialismus« (und ähnlich des Maoismus, Castrismus etc.). Ideologisch hat sie sich als Gegner des Kapitalismus gebärdet, praktisch hat sie »unendlich viele« Kompromisse mit dem Kapital gemacht und vor allem sein Modell des Umgangs mit der Natur und seinen Staatsapparat übernommen und noch auf die Spitze getrieben. Beide Seiten, nur mit gegensätzlichen Vorzeichen, waren sich darin einig, daß dieser Apparat »der Sozialismus« war. Die einen wollten ihn so, auch wenn sie noch Vokabeln wie Arbeiterklasse, Eigentum des Volkes etc. gebrauchten. Die anderen wollten ihn weder so noch auch aut-hentisch, das heißt als Rätedemokratie und Selbstverwaltung. Daß

die erste Variante historisch widerlegt und überholt ist, das ist bekannt.

Die zweite »reformistische« Variante war die sozialdemokratische (es heißt hier »war«, weil die heutigen Dritter-Weg-Apostel die Substanz sozialdemokratischer Politik von Beginn an weggeworfen haben; das ist Teil ihrer Identität). Sie war konsequenter als die erste, hat sich relativ rasch zum Kapital und seinem Staat bekannt und seine, wie wir heute wissen: vorübergehende soziale Pufferung als Sozialismus oder soziale Gerechtigkeit ausgegeben. Daß sie historisch überholt ist, das ist noch nicht ganz so bekannt wie im ersteren Falle, spricht sich aber schon herum.

Und dann gibt es seit Neuestem noch ein Phantom, das in den Köpfen so wackerer »Streiter für das Gute« wie *Tony Blair* und *Gerhard Schröder* (ihre Vordenker *Giddens* und *Beck* nicht zu vergessen; von den Grünen reden wir erst gar nicht, das ist besser so) spukt und sich »Dritter Weg« nennt. Es gibt sich »jenseits von Links und Rechts« (*Giddens*), das heißt, jenseits des historischen Sozialismus und des neoliberalen Kapitalismus, oder als »die neue Mitte« (*Schröder*) und vesrteht sich als Alternative zu den beiden ersten »sozialistischen« Varianten. Die Ideologie dieses Weges verbindet, so *Tarso Genro*, moderate Kritik am Neoliberalismus, Anerkennung der sozialen Probleme, die er schafft, mit etwas »aufgeweichter« neoliberaler Praxis. Das sind »des Kaisers neue Kleider«. Im Verhältnis zum neoliberalen Kapitalismus wird hier überhaupt kein anderer Weg sichtbar, sondern ein Sich-Anschließen an ihn mit sozialen und populistischen Phrasen.

Der Bilanz von *Tarso Genro* entspricht eine politische Konzeption, die er in den letzten Jahren in einer Reihe von Büchern und Essays entwickelt und zur Diskussion gestellt hat.¹³ *Genros* Konzeption kann als unabhängig links, radikaldemokratisch und kreativ bezeichnet werden. Sie wird im folgenden knapp skizziert.

Der Kapitalismus existiert weiter und schafft unerträgliche Probleme. Demgegenüber ist der »Dritte Weg« – etwas verkürzt – ein Betrug. Die traditionelle reformistische oder »revolutionäre« Politik kann nicht wiederholt werden. Aus diesen Voraussetzungen ergibt sich die Notwendigkeit eines neuen sozialistischen Projekts.

Der »Dritte Weg« modifiziert die neoliberale Politik, aber er stimmt mit ihrem Kern überein: die »Marktkräfte« stärken, den Staat reduzieren, ihn aber als Sicherheitsstaat ausbauen, alle Probleme von der Zivilgesellschaft lösen lassen, allen gerecht werden. *Genro* bemerkt hierzu knapp: »die Sozialdemokratie war ein reformistisches Projekt der Verlierer« – und nicht gleichzeitig eines der Sieger. Damit habe der »3. Weg« mit der Substanz sozialdemokratischer Politik gebrochen.

Zu diesem Bruch gehöre auch, die soziale Verantwortung auf private Netze zu verschieben und die Ausschließung als »unvermeidlich« hinzunehmen. Damit reagiere dieser »Weg« *versöhnlich* auf den Neoliberalismus.

Das Scheitern des anderen traditionellen Projekts »Realsozialismus« beruhte nach *Genro* nicht auf dem praktischen Abweichen von der richtigen theoretischen Linie, sondern »auf seiner geschichtlichen Unfähigkeit, dem Kapitalismus sowohl auf dem ökonomischen

13 Vgl. *Tarso Genro*: Para um novo projeto socialista (Für ein neues sozialistisches Projekt), in: Folha de São Paulo, vom 13. April 1997; Ders.: Vanguarda de uma nova cidadania (Avantgarde einer neuen »Staatsbürgerlichkeit«), in: Folha de São Paulo, vom 24. August 1997; die Broschüre »Esquerda e »a 3. Via: um dilema teórico e político em curso« (Die Linke und »der 3. Weg«: ein verbreitetes theoretisches und politisches Dilemma), herausgegeben von der Kleinbauern- und Landarbeiterföderation Brasiliens, CONTAG; *Tarso Genro/Ubiratan de Souza*: Orçamento Participativo (Partizipative Haushaltspolitik), São Paulo 1997.

14 Mit einem kleinen Seitenhieb auf *Jürgen Habermas* und seine Scholaren (den sie sich wirklich redlich verdient haben in den letzten zwanzig Jahren) hat *Tarso* am 11. September 2000 in einem Vortrag in der UNISINOS gesagt, er habe von *Habermas* einiges gelernt, aber eine normative Demokratietheorie sei praktisch wenig hilfreich, weil sie den Gedanken nicht entwickle aus einer kritischen Realanalyse von sozialen Kräften, die Demokratie verwirklichen wollen und können oder eben auch nicht. Der junge *Marx*, als er gerade begann, Hegels Dialektik des Weltgeistes in die der konkreten Kämpfe für wirkliche Freiheit zu transformieren, hat damals etwa formuliert: ›und so kam ich dazu, die Idee in der Wirklichkeit zu suchen‹. *Habermas* hat das vergessen (wollen) zugunsten seines spleens für formale Ethik im Rahmen des Kapitalismus und seiner »Systemimperative«. *Tarso Genro* hat sich seine Marxkenntnisse bewahrt für den Augenblick ihrer Reaktualisierung, und das heißt, inzwischen, für Hier und Heute. Es gilt heute, nach all den Erfahrungen in der ›Moderne‹, *Engels'* Gedanken und Buchtitel umzudrehen, das heißt, jetzt von der, problematischen, Wissenschaft – und der, problematischen, gewordenen Praxis – weg hin zur Utopie zu gehen; zur Utopie als Zusammenhang von konkreten und möglichen Utopien. Daß das, umgekehrt, nicht ohne Wissenschaft abgeht, ist klar. *Genros* Gedanke kann in Europa, in Deutschland aufgenommen werden im Blick auf die wahrhaft authentische dritte große Strömung moderner Befreiungsbewegungen: verschiedene

wie auf dem politischen Terrain wirksam entgegenzutreten.« Konsequenz dieser Beurteilung ist die Forderung, »den Sozialismus neu zu schaffen als ein ökonomisches Projekt, das soziale Gleichheit hervorbringt und die Errungenschaften des politischen Liberalismus integriert: die Permanenz der demokratischen Öffentlichkeit; die Anerkennung des Rechts auf politische Dissidenz auch innerhalb des sozialistischen Projekts; die Trennung des Staates von den Parteien als unwiderrufliche Grundlage eines demokratischen und sozialistischen Rechtsstaates; die Regelung der Rotation hinsichtlich der politischen Machtpositionen durch Verfassungsrecht und der Respekt vor dem Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz.«¹⁴

Bedingung einer solchen Neuschöpfung sei es, die Beschwörung des Proletariats als revolutionäres Subjekt in Resten der traditionellen Linken hinter sich zu lassen. Die kapitalistische Form des technologischen Wandels führe zu einem sozialen Strukturwandel, der sich im Nebeneinander zweier »verschiedener Arbeiterklassen« und in wachsender Marginalisierung und Ausschließung niederschläge – die alte Arbeiterklasse, die ihr politisches Profil schon verloren hat und täglich abnimmt, und daher nicht mehr Trägerin notwendiger Veränderungen sein kann und neue Gruppen in abhängiger Arbeit, die sich von der alten Arbeiterklasse unterscheiden und von ihrer reichen Tradition abgeschnitten sind. Ihre Tätigkeiten sind von der traditionellen Produktionsweise von Waren weit entfernt. Sie haben andere Erfahrungen und ihre eigenen Denk- und Sprechweisen, Probleme, Vergnügen und Lebensstile. Zu diesen Gruppen gehören sowohl hochqualifizierte gut bezahlte Kräfte, die *Genro* die »neue Arbeiterklasse« nennt, wie auf der anderen Seite die in flexiblen, prekären Beschäftigungsverhältnissen, schlecht bezahlt und ohne soziale Sicherungen. Beide Gruppen haben »keinerlei Bindungen an die reformistische, radikale oder revolutionäre Vergangenheit der traditionellen Arbeiterklasse«.

Damit ist die Frage gestellt, ob aus diesen heterogenen und in sich fraktionierten Gruppen das Subjekt einer sozialistischen Transformation entstehen kann. *Genros* Perspektive ist, daß die prekär Beschäftigten, die sich selbst Ausbeutenden, die Langzeitarbeitslosen und die Ausgeschlossenen zusammen mit der neuen Arbeiterklasse das neue Subjekt konstituieren.

Diese Perspektive sieht *Genro* natürlich mit Schwierigkeiten konfrontiert. Da wären *erstens* die alten Dogmen der *traditionellen Linken*. Ihr galt das Kapital als ein »natürlicher Verbündeter«, der das revolutionäre Subjekt produziere, das große, militante und homogene Proletariat, das von der ›Avantgarde‹ bloß noch artikuliert zu werden brauche. Sie unterlag einem technokratischen Ökonomismus, den *Lenin* in die berühmte Formel kleidete ›Sozialismus ist Elektrifizierung plus Sowjetmacht‹, die nie als Föderation autonomer Räte gedacht war, sondern schon bei *Lenin* als Partei- und Staatsdiktatur verstanden wurde.

Zweitens gibt es neue Dogmen (oder besser Illusionen) des »3. Weges«. Von der traditionellen Sozialdemokratie spricht *Genro* nicht, weil sie in Brasilien (und in ganz Lateinamerika) nie eine besondere Rolle gespielt hat und über die Illusionen des »3. Weges« auch ideologisch abgewehrt wird.

Drittens werfen die unterschiedlichen Berufs- und Tätigkeitsprofile, sozialen Stellungen und Lebensstile der verschiedenen nicht besitzenden Klassen, abhängig vom technologischen Wandel und demjenigen der Produktionsverhältnisse, und die Situation der Randständigen und der Ausgeschlossenen die Frage auf, wie sie alle in einem Bündnis für gemeinsame Ziele hinsichtlich eines sozialistischen Strukturwandels zusammengebracht werden können. Die »Logik der Ökonomie«¹⁵, so zitiert *Genro Zygmundt Bauman*, »kann nicht mehr als ein Verbündeter angesehen werden« für den Sozialismus, sondern muß heute überwiegend begriffen werden als eine Brutstätte der Barbarei, wie das in ihrer Zeit Rosa Luxemburg gesagt hatte.¹⁵

Genro schlußfolgert aus der Analyse der Probleme, daß die Basis der Linken heute breiter sei, aber sie sei schwerer zu organisieren als in der Vergangenheit. Ein sozialistisches Programm müsse »neue« Ziele integrieren – die Befreiung der Frau; den Schutz der Naturbasis des Menschen; langfristig mögliche Entwicklung ohne Schäden; Pazifismus in den internationalen Beziehungen; Öffentliche Kontrolle der Medien und gesichertes Recht auf Information und Bildung für alle. Ein *strategisches* Ziel sei die Stärkung der Entwicklungs- und sozialen Kompetenz des Staates bei gleichzeitiger radikaler Demokratisierung und Entbürokratisierung der staatlichen Apparate sowie ihrer wirksamen sozialen Kontrolle durch die organisierte und mündige Zivilgesellschaft (»mündig« heißt auch aufgeklärt und wetterfest gegenüber Kapitalakkumulation, Charaktermasken und Folgen für Mensch und Natur). Dazu kommt die Abschaffung der institutionalisierten Gewalttätigkeit der staatlichen »Sicherheitsorgane«.¹⁶

Eine wichtige Sofortmaßnahme einer sozialistischen Regierung wäre insbesondere der *Bruch* mit der ökonomischen Abhängigkeit als Bruch mit der Standortkonkurrenz, mit dem internationalen Spekulationskapital und dem Internationalen Währungsfonds; ein Bruch freilich, der nur in Schritten realisiert werden kann; aber er muß sofort beginnen, sonst wäre er kein Bruch.¹⁷ Ferner ginge es um die *rasche Abschaffung* von Elend und Armut durch eine Umstrukturierung der Wirtschaft und wirtschaftliche Binnenentwicklung¹⁸ und um die Schaffung eines *demokratisierten und gesellschaftlich kontrollierten Staates* sowie der hier als kritisch, organisiert und links begriffenen Zivilgesellschaft. Dies wären die Institutionen zur Realisierung des sozialistischen Projekts. Der Staat wäre zu stärken hinsichtlich seiner entwicklungspolitischen Kompetenz im Auftrag der Zivilgesellschaft, nicht abgelöst von ihr oder gegen sie. Aber er wäre radikal zu demokratisieren durch ständig sich erweiternde Teilnahme der Bürgerschaft – die sich auf diese Weise praktisch qualifiziert, Erfahrung und Kompetenz erwirbt – in den Informations-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen der Direkten Demokratie. Die Zivilgesellschaft müßte ein System öffentlicher Kontrolle über den Staat sein und Bürokratie abbauen. Die Rotation (die die deutschen Grünen viel zu rasch, inmitten der Übergangsschwierigkeiten fallen gelassen haben) gilt hierfür als ein wichtiges Instrument.

Eine erneuerte sozialistische Partei kann nicht mehr, wie in den traditionellen Modellen, den Anspruch der Avantgarde erheben. *Die Avantgarde sind die »Arbeiterklassen« in der Zivilgesellschaft selbst.* Eine sozialistische Partei soll zwei neue Aufgaben erfüllen:

Spielarten des Anarchismus, unter ihnen insbesondere des Anarcho-Kommunismus, weil der die Ideen der Freiheit und der Gerechtigkeit miteinander verbindet.

15 Ich denke, daß diese Logik *nie* ein Verbündeter der Linken war. Das habe ich von *Walter Benjamin* und von *Theodor W. Adorno* in den sechziger Jahren in Frankfurt/M. gelernt. Diese Idee, die Teil der Marxschen Geschichtsphilosophie ist, ist falsch. Ist es so, dann muß – und kann – *Marx* von links transformiert werden, statt ihn – von einer davon rechts angesiedelten Position her – zu verwerfen.

16 *Olivio Dutra* hat das gleich in den ersten Monaten seiner Amtszeit als Gouverneur von Rio Grande do Sul versucht gegen den erbitterten Widerstand des Generalkommandeurs der *Brigada Militar* (Truppe für »Innere Sicherheit«), ihrer Kameradschaftsbünde und der Medien – zunächst ohne Erfolg. Inzwischen ist der General zurückgetreten. Der neue Kommandeur steht den sozialistischen Vorstellungen des Ministers für Justiz und Sicherheit nahe.

17 Es geht also um eine wirkliche Zäsur, anders als der »Ausstieg« der regierenden Sozialdemokraten und Grünen in der BRD aus der Atomwirtschaft.

18 Dem entsprechen die in Rio Grande do Sul angelauten Strukturpolitiken und -maßnahmen: Förderung von Klein- und Kleinstunternehmen; Genossenschaften der verschiedensten Art; arbeitsintensiven Unternehmen; Unternehmen, die sozial und ökologisch erwünschte Güter und Dienste herstellen bzw. anbieten usw.

diese Avantgarde und die Zivilgesellschaft insgesamt anzuregen und zu unterstützen und kritische Instanz gegenüber jeder Regierung zu bleiben – eine Idee, die auch der von Militärs im Dienste der USA ermordete Rektor der katholischen Universität von El Salvador, *Ignácio Ellacuria, S.J.*, entwickelt hatte. Die Bewegung, nachdem sie gesiegt hat, verschwindet nicht in Regierung und Staatsapparat, sondern, bleibt eine kritische Instanz außerhalb, auch gegenüber der »eigenen« Regierung. Auch das gibt es in Rio Grande do Sul in der Praxis.

Alle diese Reflexionen können verstanden werden als Versuch, die heutige Bedeutung des – eingangs bereits angeführten – Marxschen Diktums zum Verhältnis von Denken und Praxis zu klären. Wer könnte also das neue Subjekt sein und wie wäre seine Strategie? Das ist die entscheidende, noch zu beantwortende Frage – durch Praxis, durch Vorandenken über Praxis und durch Vorandenken der Praxis über sich selbst.

Die soziale Abwicklung der
Ost-Intellektuellen
war erfolgreich, die
intellektuelle war es nicht:

Das Blättchen

Zweiwochenschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft

Kostenloses Probeheft:

Verlag des Blättchens

Schönhauser Allee 84

D-10439 Berlin-Prenzl.-Berg

Telefon: 030 447 60 65

Fax: 030 44 73 06 83

Das.Blaettchen@t-online.de

www.DasBlaettchen.de

Als e-Book: www.dibi.de

JOHANNES M. BECKER

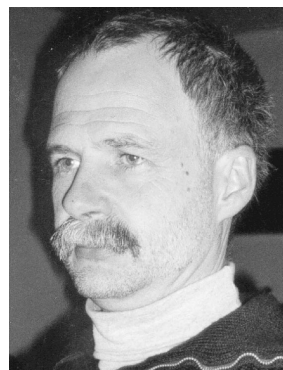
»Dieses Land haben
sie noch nicht erobert ...«

Kuba – Modell für Entwicklungsländer oder Fossil?

Die karibische Republik Kuba bleibt in der politischen Diskussion wie auch in den Medien präsent, und das Land wie seine Regierung machen keine schlechte Figur dabei. Ob nun Staatschef *Castro* im April 2000 die erste Konferenz der ›G 77-Staaten‹ in Havanna begrüßt und damit an die führende Politik seines Landes in der Bewegung der Blockfreien anzuknüpfen hofft, ob nahezu das gesamte Land zur gleichen Zeit in der Affäre um den Schuljungen Elián hinter der kompromißlosen Haltung seiner Regierung steht, ob es derzeit in den USA ernsthafte Debatten um einer Lockerung des Handelsembargos gegenüber Kuba geht, auch hier hatte die Regierung in Havanna keine Zugeständnisse gemacht – die kleine karibische Republik läßt nur wenige politische Beobachterinnen* und Beobachter unbeteiligt (von der weitgehend kultur- und erlebnisorientierten Kuba-Euphorie¹ in weiten Teilen der weniger politischen Öffentlichkeit gar nicht zu reden). Zuletzt belebte der Schultersehluß zwischen *Castro* und *Hugo Chávez*, dem Präsidenten von Venezuela, die politischen Diskussionen.

Ein eigenartiges Erlebnis hatte ich nun bereits mehrere Male an einer Wirtschaftsakademie der Bundesrepublik: Am Ende einer längeren Lehreinheit vor Studierenden aus lateinamerikanischen Ländern fragte ich nach ihrer persönlichen Beurteilung Kubas. Die Antworten waren – für mich zunächst überraschend – durchweg positiv. Offene wie versteckte Anerkennung war zu verspüren; der Informationsstand über die kubanische Wirtschaft und Politik war recht hoch. Das Ergebnis meiner kleinen Umfrage beeindruckt mich jedesmal aufs neue um so mehr, als die große Mehrheit der Studierenden, allesamt dem Führungspersonal großer Unternehmen zugehörig oder Regierungsbeamte ihrer Länder, sich politisch als eher konservativ verortet. Als Begründung wurde und wird durchgängig erklärt, daß Kuba und seine Regierung nach wie vor über ein hohes Maß an Souveränität verfügen, daß sie »die Yankees noch nicht im Haus« haben. Ein persönlich bekannter tunesischer Wissenschaftler schließlich stellte – der ebenfalls nach seiner Sicht der Dinge gefragt wurde – sogleich das Geflecht USA – Kuba in den Kontext seiner Antwort, als er spontan sagte: »Dieses Land haben sie noch nicht erobert ...«

Taugt das unverändert sozialistischen Prinzipien verbundene Kuba, das von den USA nach wie vor in der Reihe der ›Schurkenstaaten‹ aufgelistet wird, das von der bundesdeutschen Administration Kohl lange Jahre entwicklungspolitisch ignoriert wurde und das schon vielfach, zuletzt nach dem Beginn des »período especial«, ökonomisch und politisch totgesagt ist – in einer Zeit, in der die Kluft zwischen sogenannten



Johannes M. Becker – Jg. 1952; PD Dr., Privatdozent für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg und Dozent an der Fachhochschule für Technik in Reutlingen. Mitbegründer der Friedensforschung an der Marburger Universität, in deren Rahmen in den vergangenen Jahren auch Fahrradtransfers nach Kuba organisiert wurden.

Dieser Aufsatz basiert auf dem Studium der nationalen wie internationalen Presse, auf Beobachtungen bei einer Reihe von Reisen meinerseits beziehungsweise meines Freundes und Kollegen *Holger Probst* sowie schließlich auf den Arbeitsergebnissen unserer Studierenden in den Hauptseminaren der Jahre 1997 bis 2000 an der Philipps-Universität Marburg. Als sozialwissenschaftliche Grundlagenliteratur werden die Werke von Hans Jürgen Burchardt: »Kuba – Im Herbst des Patriarchen«

(1999); Leo Burghard, Klaus Huhn: »Das Wunder Kuba« (1999) oder auch die zahlreichen Beiträge von Bert Hoffmann – exemplarisch »Neuere internationale Literatur zur wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung in Kuba«, in: Lateinamerika – Analysen, Daten, Dokumentation, Nr. 31 (1997) empfohlen. Foto: privat

* Die Redaktion von UTOPIE kreativ hält auch gegen den ausdrücklichen Wunsch des Autors am Schreibkonservatismus fest. Auch wenn bei Begriffen, die große Personengruppen unterschiedlichen Geschlechts umfassen, die zweifelhafte Schreibneuerung des »aufstürzenden ›I« nicht angewandt wird, sind natürlich immer dort, wo Personen unterschiedlichen Geschlechts betroffen sind, auch beide Personengruppen gemeint. Die Höflichkeit gebietet es zudem, daß – in Gedanken – die weiblichen Gruppenmitglieder immer zuerst gemeint sind.

1 Vgl. hierzu Johannes M. Becker: Zigarren, Rum und Sozialismus, in: junge Welt vom 27. September 2000 (Kuba-Beilage).

›entwickelten‹ und ›weniger entwickelten‹ Ländern von Monat zu Monat spürbar größer wird, in der der allumfassende Markt, der entfesselte Kapitalismus, Schwachen immer weniger Chancen zu geben scheint, als *Modell für Entwicklungsländer*?

Kuba – Sozialdemographie im internationalen Vergleich

Am Beginn einer Antwort auf die eben genannte kardinale Frage sollten einige zentrale Daten zur sozialdemographischen und politischen Einordnung des Landes stehen.

Auf einer Fläche von 111.000 km² (auf der Hauptinsel und den vielen kleinen Inseln) leben ca. 11 Millionen Einwohner (52 Prozent Mulatten, 37 Prozent Weiße, 11 Prozent Schwarze). In Havanna leben zirka 2,2 Millionen, in Santiago de Cuba 450.000 Menschen; 76 Prozent der Gesamtbevölkerung leben in Städten über 2.000 Einwohner. Das Bevölkerungswachstum liegt derzeit bei zirka 0,9 Prozent.

Der Zugang zum öffentlichen Gesundheitsdienst und zu sauberem Wasser ist für nahezu alle Bewohner gewährleistet, was für Lateinamerika durchaus keine Selbstverständlichkeit ist (entsprechende Daten liegen für Kolumbien und Mexiko zwischen 70 und 80, für Nicaragua bei 60 Prozent). Auch die Einschulungsquote liegt vergleichsweise hoch, bei weit über 90 Prozent.

Hinsichtlich der internen sozialpsychologischen Situation kann die erwachsene Bevölkerung grob zweigeteilt werden. Das sind zum einen die 15- bis 30jährigen, die fürchten, bei Fortdauer der eingeschränkten materiellen Lebensverhältnisse um ihre Jugend und um ihre Zukunft, um das gute, »normale« Leben, das Kuba bis zum Beginn der neunziger Jahre kannte beziehungsweise von dem sie in ihrer Kindheit geträumt haben, gebracht zu werden. Sie wollen teilweise leben wie die Exil-Kubaner in Miami (oder wie zumindest ein beträchtlicher Teil von ihnen) oder wie die Touristen, mit denen sie in Kontakt kommen. Die Jugend Kubas interessiert der (überwiegend) *positive* Vergleich der Lage ihres Landes mit den übrigen Staaten Lateinamerikas verständlicherweise überhaupt nicht.

Auf der anderen Seite spricht die ältere Generation von der »andauernden Revolution«. Die Alten erinnern sich sehr wohl der Armut der Batista-Zeit beziehungsweise des Aufbaus des Sozialismus à la Cubana in den siebziger Jahren. Diese Menschen (wie auch die politisch bewußten Jüngeren) scheint die Helms-Burton-Politik der USA stärker zusammenzuschweißen, als daß sie (wie angestrebt) eine soziale Kontervervolution beförderte. Die Frage ist, wie lange dieser identitätsstiftende Stimulus »trägt« ...

Eine besondere Rolle spielt auch die Multiethnizität der Bevölkerung Kubas. Offene Rassendiskriminierung ist im Vergleich mit anderen Ländern wenig ausgeprägt. Am ehesten findet sich eine abschätzige Haltung gegenüber ›Schwarzen‹. Diese sind zum einen weitgehend von Dollar-Überweisungen aus Miami ausgeschlossen (es waren überwiegend die weißen Privilegierten, die beim Sieg der Revolution das Land verließen) und scheinen überdurchschnittlich oft in informelle Sektoren (Jineterismo – die kubanische Variante von Prostitution, Schwarzmarkt, Drogenhandel) und damit in eine relative Marginalität abgedrängt zu werden. Auf der anderen Seite trifft man immer wieder insbesondere auf Schwarze, die entweder die Zeit vor der Revolution erinnern oder

außerordentlich gut über die aktuellen Verhältnisse in den USA oder auch Frankreich informiert sind. Diese Schwarzen hängen besonders an der Revolution, an einem Fortbestehen der derzeitigen Verhältnisse.

Historisches

Bekanntlich wurden Kuba und seine indianischen Bewohner 1492 durch *Kolumbus* (und mindestens einen Koch) ›entdeckt‹. Die Insel selbst wurde 1512 von *Velázquez* in Besitz genommen, womit die Ausrottung der indigenen Bevölkerung beginnt. Nach 1522 werden auf Grund des drastischen Bevölkerungsrückgangs Sklaven aus Afrika ›importiert‹. Die Insel wird der weltgrößte Zuckerexporteur. Nach mehreren Sklavenaufständen (zum Beispiel 1812) wird 1880 die Sklaverei abgeschafft; die Sklaven bleiben allerdings bis 1886 ihren Herren unterstellt. Von 1868 bis 1878 verheert der erste Unabhängigkeitskrieg gegen die spanische Kolonialherrschaft das Land – er scheitert.

Der Zweite Unabhängigkeitskrieg (1895 – 1898) scheitert (unter *José Martí*) – zunächst – ebenfalls. Jedoch greifen die USA 1898 in den Unabhängigkeitskrieg ein, und Spanien tritt Kuba an die USA ab. Die neue Verfassung von 1901 sieht zwar den Abzug der US-Truppen vor, gesteht den USA jedoch ein uneingeschränktes Interventionsrecht zu. Dieses wird 1934 aufgehoben, der Stützpunkt *Guantanamo* bleibt jedoch – er wird 1903 für 99 Jahre an die USA abgetreten. 1902 wird Kuba formell unabhängig, obwohl die Regierung einem US-Militär-gouverneur unterstellt bleibt. Die Insel degeneriert zwischen 1902 und 1959 zum »Bordell der USA«.

Im Juli 1953 greifen die Rebellen um *Fidel Castro* die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba an. Die Aktion schlägt fehl, viele der Kämpfer werden getötet. *Castro* selbst wird inhaftiert. Nach einer Amnestie geht er 1955 nach Mexiko. Im Dezember 1956 beginnt der Guerillakampf und nach der Landung der *Granma* (mit *Castro*, *Guevara*, *Gomez* etc.) die Revolution, die am 1. Januar 1959 siegt. Nach der Kapitulation *Batistas* wird Kuba ›Sozialistische Republik‹; es folgen eine Bodenreform und die weitgehende Zurückdrängung des Privateigentums. Nach kurzer Zeit beginnt eine umfassende Alphabetisierungskampagne.

Nach der Gewährung der Ausreiseerlaubnis verlassen ca. 500.000 ›Konterrevolutionäre‹ Kuba, von denen einige im April 1961 in der Schweinebucht eine (vom CIA unterstützte) Intervention versuchen. Erst nach dem Wirtschaftsembargo der USA gegen Kuba (1960) vollzieht sich die Hinwendung zur UdSSR und zum *Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe* (RGW/COMECON). Das Embargo trifft Kuba in besonderer Weise, da seine Wirtschaft bis 1959 nahezu total von den USA abhängig ist. Dennoch wird Kuba erst 1972 Vollmitglied des RGW.

In den siebziger Jahren entwickelt sich eine erste ökonomische (Versorgungs)Krise, die aus der Überzentralisierung und Bürokratisierung resultiert. Es werden erste Reformversuche durch eine »Politik der wirtschaftlichen Rechnungsführung«, durch die Einführung freier Märkte 1980 und die Legalisierung des freien Verkaufs von Überschußprodukten unternommen. Ansätze einer privatwirtschaftlichen Parallelwirtschaft bilden sich heraus. In den staatlichen Betrieben häufen sich Phänomene wie Unterschlagung, sinkende Arbeitsmoral und ähnliches.

Zeitlich parallel zu Perestrojka und Glasnost in der UdSSR in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wird in Kuba die entgegengesetzt orientierte Politik der »rectificación« (der »Korrektur von Irrtümern«) eingeleitet, privatunternehmerische Einflüsse sollen zurückgedrängt werden. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR und des RGW (1990-1992) setzt in Kuba (zwangsläufig) eine erneute Korrekturbewegung ein. Es beginnt die »período especial en tiempos de paz«. 85 Prozent des Marktes, der Abnehmer wie der Lieferanten, fallen weg; Kredite, Kraftstoffe, Düngemittel und viele weitere Produkte fehlen. Im Gegenzug fordern viele Staaten die Rückzahlung von Krediten beziehungsweise den Ausgleich der Handelsbilanz. Infolgedessen sinkt der Lebensstandard extrem, während gleichzeitig das US-Embargo durch das *Torricelli-Gesetz* ausgeweitet wird.

1993 kommt es zu offenen Unruhen vor allem in Havanna. Daraufhin wird der US-Dollar mit dem Ziel legalisiert, den Schwarzmarkt einzudämmen und die Kriminalisierung vieler Kubaner zu beenden. Trotzdem setzt im Sommer 1994 eine erneute Ausreisewelle von ca. 40.000 Menschen ein, die auf Flößen wiederum nach Miami zu entkommen versuchen. Bemerkenswerterweise weigern sich die USA ab Herbst 1994, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Seit 1995 nun nehmen die USA jedes Jahr 20.000 (ausgeloste) Ausreisewillige aus Kuba auf – im Gegenzug kontrolliert die kubanische Küstenwache die Küsten der Insel und bringt aufgegriffene Flüchtlinge auf die Insel zurück. Die im März 1996 angestrebte erneute Verschärfung des Embargos durch das *Helms-Burton-Gesetz* wird nach der Wiederwahl *Clintons* bis zum Ende seiner Legislaturperiode ausgesetzt.

Im Frühjahr 1997 findet die erste Konferenz der »nicht-Antikommunistischen« Exil-Kubaner in Havanna statt. Und im Frühjahr 1998 besucht der Papst die Insel. Schließlich sprach sich kürzlich der US-Kongreß für die Aufhebung der Beschränkungen beim Export von Nahrungsmitteln und Medikamenten aus. Die Kreditvergabe für derartige Exporte soll jedoch US-Banken weiterhin untersagt bleiben. Die letzte medienträchtige Inszenierung ist die um den Schüler *Elián* und seine Familie um die Jahreswende 1999/2000.

Ökonomie und Sozialpolitik

Grundsätzlich bietet Kuba – naturräumlich gesehen – gute Voraussetzungen für eine entwickelte Landwirtschaft. Große Nickel- und bedeutsamere (allerdings stark schwefelhaltige) Erdölvorkommen erlauben Industrialisierungsansätze.

Die Einbindung in den RGW ab Ende der sechziger Jahre hat Kuba *einerseits* zu einem »Schwellenland« gemacht. *Andererseits* hat die RGW-Mitgliedschaft in Kuba die (Zucker)Monokultur verfestigt – die Grundlage des relativen Reichtums beruhte wesentlich auf dem von den sozialistischen Ländern garantierten stabilen Zuckerpreis.

Nach dem Zusammenbruch des RGW (1992) sinkt das Bruttoinlandsprodukt drei Jahre lang nach kubanischen Quellen (vgl. *Trabajadores* vom 15. Dezember 1997) um insgesamt knapp 40 Prozent.

1992 brechen binnen weniger Monate 85 Prozent der Außenbeziehungen der Ökonomie Kubas zusammen.² Seitdem werden auch keinerlei Ersatzteile mehr geliefert beziehungsweise gekauft. Die Bundesrepublik hat alle Lieferverträge, die Kuba mit der DDR abgeschlossen

2 Diese Wirtschaftskrise wirkt sich um so gravierender aus, als gleichzeitig das mögliche Auffangbecken der »Länder des Dritten Weges« (Konferenz von Bandung/ Nichtpaktgebundene) ebenfalls in Auflösung begriffen ist. Von dieser Seite gibt es also keine Hilfe für Kuba.

hat, nach dem 3. Oktober 1990 nicht weiterverfolgt beziehungsweise nicht eingehalten, besteht jedoch auf der Zahlung der Auslandsschulden Kubas (seit dem Frühjahr 2000 gibt es jedoch Bewegung im deutsch-kubanischen Verhältnis; unter anderem infolge des Besuchs von Ministerin *Wiczorek-Zeul* und diverser Wirtschaftsdelegationen).

Die Folgen der weltpolitischen wie weltwirtschaftlichen Entwicklungen sind angesichts des aktuell niedrigen Preises auf dem Weltmarkt für das kubanische Hauptprodukt (Zuckerrohr) katastrophal. Der Maschinenpark ist im Laufe der neunziger Jahre fast vollständig zusammengebrochen, mit Ochsen und Pferden werden Pflüge und Karren gezogen, die Versorgung mit Düngemitteln ist sehr problematisch geworden. Die Milchproduktion, die wesentlich auf Düngelieferungen aus der Sowjetunion und der DDR beruhte, ist zeitweise um 80 Prozent zurückgegangen.

Zusätzlich geschädigt durch Naturkatastrophen (Dürren und Hurrikane) erreichen 1994 die Einnahmen aus der Zuckerrohrernte mit 600 Millionen US-Dollar nur 15 Prozent der Erlöse von 1990.

»Período Especial« – Maßnahmen gegen die Krise

Die zentralen Prinzipien der kubanischen Politik – Aufrechterhaltung des politischen Systems, Aufrechterhaltung der sozialen Errungenschaften, Erhalt der nationalen Unabhängigkeit – bleiben in den krisenhaften neunziger Jahren trotz aller Fährnisse unangetastet.

Im einzelnen entwickeln sich folgende Maßnahmen, denen (von Januar bis April 1993) eine breite öffentliche Diskussion innerhalb der Bevölkerung vorausgeht:

In über 100 Berufen wird die Gründung privater Kleinunternehmen (*trabajo por cuenta propia*) zugelassen.

Die Lizenzierung privater Restaurants (als Familienbetriebe) verbessert die Situation ebenfalls.

1993 wird die (bisherige) Schattenwährung US-Dollar freigegeben.³

Mit der Reformierung, das heißt vor allem Dezentralisierung, des 1986 geschaffenen *plan alimentario* (technische Aufrüstung der Landwirtschaft) versucht die Regierung zu Beginn des *período especial* durch den Kauf von 10.000 landwirtschaftlichen Betrieben (damit befinden sich nunmehr 83 Prozent der Landfläche in staatlicher Hand) eine Produktionssteigerung zu erreichen. Der Plan scheitert: Die Flächen sind zu groß, die Maschinen zu rückständig, die aus den Städten geschickten »Erntehelfer« meist unqualifiziert und überdies häufig unwillig. Ab 1993 wird durch diese Dezentralisierung und die Schaffung von eingeschränkt selbstverwalteten Kooperativen (UBPCs) mit geringen Autonomierechten in der Arbeits- und Beschäftigungspolitik, Kredit- und Arbeitsmittelbeschaffung eine Korrektur vorgenommen. In den UBPCs herrscht eine – im Vergleich zu vorher – breite Basisdemokratie. Der Staat ist aber nach wie vor zentraler Abnehmer. Die Lage bleibt problematisch: Dünger ist ebenso knapp wie Devisen, aber er wird vor allem beim Tabak eingesetzt. Überdies sind die erzielten Preise sehr niedrig.

Im Laufe der Krisenjahre werden die (privaten Peso)Bauernmärkte gestärkt – die UBPCs dürfen nun 20 Prozent ihrer Überschussproduktion hier absetzen, was die Versorgung eines kleinen Teils der Bevölkerung verbessert hat.

³ Schätzungsweise eine Million Kubanerinnen und Kubaner besitzen zu diesem Zeitpunkt, resultierend aus den Transfers von seiten der Exil-Kubaner, bereits US-Dollar und befinden sich dadurch in einem Zustand der Illegalität.

Die Renaissance des Reisanbaus und der Import von Sojabohnen und -öl (im Tausch gegen Zuckerprodukte) sollen eine gewisse Diversifizierung der Ökonomie einleiten.

Die Regierung stimuliert unter anderem die Züchtung von Süßwasserfisch.

Die Menschen sollen verstärkt zur Eigenversorgung angehalten werden. Neben den eigenen Hausschweinen und Hühnern versucht die Regierung, den Gartenbau zu fördern – unter anderem durch das Schulfach Kleingartenbau, das im Projektunterricht am Nachmittag unterrichtet wird.

Das Land lädt ausländisches Kapital zu *joint ventures-empresas mixtas* ein. Schwerpunkte sind der Tourismus, der Nickelabbau und die Energieproduktion. Die Reintegration Kubas in den Weltmarkt ist das Ziel. In der Folge entwickelt sich unter anderem ein gewaltiges Lohngefälle zwischen dem Binnen- und dem Devisensektor. Ein kleiner Teil der Löhne wird an die Arbeitnehmer in US-Dollar ausgezahlt. Die Peso-Einkommen sind hier überdurchschnittlich.

Kubanischen Unternehmen ist seit 1992 der freie Umgang mit Devisen erlaubt, soweit diese aus der internationalen Vermarktung ihrer Produkte resultieren.

Der Tourismus wird im großen Stil ausgebaut.

1998 schließlich beginnt auch die Möglichkeit der Eigenvermarktung der Produkte durch private Bauern.

International propagiert Kuba nach der erzwungenen Hinwendung zu nicht-sozialistischen Staaten eine »Politik des gemeinsamen Handelns«, man versucht Umschuldungs- oder Entschuldungsinitiativen zu koordinieren, gegenseitige Wirtschafts- und Katastrophenhilfe (wie zum Beispiel 1997 in Nicaragua) zu leisten. Die Regierung unternimmt den Versuch einer stärkeren Hinwendung zur VR China. Auch Befreiungsbewegungen werden weiterhin unterstützt. Bemerkenswert ist, daß auch im *período especial* niemandem die Wohnung gekündigt wird, weil er die Miete nicht mehr zahlen kann, keine Universität wird geschlossen, kein Krankenhaus, keine Schule, kein Kino. Auch bemerkenswert: Frauen sind von Krisenphänomenen wie Entlassungen etc. nicht stärker betroffen als Männer.

Die wirtschaftlichen Ergebnisse können sich im internationalen Vergleich durchaus sehen lassen. Seit 1995 erholt sich das Bruttoinlandsprodukt spürbar (1995 um 2,5, 1996 um 7,5 sowie 1997 und 1998 um weitere 2,5 beziehungsweise ein Prozent). Der Zuwachs von 6,2 Prozent im Jahre 1999 resultiert bereits weitgehend aus einer Verstärkung des Tourismus; für 2000 wird eine Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts um 4,5 Prozent erwartet. Diese Zahlen sagen allerdings nur die halbe Wahrheit, denn die Erholung erfolgt von einem sehr niedrigen Niveau aus.

Inzwischen ist es auch gelungen, den kubanischen Peso zu stabilisieren. Sein Kurs liegt heute bei ca. 20:1 zum US-Dollar (1993/94 150:1). Neben dem Dollarbesitz sind nun auch Überweisungen von US-Dollar nach Kuba legalisiert – der Staat erhält dadurch im Devisensektor wieder ein höheres Maß an Kontrolle. Die Rechtssicherheit für Bürger und Staat ist wiederhergestellt.

Positiv an den Erfahrungen des *período especial* – und nur damit kann man das Durchhalten der Bevölkerung erklären (nur noch 40 Prozent der Bevölkerung kennen die sozialen Verhältnisse Kubas vor der

Revolution) – ist vor allem, daß die Gesundheitsversorgung im Lande auch in diesen problematischsten Zeiten aufrechterhalten werden kann, wengleich auf einem technologisch fortwährend schrumpfenden Niveau. Allerdings wird der Mangel, wird die teilweise Armut in Kuba weitgehend sozialisiert.

Eine positive Nebenerscheinung der Abschneidung von RGW und Weltmarkt durch US-Blockade und Devisenmangel sind neue Initiativen bei der Entwicklung der Naturmedizin. Auch das »Projekt Kind« wird weiterverfolgt. Die dezentrale Schulversorgung wird aufrechterhalten, die Milchversorgung ist gestreckt worden – die älteren Schüler erhalten (unpopuläre) Soja-Milch und -Joghurt, der Schulbus ist durch eine unbequeme Lastwagenpritsche ersetzt worden, Saxophonklassen in den Schulen für Musischbegabte werden – aufgrund fehlender Ersatzteile – in Gesangsklassen umgewandelt ...⁴

Seit 1994 bietet Kuba *joint ventures* an, die zögerlich, vor allem von mexikanischen und kanadischen Kapitalen genutzt werden.⁵ Zwar werden die Kontakte zu Spanien durch den Regierungswechsel von *Gonzales* zu *Aznar*, der sich den US-Interessen näher sieht, zunächst zurückgeworfen, aber ab 1998 erfolgt ein vorsichtiger Rückschwenk der spanischen Kuba-Politik. Die EU ist interessiert am dortigen Markt. König *Juan Carlos* (und Premier *Aznar*) besuchen Kuba 1999 im Rahmen der iberoamerikanischen Konferenz. 1997 wird schließlich die erste Freihandelszone eingerichtet – drei weitere sind gefolgt.

Die Steuerverhältnisse für das investierende Kapital können nur traumhaft genannt werden (ein Vergleich mit Irland Anfang der achtziger Jahre drängt sich auf). Es geht um die Beschäftigung der (im Vergleich) hochqualifizierten kubanischen Bevölkerung sowie um die Produktion billiger Konsumgüter auf der wie auch für die Insel.

Zwei Beispiele für den hohen Qualifizierungsgrad einiger Wirtschaftsbereiche ist die Entwicklung des blutdrucksenkenden Natur-Medikamentes *PPG Cholesterol*. Dieses wird von Experten als weltmarktfähig eingestuft. In Kuba ist ebenfalls ein äußerst effektiver Impfstoff gegen Meningitis entwickelt worden. Auch Teile der kubanischen Biotechnologie befinden sich auf Weltniveau – hier wäre der nahe US-Markt natürlich ein Segen. Aber die weltmarktbeherrschenden US-Konzerne verhindern kubanische Erfolge. Immerhin hat Kubas medizinische Industrie Ende 2000 einen Selbstversorgungsgrad von 80 Prozent erreicht.⁶

Weitere Anzeichen einer Trendwende seit 1997

Während des *período especial* fehlt es beinahe an allem. Jedoch leiden nahezu alle, ausgenommen die ersten Dollargewinnler, darunter, und alle versuchen, sich zu behelfen. Die Verschärfungen des US-Embargos von 1961 durch den Torricelli-Act (1992) und das Helms-Burton-Gesetz (1996) haben ein übriges getan. Seit etwa 1997 ist jedoch die Rückgewinnung ökonomischer Gestaltungsmöglichkeiten durch den Staat nicht nur im Bereich des heutigen Hauptdevisenbringers Tourismus sichtbar. So hat sich die enorm wichtige alltägliche *Verkehrsinfrastuktur* verbessert – Busse fahren wieder relativ regelmäßig; für den Personentransport eingesetzte Lastwagen wurden entsprechend ausgerüstet; Wartehäuschen werden (auch auf dem Lande) restauriert; die Versorgung mit Fahrrädern und Rikschas hat sich enorm verbessert.

4 Zum Schul- und Gesundheitswesen:

Beide sind dezentral organisiert, bevölkerungsnah. Auch im letzten pueblo der Sierra findet man eine Schule, das kleine Behandlungszimmer einer Ärztin beziehungsweise eines Arztes oder gar ein kleines (wengleich außerordentlich bescheiden eingerichtetes) Krankenhaus. Ein Netz von Geburtshäusern, in denen sich schwangere Frauen ab der 37. Woche auf ihre Entbindung vorbereiten können, überzieht die Insel. Sie erhalten 100 Prozent ihres Lohnes bis sechs Monate nach der Niederkunft, danach sechs Monate 60 Prozent, dann haben sie noch ein Jahr eine Garantie auf Rückkehr an ihren Arbeitsplatz. In der Krankenstation einer Zuckerfabrik entdecken wir eine kleine Forschungsstation für Naturheilmittel. Ärztin, Arzt und die Helferinnen bemühen sich um die Reaktivierung von altem Wissen. Kuba ist sehr bemüht, das gesamte Land mit Kindergärten zu versorgen.

5 Vgl. Bert Hoffmann (Hrsg.): *Wirtschaftsreformen in Kuba. Konturen einer Debatte*, Frankfurt/M. 1996 (2. erweiterte Auflage).

6 Vgl. das informative Interview des kubanischen Ökonomen und Philosophen *Carlos Tablada* in: *Neues Deutschland* vom 28./29. Oktober 2000.

Verkehrspolitik in Kuba ist derzeit neben der teilweisen Rekonstruktion des Transportsektors vor allem Fahrradpolitik. Diese hat in Havanna immerhin zu einer breiten Radspur entlang des Malecón und anderer Hauptverkehrsstraßen geführt und ist auch in den Oberzentren des Landes (außer in Santiago) unübersehbar. Die Menschen haben das Rad »angenommen« – gezwungenermaßen freilich, denn viele würden lieber mit einem Mofa oder gar Auto fahren. Kuba könnte so zum Muster für die Lösung der Verkehrsprobleme in Agglomerationen der Entwicklungsländer werden.

In letzter Zeit besuchen zahlreiche (auch deutsche) Wirtschaftsdelegationen das Land. Beim Besuch von Ministerpräsident *Stolpe* (Brandenburg) wurde zum Beispiel die Modernisierung der kubanischen Eisenbahn ins Auge gefaßt.

Einige Großbetriebe haben die Produktion wieder aufgenommen. Einige joint ventures, vor allem mit kanadischen und mexikanischen Partnern, sind neu dazugekommen. Im Nickelabbau (in Zusammenarbeit mit einem kanadischen Unternehmen) wurden 1999 11 Prozent, bei Zucker 17 Prozent und bei Tabak 13 Prozent Wachstum erzielt. Die Gehälter in einigen Schlüsselberufen (Gesundheitswesen, Bildung, Polizei) sind – in Pesos – erhöht worden. In vier Freihandelszonen produzierten Ende 1999 fast 300 Firmen (größtenteils aus Spanien, Italien und Kanada). Im Gegenzug zu absoluter Steuerfreiheit und zollfreiem Import und Export erwartet Kuba Beschäftigungsimpulse (ca. 1,5 Prozent der aktiven Bevölkerung), die weitere Qualifizierung von Arbeitskräften, wachsenden Technologietransfer und steigende Nachfrage nach kubanischen Rohstoffen und Industrieprodukten.

Der Zuckerrohranbau ist heute das Sorgenkind der kubanischen Wirtschaft. Er ist weiterhin untermechanisiert (auch infolge der Nichteinhaltung der Lieferverträge der DDR durch die BRD und der UdSSR durch Rußland) und unproduktiv. Die Zuckerproduktion soll jedoch aufrechterhalten bleiben, wobei Flächen stillgelegt werden und unproduktive Zuckerfabriken stillgelegt worden sind; die Anbauflächen zur Deckung des alltäglichen Nahrungsmittelbedarfs hingegen sollen ausgedehnt und intensiviert werden. Seit dem Zusammenbruch des RGW besteht im Export natürlich auch keine Preisgarantie mehr für Zucker. Derzeit, im Sommer 2000, ist der Zuckerpreis um 40 Prozent unter seinen langfristigen Weltmarktdurchschnitt gesunken. Allerdings ist die Produktion in 2000 um weitere sieben Prozent auf stark vier Millionen Tonnen gestiegen.

Im Bereich der stets kritischen Energieversorgung hat Kuba im Laufe der neunziger Jahre die durch den Wegfall der sowjetischen Ölimporte entstandenen enormen Engpässe teilweise überwunden – Ende 1999 beträgt der Selbstversorgungsgrad 50 Prozent. Der oben erwähnte Schulterschuß mit Venezuelas Präsident *Chávez* vom Oktober 2000 wird diesen zentralen Ökonomiebereich weiter entspannen und unter anderem die entwürdigenden Stromsperren für die Bevölkerung beenden.

Neben staatlichen Maßnahmen haben viele Menschen zudem eigene Initiative ergriffen und verdingen sich als Dienstleister – ob bei der Vermietung einer Wohnung, als Pizza-Bäckerinnen und Bäcker, als Rikschafahrer, Kunstschnitzerinnen und -schnitzer, Kosmetikerin, *Taxista* ... Schließlich hat sich die Lebensmittelversorgung am Straßenrand

(auch für Pesos) – parallel zu den freien Bauernmärkten – in den vergangenen zwei Jahren verbessert.

Das Steuersystem, um dessen Reform sich die Regierung seit einiger Zeit verstärkt bemüht, beginnt langsam zu greifen. Die Legitimität eines derartigen Systems (und dies ist die gesellschaftliche Schlüsselfrage) wird erst erreicht, wenn das System in hohem Maße gerecht ist und wenn der Staat im Gegenzug Leistungen für die Menschen übernimmt. Im Tourismus ist letzteres ansatzweise der Fall. Hier zahlen zum Beispiel die privaten Zimmervermieter ca. 100 US-Dollar pro Monat und Zimmer; dafür verfolgt der Staat die illegalen Vermieter. Auch im privaten Restaurationsbetrieb sowie im Taxibereich ist dies der Fall. Die illegalen Anbieter sind eindeutig in der Defensive. Auch für Baumaterialien und Nahrungsmittel in US-Dollar-Läden hat der Staat gesorgt.

Auf der anderen Seite ist die Gerechtigkeit des Systems nach wie vor verbesserungswürdig. Wenn zum Beispiel Zimmervermieter jährlich eine fixe Summe (in US-Dollar) abführen müssen, unabhängig davon, wie viele Nächte sie die Zimmer vermietet haben, treibt dies einige Anbieter wieder in den Betrug; wenn ein privater Bäcker, der seine Produkte gegen Pesos verkauft, seine Grundstoffe nur gegen US-Dollar beziehen darf, so schafft auch dies zum einen Unmut, legt zum anderen Wege in die Illegalität, in den Schwarzmarkt, nahe. Überhaupt ist der Schwarzmarkt noch groß – viele Grundstoffe und Produkte werden gestohlen und gegen US-Dollar verscherbelt.

Mit Bezug auf das Steuersystem argumentiert die Regierung in Havanna mit der Notwendigkeit der Kaufkraft- beziehungsweise Gewinnabschöpfung. Der Verdacht liegt jedoch überdies nahe, daß der Staat die Marktmechanismen soweit wie möglich kontrollieren will. *Fidel Castros* höchst berechtigte Befürchtungen zu den Folgen des ›ungehemmten‹ Marktes klingen allen Verantwortlichen in den Ohren ... Und in der Tat sind die sozialen Verhältnisse in den umliegenden marktbeherrschten Ländern teilweise katastrophal.

In Verbindung mit dem Tourismusboom ist auch die Rekonstruktion Havannas auf Touren gekommen (auch in den Oberzentren wie Holguin und Bayamo oder im Tourismuszentrum Baracoa). In der Hauptstadt sind schätzungsweise zehn Prozent der Häuser bereits renoviert oder werden derzeit (teilweise) aufwendig renoviert. Am Malecón hat zum Beispiel Spanien sein *Centro Culturel* aufgebaut – ein sicheres Zeichen dafür, daß Havanna und insbesondere der Malecón in fünf bis zehn Jahren wieder die Perle der Karibik sein können. Havannas Altstadt gehört seit Jahren zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Eine Tendenz zur Rückgewinnung der politischen Handlungsfähigkeit kann auch in der Verabschiedung des Februar-Gesetzes von 1999 zur Verschärfung der Strafen für Korruption, Kriminalität, Prostitution etc. gesehen werden. Die Art und Weise und die Schnelligkeit, mit der das Gesetz umgesetzt wurde und überall im Lande bekannt und diskutiert wurde, war beeindruckend. Die Vergleiche Kubas mit einem Polizeistaat, die in diesem Zusammenhang in der deutschen Presse aufgetaucht sind, müssen differenziert diskutiert werden. Die Probleme Kleinkriminalität und Prostitution haben – vor allem infolge der aktuellen sozialen Differenzierung – derartige Ausmaße angenommen, daß der Staat handeln muß.

Bleibende strukturelle Probleme

Die unterschiedliche Verfügung über US-Dollar ist ein Hauptproblem, das die Gesellschaft aktuell nachhaltig zu spalten droht; zunehmend auch dort, wo dies noch nicht geschehen ist (auf dem Lande). Die ›Zugangsrate‹ zu US-Dollar hat sich zwar von ca. zehn Prozent in 1996 auf schätzungsweise 50 Prozent in 2000 verbessert. Vor allem alte Menschen, teilweise Schwarze und Menschen auf dem Lande sind allerdings weiterhin ausgeschlossen. Das heute entstehende Maß an sozialer Differenzierung ist seit 1959 ein nahezu unbekanntes Phänomen in Kuba. Vor allem Kubas Jugend ist unter anderen Bedingungen aufgewachsen.

Die Außenhandelsbilanz, und damit tendenziell auch die Verschuldungssituation, hat sich trotz des wachsenden Bruttoinlandsprodukts verschlechtert. Die *terms of trade*, die Erlöse für Kubas Exporte, sind nach einem Anstieg von 20 Prozent zwischen 1993 und 1997 wieder enorm gefallen (bei Zucker um 40 Prozent). Da IWF und Weltbank aufgrund des US-Boykotts keine Kredite geben, muß das ›Risikoland‹ Kuba Geld auf dem Weltmarkt zu teilweise höchst ungünstigen Bedingungen leihen; Zinssätze zwischen 15 und 20 Prozent sind nicht unüblich. Kuba war Ende 1999 mit etwa 13 Milliarden US-Dollar bei westlichen Staaten und mit ca. sieben Milliarden US-Dollar bei Rußland verschuldet, und jährlich kommt ca. eine weitere Milliarde hinzu. Auf bestimmte Importe kann jedoch nicht verzichtet werden, wenn der Lebensstandard nicht noch weiter absinken soll. Die Versuche der Sanierung des Staatshaushaltes gehen derzeit häufig auf Kosten der Betriebe, denen die Subventionen gestrichen werden. Die Problematik wird also nur verlagert.

Die – zum Teil verdeckte – Arbeitslosigkeit ist hoch. Die offiziellen Statistiken sprechen von nur sechs Prozent. Im Zuge der langsamen Zurückdrängung der Krise sinkt sie allerdings.

Die kubanische Regierung versucht, die ökonomischen Probleme unter anderem durch einen forcierten Ausbau des Tourismus zu lösen, wodurch jedoch neue strukturelle Probleme entstehen. Bis Ende der achtziger Jahre ist der Tourismus unbedeutend, nachdem das Land bis 1959 eines der beliebtesten Ferien- und Zweitresidenzziele der reichen US-Bevölkerung gewesen ist. Inzwischen sind die Touristenzahlen von ca. 0,3 Millionen zu Beginn der neunziger Jahre auf ca. eine Million (1997) und ca. 1,8 Millionen (1999) gesteigert worden. Die Planungen sehen für das kommende Jahrzehnt gar einen Ausbau auf bis zu zehn Millionen Gäste vor. Die große Masse des Tourismus wird zwar in Touristenklaven gehalten und soll neben den bereits bestehenden Zentren (wie Varadero) zunehmend auf die Inseln des Landes verlagert werden – die sozialpsychologisch negativen Auswirkungen (kulturelle Überformungen, Entfremdung etc.) sind somit, verglichen mit anderen Ländern, begrenzt.⁷ Auch ist die Regierung dabei, die Wachstumssektoren Öko- und Kulturtourismus auszubauen. Diese sollen auch beschäftigungswirksam sein und somit die soziale Schere schließen helfen. Kubas Tourismus soll so tendenziell vom Billigtourismus wegentwickelt werden. Jedoch ist die ökonomische Abhängigkeit von einem Wirtschaftssektor grundsätzlich bedenklich.

Derzeit (2000) ist der Tourismus⁸ bei – ca. 100.000 direkt Beschäftigten – mit seinem Erlös von über einer Milliarde US-Dollar der größte

7 Zum Vergleich: Kuba hat zwei Millionen Touristinnen und Touristen bei elf Millionen Einwohnern; die Dominikanische Republik hatte Ende der neunziger Jahre acht Millionen Einwohner und empfing ca. 2,5 Millionen Touristen; für Jamaika lautete das Zahlenverhältnis 2,5 Millionen zu 1,8 Millionen; für die Bahamas 0,3 Million Einwohner und 3,5 Millionen Touristen. Allerdings kommen die Touristen auf den zuletzt genannten Inseln aus dem gleichen, dem marktwirtschaftlichen, Wirtschafts- und Sozialsystem.

8 Die aktuellsten Zahlen finden sich in *Granma International*, August 2000.

Devisenbringer des Landes und hat die Dollar-Überweisungen von seiten der Exil-Kubaner überflügelt. Die Erfolge sind unübersehbar: Sind 1995 noch 80 Prozent der Erlöse für ihrerseits devisenträchtige Bedürfnisse der Touristen (zum Beispiel Coca Cola, Fleischimporte etc.) aufgewandt worden, so hat sich dieser Anteil für das Jahr 2000 bereits auf 39 Prozent vermindert. Die Integration dieses Bereiches in die kubanische Binnenwirtschaft ist im vollen Gange, auch wenn hier sicherlich noch viele Reserven liegen. Die bereits bestehende Abhängigkeit Kubas vom Tourismus beweist die Tatsache, daß er heute 38 Prozent der Devisenverkäufe von Produkten des Landes erbringt.

Die Blockadepolitik der USA wird von uns nicht durchgehend als strukturelles Problem gesehen. *El bloqueo* wird rasch – vor allem auf seiten der mit Kuba solidarischen Linken – für nahezu alle Probleme des Landes verantwortlich gemacht.⁹ Man sollte die Blockade auch, gerade in der »Sonderperiode«, als sinn-, als identitätsstiftendes Moment der kubanischen Politik diskutieren. Das Embargo dient, bei allen von ihm hervorgerufenen und oben aufgezeigten Problemen, auch dazu, jene 60 Prozent der Bevölkerung »revolutionär« zu »begeistern«, die nach der Revolution geboren wurden ...

Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten

Im politischen Raum werden Parteien neben der *Kommunistischen Partei Kubas* (PCC) weiterhin nicht erlaubt. Der Gründer einer sozialdemokratischen Partei wurde erst 1999 verurteilt. Das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sind eingeschränkt. Der Staat geht gegen vermeintliche wie wirkliche Dissidenten zum Teil massiv vor. Zugleich hat sich das Wahlverfahren zu den einzelnen politischen Instanzen in den vergangenen Jahren westlichen Demokratievorstellungen ein wenig angenähert: So können seit Mitte der neunziger Jahre auch Nichtmitglieder der PCC für die verschiedenen Volksvertretungen kandidieren. Dafür ist die Aufstellung durch Wohngebietsgruppen Voraussetzung. Es herrscht Religionsfreiheit.

Im Strafrecht besteht die Todesstrafe fort; sie wurde Anfang 1999 sogar auf weitere Bereiche ausgedehnt (auf Kindesmißhandlung, bewaffneten Raub sowie schwere Fälle von Drogenhandel). Insgesamt wurden 1999 13 Menschen hingerichtet. Die verschiedenen Ausreiseregulungen (über eine Einladung für bis zu 12 Monaten mit Rückreisemöglichkeit oder über die jährliche Auslosung von 20.000 Visa für die USA; 400.000 Menschen haben einen Ausreiseantrag gestellt) haben anscheinend geholfen, ein Großteil der inneren Spannungen abzubauen. Dennoch ist eine »normale« Ausreise bislang nicht möglich. Das bringt vor allem einige Intellektuelle dazu, sich als Dissidenten mit dem Ziel zu »profilieren«, dadurch die Ausreiselotterie zu umgehen.

Immer wieder wird man beeindruckt vom Niveau der Informiertheit unter den Menschen, selbst im abgelegensten Dorf. Sie wissen von den wichtigsten Entwicklungen der internationalen Politik, von den neuen Gesetzen in Kuba und auch von den rassistischen Übergriffen hierzulande ... Von Medienvielfalt kann jedoch nicht die Rede sein. Bei einer jüngst veröffentlichten vergleichenden Analyse der Bildungssysteme in verschiedenen Staaten Lateinamerikas¹⁰ liegt Kuba in allen Bereichen vorn. Auch im Zeitalter des US-Dollars betteln die Kinder – vor allem fernab der »Dollar-Zentren« – in aller Regel zunächst um Stifte ... Der

9 Die USA, insbesondere der CIA und die Organisationen der Exil-Kubaner führen mit Duldung der Behörden seit Jahrzehnten einen unerklärten Krieg gegen Kuba, und dies ist in der Bevölkerung sehr wohl bekannt und verankert. Viele Dutzend Mordanschläge wurden bis heute auf Präsident *Castro* verübt, der biologische Krieg gegen Kubas Landwirtschaft spricht auch Bände – vgl. auch das Interview von *Carlos Tablada*, in: *Neues Deutschland* vom 28./29. Oktober 2000.

10 Vgl. *ecos*, 3/1999.

international renommierte Autor *Miguel Mejides* bestätigt uns, daß es zum Beispiel in der Literatur weitgehende Freiheiten zur Kritik gibt. Offene Verfolgung existiert nicht, wofür nicht zuletzt seine Erzählungen ein Beweis sind. Daß der Staat dissidente, das heißt gesellschaftspolitische Grundlagen infragestellende Auffassungen in der Kultur nicht unterstützt, steht auf einem anderen Blatt. Auch Kubas Filmkunst, die sich nach den materiellen (und zeitweise auch zensurbedingten) Einschränkungen der vergangenen Jahre langsam erholt, sucht unter vielen Entwicklungsländern bis heute ihresgleichen.

Insgesamt scheint Kubas staatliche Administration bürokratisch-unbeweglich. Vergleiche mit Polizeistaaten verbieten sich indes. Allerdings scheint die sozialistische Demokratie stark verbesserungswürdig. Die Liberalisierungen der ökonomischen Kleinst- und Kleinstrukturen sowie die Neuerungen im Wahlrecht müßten begleitet werden von Prozessen der Demokratisierung und Dezentralisierung auf politischer und ökonomischer Ebene. Ein weiter wachsender Einfluß der Produzenten auf ihre Produktion sowie auf die Verteilung der Erzeugnisse ist offenbar notwendig. Jeglicher Ausverkauf des Landes, seiner Rohstoffe, Infrastruktur etc. ist dabei ebenso abzulehnen wie eine Privatisierung der ökonomischen Makrostrukturen, zumal die Dezentralisierung und Ansätze von Demokratisierung bereits erste ökonomische Erfolge vorzuweisen haben: Die Zahl der subventionierten, das heißt unrentablen Betriebe ist von immerhin 71 Prozent (1993) bis 1999 drastisch auf 20 bis 30 Prozent der Betriebe vermindert worden, die Subventionssumme fiel von 5,4 Milliarden Pesos auf eine Milliarde Pesos.

Die Forderung bestimmter Kuba-freundlicher Kreise nach der Zulassung bürgerlicher Parteien unterliegt einer Selbsttäuschung. Diese würden – eingedenk der Schaufensterfunktion der USA und der gewaltigen finanziellen und medienpolitischen Möglichkeiten der Exil-Kubaner – ein Ende der sozialistischen Staatsform herbeiführen. Das soziale System würde binnen kürzester Frist zerstört, der Ausverkauf des Landes würde auf die Tagesordnung gesetzt – und Kuba wäre wieder das »Bordell der USA«.

Was sonst noch auffällt ...

Beeindruckend für uns war und ist der selbstkritische Umgang mit den Problemen und Fehlern in der staatlichen Politik Kubas. Nur selten hat man zum Beispiel in den »real-sozialistischen« Ländern Mittel- und Osteuropas etwas von Prostitution, von Korruption, Leistungsverweigerung, Normen-Betrug oder auch von der Verarmung der Älteren gelesen – geschweige denn von selbstkritischen Fehleranalysen und Maßnahmen, um diesen Problemen zu begegnen. Die teilweise harsche Selbstkritik fehlt beispielsweise in keiner der großen Reden *Fidel Castros*.

Übrigens ist die Persönlichkeit des *máximo líder* keineswegs so allgegenwärtig, wie zu vermuten wäre – wir sahen auf unseren Reisen erst fern von Havanna erstmals Bildnisse von *Fidel Castro*. Es gibt keine »Castro-Straße«, kein Standbild, nur ab und zu liest man ein Zitat an einer Wand oder Mauer. Der Staats- und Parteichef, der sich kurz vor dem Hereinbrechen des *período especial* offenbar mit Rücktrittsgedanken trug, verbittet sich ansonsten jeglichen Personenkult. Und dennoch ist *Castro* ohne Zweifel die identitätstiftende Persönlichkeit der kubanischen Politik.¹¹

11 Der Historiker *Rafael Licea Cisneros* vom *Instituto Superior Pedagógico »Frank País«* in Santiago de Cuba antwortete auf unsere Frage, ob *Castro* nicht ein Beispiel geben und abtreten solle, dieser wolle nur noch den *período especial* mit seinem Land durchstehen. Im übrigen glaube er fast, *Castro* sei für Kuba tot wichtiger als lebendig; und verwies auf die Persönlichkeit *Che Guevaras* und deren massenpsychologische Wirkung.

Es scheint in der Tat, daß die politische Führung des Landes durchlässiger ist als die der RGW-Staaten. Da die politische Klasse um *Fidel Castro* (nach *Rafael L. Cisneros*) hochgebildet, international erfahren und anerkannt ist, wird es ein Kuba nach *Castro* geben, vielleicht mit *Carlos Lage*, dem Ministerratspräsidenten, mit *Ricardo Alarcón*, dem Parlamentspräsidenten, mit *Felipe Pérez Roque*, dem Außenminister etc. Derzeit ist als Nachfolger *Fidel Castros* dessen – nicht überall geschätzter – Bruder *Raúl* nominiert. Der Nationalheld Kubas ist indessen der Dichter (!) *José Martí*, Führer des zweiten Unabhängigkeitskrieges gegen Spanien (1895-1898). *Che Guevara* ist ebenfalls überall präsent.¹²

Auffällig sind auch die allgegenwärtigen Spuren der einst engen Verflechtung mit dem RGW. Ob es um die schlampige oder (in minder schlimmen Fällen) unästhetische Baugestaltung und -ausführung geht, ob es sich um die ›Arbeitsmoral‹ in staatlichen Betrieben (Dienstleistungen wie Industrie) oder um den Umgang mit Widrigkeiten, kleinen Ursachen, die sichtbar große Wirkung zeitigen werden, oder auch um den Umgang mit Gemeineigentum handelt, überall ist real-sozialistisches präsent ... Weitgehende Ausnahmen von diesem ›Ungeist‹ sind das »Projekt Kind« und das Gesundheitswesen. Wo die Eigenverantwortung Platz hat, sieht die Lage durchweg anders aus (zum Beispiel in privat geführten Autobahnraststätten, privaten Kneipen, Privattaxis etc.). Nicht zu vernachlässigen ist auch, daß ein großer Teil der Intelligenz Kubas auf Universitäten und Parteihochschulen der RGW-Länder ausgebildet wurde. Dies hat tiefe Spuren in der politischen Kultur hinterlassen.

Unübersehbar sind schließlich nach wie vor die Spuren der Versuche einer Industrialisierung Kubas durch die UdSSR und den RGW: Die lange Autobahn über ein Großteil der Insel, Betonwerke, das Gros des existierenden Fuhrparks (Traktoren, Lokomotiven, PKW, LKW etc.). Die Probleme der von Rußland nicht eingehaltenen Lieferverpflichtungen indes sind ebenso unübersehbar.

Die kubanischen Männer – der *Machismo* – sind schließlich ein Problem für sich. *Carlos Lage*, einer der anerkanntesten Politiker Kubas, hat unlängst in kleinerem Kreis, freilich nicht ohne ironischen Unterton, geäußert: »Kuba hat zwei Hauptprobleme: seine Männer und den *bloqueo* ...«. Tatsächlich gelten die kubanischen Männer nicht ohne Grund als arbeitsscheu (vor allem nach der Heirat), dem Alkohol zugetan und auch als brutal gegenüber Frauen. Viele gehen demonstrativ fremd, verlassen Frau und Kinder und zerstören so Familienzusammenhänge.

Das internationale Umfeld

Über mangelnde Medienaufmerksamkeit kann sich Kuba derzeit nicht beklagen. Bereits im Sommer 1996 hat Staats- und Parteichef *Fidel Castro* einen triumphalen Auftritt vor der UN-Weltgesundheitsorganisation (WHO). Seine vernichtende Kritik an den von der Marktwirtschaft verursachten katastrophalen sozialen Zuständen in vielen Ländern dieser Erde wurden mit stehenden Ovationen bedacht. Mitte Oktober 1998 nahm der spanische König *Juan Carlos* den Kommunisten *Castro* in die »Bruderschaft der Winzer von Porto« auf, und nur die lateinamerikanische Finanzkrise verhinderte, daß der Auftritt des kubanischen Staats- und Parteichefs auf dem ibero-amerikanischen Gipfel in Portugal das Medienereignis wurde.

12 Gleichwohl wird *Fidel Castro* mit Stolz im ganzen Land geachtet. Bei der UN-Ernährungskonferenz im November 1996 in Rom hat er, vom gesamten Volk daheim vor den Fernsehern beobachtet, den Entwicklungsländern der Erde ein weiteres Mal die Rechnung aufgemacht: Was ist Demokratie? Ein Leben in Abhängigkeit und mit großen sozialen Verwerfungen oder in Würde und Selbstbestimmung? Am Tag darauf empfing ihn der Papst.

Die USA (deren Geheimdienst CIA mittlerweile auch erkannt hat, daß Kuba keine militärische Bedrohung für die USA darstellt) geraten mit ihrer Kuba-Politik zunehmend in die Isolation. Beim panamerikanischen Gipfeltreffen im April 1998 fordern alle anwesenden 34 Staatschefs, *Bill Clinton* natürlich ausgenommen, die Aufhebung der Isolation Kubas und seine Einbeziehung in die panamerikanischen Arbeitszusammenhänge. Die Dominikanische Republik nahm nach der Konferenz in Santiago die diplomatischen Beziehungen mit Havanna wieder auf, Guatemala ist dem bereits vorangegangen.

Ende April 1998 besuchte Kanadas Premierminister *Chrétien* (»In guten wie in schlechten Zeiten haben unsere Staaten den Dialog immer der Konfrontation vorgezogen.«) die Karibikinsel. Der stellvertretende Außenminister Frankreichs *Josselin* forderte Anfang Mai 1998 engere Beziehungen der Europäischen Union zur 11-Millionen-Insel. Bereits Monate zuvor hat das konservativ regierte Spanien eine Korrektur seiner nunmehr gescheiterten Isolationspolitik mit Kuba angekündigt. Mitte April 1998 schließlich lehnte die UN-Menschenrechtskommission sensationell erstmals die alljährlich von den USA eingebrachte (Philippika)Resolution zur Lage der Menschenrechte in Kuba ab; nur noch die EU-Staaten sowie die NATO-Anwärter Polen und Tschechien halten den USA die Treue. Bereits seit 1992 verurteilt die UN-Vollversammlung die US-Blockade gegen Kuba, zuletzt bei zwei Gegenstimmen ...

Neben den Feierlichkeiten um das Auffinden der sterblichen Überreste *Che Guevaras* sowie um seinen 30. Todestag im Jahre 1997 und seinen 70. Geburtstag im selben Jahr markiert der Papstbesuch zu Beginn 1998 einen weiteren Höhepunkt der internationalen Aufmerksamkeit um die Karibikinsel. Nicht nur die katholische Kirche in Kuba erfährt eine Stärkung ihrer Legitimation; die sozialistische Regierung selbst genießt eine gewaltige internationale Aufwertung.

Wichtig ist für Kuba nach dem Zusammenbruch der Bewegung der Blockfreien, daß die Isolation in Lateinamerika sich nach der Beendigung nahezu aller Militär- und autoritärer Regime in Lateinamerika enorm gelockert hat. Die lateinamerikanischen Staaten registrieren nach dem Ende ihrer *diez años perdidos*, des verlorenen Jahrzehnts der achtziger Jahre, die Entwicklung in Kuba sehr aufmerksam.

Seit Anfang 2000 wird auch in den USA über eine Lockerung des Embargos nachgedacht. Allerdings soll der kubanische Markt – unter dem Druck einzelner Lobbys – einseitig für US-Exporte im Agrar- und Medizinbereich geöffnet werden (natürlich gegen die außerordentlich knappen Dollars); der US-Markt bleibt kubanischen Waren und Dienstleistungen hingegen weiterhin verschlossen. Auch Kredite dürfen nach wie vor nicht von den USA nach Kuba fließen, so daß das sozialistische Land weiterhin horrenden Zinsen von 17 bis 20 Prozent am Weltkapitalmarkt bezahlen muß. Wie in den USA scheint Kuba auch in Deutschland sein Image als »Absturz kandidat« abgelegt zu haben. Nachdem die Bundesregierung das Land in die Hermes-Deckung deutscher Ausfuhren aufgenommen hat, hat der damalige Präsident des BDI *Henkel* Mitte September 2000 die deutsche Industrie vor dem Deutsch-Kubanischen-Wirtschaftsforum zu verstärkter Investitionstätigkeit aufgerufen – Kuba gehöre zu einem der aussichtsreichsten Märkte in der Karibik. *Willi Lemke*, Präsident der Kultusministerkonferenz, kündigte im Dezember 2000 ein Kulturabkommen mit Kuba an.

13 Wenn man sich nun die Frage stellt, was eigentlich der Unterschied zwischen einem Land wie beispielsweise Tunesien und Kuba, beide Länder ohne grassierende Armutsindizes, ist, so sehen wir darauf eine zentrale Antwort: Kuba und ein immer noch großer Teil seiner Bevölkerung verfolgen weiterhin ein *Projekt*. »La revolución« ist kein abgeschlossener Prozeß, sondern das Leben in Würde, die Überwindung des *período especial*, der Erhalt der sozialen Errungenschaften der Revolution, auch die Rückkehr zu relativem materiellem Reichtum wird als eine nationale, eben revolutionäre Sache angesehen. So sind die Bildungschancen (wie das Bildungsniveau!) und das Ge-

Ein Fazit

Natürlich können wir verstehen, warum die USA Kuba am liebsten von der Landkarte verschwinden lassen würden. Eine Modellwirkung Kubas¹³ könnte und würde, trotz der geschilderten neuen sozialpolitischen Probleme des Landes sowie der gravierenden Verschuldungsproblematik, einschneidende Folgen für die US-amerikanische Hegemonie in Lateinamerika insgesamt haben.

Was würde passieren, wenn die USA die geschilderten Beschränkungen gegenüber Kuba aufheben würden? Die Insel würde – nach einem vermutlich blutigen Bürgerkrieg (die Militanten unter den »Contras« und »Exilos« haben die Insel schon unter sich aufgeteilt) – gleichsam von nordamerikanischen Werten wie von US-Produkten überschwemmt werden. Das politische System des Sozialismus, die sozialen Errungenschaften Kubas, schließlich seine nationale Souveränität stünden zur Debatte.

Was könnte Kuba statt dessen tun?

Aus unserer Sicht muß die Demokratisierung, die sozialistische Demokratisierung des Landes, sowohl im Bereich der Ökonomie als auch der Politik als auch der Kultur, ernster genommen werden. Die Fehler der osteuropäischen Länder mit unbeweglichen ökonomischen Zentralstrukturen und mit der autoritären Bevormundung der Bevölkerung wären unbedingt zu vermeiden. Ferner kann es nicht allein darum gehen, quantitativ die Produktionszahlen der Jahre 1989/90 zu erreichen; die Ökonomie muß qualitativ verändert werden.¹⁴ Insbesondere für den derzeit mit großen Anstrengungen aufgebauten Tourismussektor kommt es darauf an, eigene Ressourcen in Ökonomie und Kultur stärker zu nutzen. Eine Politik des materiellen Anreizes müßte bei Betonung der Dezentralität verstärkt werden. Bei joint ventures wäre eine deutliche und offengelegte Grenzziehung gegen den Ausverkauf des Landes vonnöten. Zudem böte eine modellhafte Ökologisierung des Landes viele Chancen (durch Müllverwertung, Windkraft, Sonnenenergie, Fahrradpolitik etc.). Trotzdem bleibt der Agrarbereich ein Schlüsselsektor, der ausgebaut und modernisiert werden muß. Insgesamt muß die einheimische Produktion qualitativ besser werden. Nur dann kann irgendwann die demütigende Präsenz der US-Währung überwunden werden. All dies wird jedoch ohne Dezentralisierung und Demokratisierung kaum funktionieren.

Was kann von außen getan werden?

Anknüpfend an die beispielhafte Initiative des Trägers des Alternativen Nobelpreises, *Hermann Scheer* (MdB, SPD), zur Förderung der *Sozialenergie* sind insbesondere *Windkraftprojekte* aufgrund der naturräumlichen Ausstattung der Insel für Kuba von großer Bedeutung; die »Cuba-Si!«-Projekte zur – autarken – Rekonstruktion *Milcherzeugung* sind es ebenso. Alles, was auf der Nutzung eigener, kubanischer, Ressourcen (auch für den Tourismus) beruht (Primärenergie, Naturressourcen, Arbeitskräfte, deren überdurchschnittlich hohes Qualifikationsniveau, die gute Volksgesundheit etc.), sollte gefördert werden.¹⁵

sundheitsnetz auf dem Lande weiterhin genauso existent, auch nach den vergangenen fast zehn Jahren, wie in den großen Städten. Deshalb sind die Unterschiede zwischen Arm und Reich in Kuba weitaus weniger ausgeprägt als in Tunesien, wobei der Tourismus und die Freigabe des US-Dollar-Umlaufs in Kuba einiges in Bewegung gebracht haben. Konkret hat die Dollarzirkulation die Unterprivilegierung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler deutlich gemacht. Da diese eben keinen Zugang zu den begehrten Devisen haben, sinkt derzeit die Zahl der Erstsemester an den Universitäten Kubas deutlich. Außerdem droht weiterhin ein »brain-drain« in Kubas Wissenschaft.

14 Umfassend widmet sich dieser Frage die kubanische Zeitschrift *Bohemia* (Nr. 7/2000).

15 Unsere konkrete (Marburger) Idee ist: *Fahrräder für Kuba!* Die Fahrradpolitik Kubas ist bislang kein strategisches Politikfeld. Dabei böte das vélo eine große Chance, aus vielen Abhängigkeiten (von Öllieferanten etc.) herauszukommen, beziehungsweise diese zu vermindern. Für uns ist »Fahrradpolitik« ein Ökologieprojekt, der Einsatz angepaßter Technik und darüber hinaus eine Möglichkeit, in Marburg ohne unnötige politische Reizfaktoren auf die Lage in Kuba aufmerksam zu machen. Mehr Informationen hierzu finden sich unter <http://staff-www.uni-marburg.de/~iafa/IAFA.HTL>

DIETMAR WITTICH

Marx kam bis Quiroga



Dietmar Wittich – Jg. 1943, Dr. phil., Soziologe, Geschäftsführer der Social Data GmbH Berlin, Mitautor von »Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar«, dietz berlin 1997.
Foto: privat

Die Konferenz fand vom 8. bis 10. November 2000 in Bogota, Kolumbien, statt. In den Ankündigungen und auf der Konferenz selbst wurde die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Unterstützerin genannt, der Autor hat in ihrem Auftrag und als Referent daran teilgenommen.

Auf der offiziellen homepage des Auswärtigen Amtes erfährt man: »Vor Reisen nach Kolumbien wird gewarnt.« Neben den genannten Gründen Bürgerkrieg, Bandenwesen und kriminelle Gewalt scheint es dafür noch zwei weitere zu geben: Auf der einen Seite die kaum getarnten Drogen-Kartelle mit ihren Paramilitärs, die wohl die eigentliche Macht im Staate darstellen, und ein erstaunlich lebendiger, moderner Marxismus auf der anderen Seite.

Letzteres war der Anlaß der Reise, die vom 6. November bis zum 14. November 2000 dauerte. Man stelle sich vor, in Berlin wird eine Konferenz unter dem Motto »Marx lebt« veranstaltet, an der über drei Tage lang ständig zwischen 1000 und 1200 Menschen teilnehmen, darunter über 75 Prozent ganz junge, die dann sogar am Freitag bis zum Abend bleiben und sich sehr interessiert akademische Vorträge anhören. Das genau war es, was ich in den drei Tagen der Konferenz erlebt habe.

Veranstaltet wurde die Konferenz von der Nationaluniversität Kolumbiens in Bogota. Die konzeptionelle und organisatorische Vorbereitung und die Leitung der Konferenz lag in den Händen von Jairo Estrada, Professor am Institut für Politische Wissenschaften der Nationaluniversität und Vorsitzender der Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft in Bogota, und Jaime Caycedo, Professor am gleichen Institut und im »Nebenamt« Generalsekretär der Kommunistischen Partei Kolumbiens. Unterstützt wurden sie von einer Schar sehr engagierter junger Studentinnen und Studenten, angeführt von Astrid Canas, die nicht allein durch ihre jugendliche Frische Freude und Optimismus verbreitete. Auf den Ankündigungsplakaten wurden als Unterstützer der Veranstaltung die Stiftung für Marxistische Studien in Spanien und die Rosa-Luxemburg-Stiftung genannt. Internationale Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus Kuba, Mexiko und den USA sowie aus Frankreich, Spanien, Italien und Deutschland.

Die Struktur der Konferenz war traditionell akademisch. Sie bestand aus einem Eröffnungsplenum am ersten Tag, insgesamt sieben Symposien am zweiten Tag und einem Abschlußplenum am dritten Tag.

Das Eröffnungsplenum begann mit der Begrüßungsrede von Professor Victor Manuel Moncayo, immerhin der Rektor der Staatsuniversität dieses konservativ regierten Landes. Inhaltlich legte er seinen Schwerpunkt auf die Bedeutung marxistischer Analysen, die den Dogmatismus des Marxismus-Leninismus hinter sich gelassen haben, für Lateinamerika.

Die Referate des Eröffnungsplenums waren um zwei Generalthemen gruppiert. Für den ersten Teil lautete das Thema »Die aktuelle Phase des Kapitalismus. Transformationen und neue kapitalistische Konfigurationen«. Das Referat »Klassenentwicklung und Klassenanalyse in kapitalistischen Metropolen« wurde von mir in diesem Komplex gehalten. Der zweite Teil des Eröffnungsplenums hatte zum Thema »Macht und Herrschaft in der neuen ökonomischen, politischen und militärischen Ordnung«.

Die sieben Symposien des zweiten Tages standen unter den Themen:

Marx: Gestern und heute;

Staat, kapitalistische Akkumulation und »real existierende Demokratie«;

Politische Ökonomie der kapitalistischen Transformationen;

Klasse, Subjekt, Bewegung, Partei und Alternativen;

Kultur, Herrschaft und Subjekt im gegenwärtigen Kapitalismus;

Die Linken und die Alternativen in Lateinamerika;

Die Linken und die Alternativen in Europa. »Dritter Weg und Sozialismus«.

Alle diese Symposien waren gut besucht, sie hatten zwischen zweihundert und fünfhundert Teilnehmer. Am größten war der Andrang in der zuletzt genannten Veranstaltung, in der auch ich ein Referat halten konnte. In dem Saal mit 400 Plätzen saßen und standen mehr als 500 Personen. Es waren mehrheitlich wiederum ganz junge Leute, die sehr konzentriert zuhörten und sich auch aktiv an den Diskussionen beteiligten.

Am dritten Tag gab es das Abschlußplenum, in dem sich die Referate wiederum um zwei Themen gruppierten: »Kapitalistische Globalisierung, antineoliberaler Widerstand und Alternativen« und »Linke, Demokratie und die Entwicklung von Alternativen«.

Die Vielzahl der Referate macht es unmöglich, auf sie hier im einzelnen einzugehen. Aber Eindrücke sind mitzuteilen, daß sie – vor allem seitens der lateinamerikanischen Kolleginnen und Kollegen – von hohem theoretischen Niveau, sehr analysenreich und informativ waren. Nennen möchte ich das Referat von Beatriz Stolowicz von der Autonomen Städtischen Universität Mexiko, in dem sie eine beeindruckende Charakteristik des Zustandes der Demokratie bot, der Begriff der Regierungsdemokratie bemäntele die anhaltende Herrschaft von Oligarchien, und das Referat von Nelson Fajardo von der Kolumbianischen Universität für Pädagogik und Technologie zur Analyse der sozialen Situation in Kolumbien. Wohl auch weil sie mit dem auf dem Kontinent üblichen Temperament vorgetragen wurden, wirkten die Referate nicht trocken, wurden mit Zwischenrufen, Lachen und Beifall begleitet und kommentiert.

Das alles zeugt für mich von einem lebendigen geistigen Klima zumindest in Teilen der Linken Lateinamerikas, das für uns in Europa viel Anregendes und Lehrreiches bereit hält. Wir sollten unsererseits mehr Anstrengungen zur Zusammenarbeit unternehmen, wir können dabei gewinnen.

Einer der teilnehmenden Studenten machte mir mit Hilfe von Händen, Füßen und einem Stadtplan klar, daß er im Stadtteil Quiroga im Süden der Metropole lebt, wo die Armen wohnen. Deshalb die Überschrift »Marx kam bis Quiroga«.

Ein Gespräch mit Jaime Caycedo war politisch sehr interessant. Es verdeutlichte zum einen die komplizierten Bedingungen, unter denen die Linken in Kolumbien leben und arbeiten, aber zum anderen auch die Bemühungen um Erneuerung und die Energie, politischen Einfluß wieder zu verstärken. Die Linken haben in den letzten Jahren Tausende Mitglieder durch politische Morde verloren. Er selbst hat nur knapp ein Attentat überlebt (erzählten mir andere, sie sind durchweg sehr bescheiden). Alle wissen, daß die Täter in den Kreisen der Paramilitärs, der Armee oder der Sicherheitskräfte zu suchen wären, gefunden werden sie nie.

Kolumbien ist ein sehr reiches und ein sehr armes, vor allem ein sehr widersprüchliches Land mit anhaltender Prägung durch die Kolonialzeit. Es ist auch ein sehr gefährliches Land. Flächendeckend gibt es in Bogota und überall im Lande einen kriminellen Kleinkrieg, der seine Wurzeln in den unglaublich scharfen sozialen Gegensätzen hat. Die Besorgnisse der Gastgeber sollte man sehr ernst nehmen. Mich ließen sie außerhalb des Hotels niemals unbegleitet. Als ich einmal in der Nacht allein ins Hotel mußte, stellte mir Jaime Caycedo sein Auto mit Fahrer und zwei bodyguards zur Verfügung.

Kolumbien hat in den letzten Jahren einen Wirtschaftskrieg verloren, er fand Anfang der 90er Jahre statt und hat es in ein Musterland neoliberaler Globalisierung verwandelt.

Das Land erfreut sich der Fürsorge der USA, das wird damit begründet, daß es eine stabile Demokratie sei. Das ist reine Heuchelei. Kolumbien hat keine parlamentarische oder Parteiendemokratie, wie wir sie mit all ihren Defekten in Europa kennen. Es handelt sich um ein oligarchisches System, das in einer Arbeitsteilung zwischen Armee, Sicherheitsdienst und Paramilitärs Menschenrechte verletzt und durch Tausende Morde die oppositionellen Kräfte fast zerstört hat. Kolumbien ist für die USA von strategischem Interesse. Bei der Zange, in der der Weltpolizist USA die Karibik gepackt hält, bildet Kolumbiens Nordküste die andere Zange. Und das Land ist eine Drehscheibe im nördlichen Lateinamerika mit Küsten zu zwei Ozeanen und Grenzen mit fünf Ländern. Deshalb gibt es freigiebig Militärhilfe. Deshalb wurde der Plan Colombia in Gang gesetzt, für den 1,6 Milliarden Dollar zur Verfügung stehen. Die USA haben Kolumbien mit Militärbasen umstellt. Sie sind mit 300 Militärs im Land selbst präsent, im Süden des Landes wurde eine Luftwaffenbasis wieder belebt, 60 high-tech-Hubschrauber sind stationiert. Für den Fall »terroristischer« Aktivitäten wurde die Verstärkung des Militärkontingents der USA in Aussicht gestellt.

In den Bergen über der Stadt gibt es eine Art Falter, die ist grau und hat die Größe einer Zigarettenschachtel. Diese Falter sind wunderschön, aber in ihrer Zeichnung so gut angepaßt, daß sie auf den Steinplatten vor der Kirche von Monserrate, einem beliebten Ausflugsort, leicht übersehen und zu Hunderten von Touristen einfach tot getreten werden.

MARIO KESSLER

Theodor Bergmann 85 Jahre

Seine zahlreichen Freunde in der ganzen Welt und alle, die ihn kennen, halten es für ein Gerücht, aber es ist wahr: Theodor Bergmann wird am 7. März 85 Jahre alt. Er begeht den Tag – wie könnte es anders sein – inmitten seiner Arbeit. Theo Bergmann befindet sich, wenn diese Würdigung erscheint, als Leiter einer Studiendelegation im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung in Israel, dem ersten Land seiner Exilzeit, die die Jahre von 1933 bis 1946 umfaßt.

Damit ist angedeutet, daß sich Theo Bergmanns Lebensweg von einer mainstream biography bundesdeutscher Professoren deutlich unterscheidet. Über sein bewegtes Leben hat er kürzlich einen sehr lesenswerten Bericht vorgelegt: die »Autobiographie eines kritischen Kommunisten« (so der Untertitel) »im Jahrhundert der Katastrophen« (so der Haupttitel).¹

Theodor Bergmann, bis 1981 Professor für international vergleichende Agrarpolitik an der Universität Hohenheim, ist Autor, Herausgeber und Übersetzer von 53 Büchern zur Agrarpolitik und zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Seine Lehrbücher wurden in zahlreiche Sprachen übersetzt – manchmal war eine Übersetzung nicht notwendig, da Bergmann auch in englischer, schwedischer und französischer Sprache publiziert. Unter seinen zahlreichen Geschichtswerken sind sein Buch zur Kommunistischen Partei-Op-
position, der er in der Weimarer Republik und im Exil angehörte,² sowie die Biographien über August Thalheimer und Fritz Westmeyer hervorzuheben.³ Er war und ist Mitinitiator vieler wissenschaftlicher Konferenzen, die sich mit der Geschichte, Gegenwart und möglichen Zukunft der sozialistischen Bewegung befassen.

Theo Bergmann ist sich »Im Jahrhundert der Katastrophen« stets treu geblieben und verkörpert doch wie kaum ein anderer alle Brüche dieser Epoche. Als Sohn eines Reformrabbiners am 7. März 1916 in Berlin geboren, wurde er, gleich seinem lebenslangen Vorbild Isaac Deutscher, ein »nichtjüdischer Jude«.⁴ Bergmann wandte sich im Jugendalter von der jüdischen Religion ab und blieb doch der weltlichen jüdischen Tradition, besonders der jüdischen Ethik mit ihrem Sinn für soziale Gerechtigkeit, tief verbunden. Mit dreizehn Jahren entschied er sich für die kommunistische Idee und blieb doch in lebenslanger Opposition zum sowjetischen Regime. Als vielsprachiger Internationalist kehrte er, sobald ihm dies möglich war, 1946 aus dem Exil, das ihn über Palästina nach der Tschechoslowakei und schließlich nach Schweden geführt hatte, in das zerstörte Deutschland zurück; seine Heimat sei die deutsche Arbeiter-

Mario Kessler, Jg. 1955, Dr. phil. habil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

Wichtigste Publikationen: Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897-1933; Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz; Heroische Illusion und Stalin-Terror; Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR.

1 Theodor Bergmann: Im Jahrhundert der Katastrophen. Autobiographie eines kritischen Kommunisten, Hamburg: VSA 2000, 286 S. Die folgenden Seitenzahlen im Text beziehen sich auf dieses Buch.

2 Theodor Bergmann: »Gegen den Strom«. Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Op-
position, Hamburg 1987 (eine erweiterte Neuauflage ist in Vorbereitung).

3 Theodor Bergmann: August Thalheimer, Obersulm 1984; Theodor Bergmann, Wolfgang Haible, Galina Iwanowa: Friedrich Westmeyer. Von der Sozialdemokratie zum Spartakusbund, Hamburg 1998.

4 Isaac Deutscher: The non-Jewish Jew and other essays, London 1968, 1980 (deutsch 1977, 1988).

Biographische Angaben:

1916

7.3., geb. in Berlin.

1922-1933

Schulbesuch in Berlin:
(Jüdische) Volksschule,
MommSEN-Gymnasium
und (nach Relegation wegen
politischer Betätigung)
Köllnisches Gymnasium.

1927

Sozialistischer Schülerbund.

1929

Jugendorganisation der
KPDO.

1933-1946

Emigration nach Palästina,
in die Tschechoslowakei
und nach Schweden; Arbeit
unter anderem auf einem
Kibbutz, als Bau- und Land-
arbeiter und als Hebräisch-
lehrer.

1947

Abschluß des 1936 in der
ČSR begonnenen Studiums
der Agrarwissenschaften
in Bonn.

1948-1952

Unbezahlter Redakteur der
Zeitschrift »Arbeiterpolitik«,
daneben Arbeit in der
Metallindustrie und Land-
wirtschaft.

1955

Promotion an der Landwirt-
schaftlichen Hochschule
Hohenheim über Probleme
der schwedischen Landwirt-
schaft.

1956-1965

Arbeit in landwirtschaftlichen
Institutionen und in der
Erwachsenenbildung, vor
allem der Landwirtschafts-
kammer Hannover.

bewegung, hob er hervor (S. 251). Intellektuell seit seiner Kindheit interessiert, mußte er im Exil und noch viele Jahre danach harte körperliche Arbeit verrichten, um den Lebensunterhalt zu sichern; dabei gewann er Kontakt zu den arbeitenden Menschen der verschiedensten Klassen und Schichten, was seine Berichte zur Arbeiter- und Genossenschaftsbewegung besonders glaubwürdig macht. In seinen Schriften zeigt sich bis heute der Einfluß seiner undogmatisch-marxistischen Lehrer Arthur Rosenberg, August Thalheimer, Heinrich Brandler, Hermann Duncker und Paul Frölich. Die Autobiographie ist ein Lehrstück dafür, wie ein undogmatischer, entschiedener Linker, der von den antidemokratischen und faschistischen Rechten verfolgt, den pseudodemokratischen Spießern gemieden, den Stalinisten in Acht und Bann getan worden ist, dem Gedanken der sozialen Emanzipation in Freiheit und Selbstbestimmung ein langes Leben verbunden blieb. Über alle Mühen und Gefährdungen berichtet er in seiner Autobiographie ohne Larmoyanz oder Bitterkeit.

Dabei hing Theo Bergmanns Leben einige Male am seidenen Faden: Als Flüchtling entging der oppositionelle Jungkommunist Hitlers Häschern am 7. März 1933, seinem 17. Geburtstag, nur um Haaresbreite. Zwischen zwei Haussuchungen bestieg der frischgebackene Abiturient an diesem Tag den Zug nach Saarbrücken. Vom Saarland aus ging er nach Palästina, über dem damals wie heute der Schatten des Bürgerkrieges hing. Es zog ihn nach Europa zur antifaschistischen Arbeit zurück. Von 1936 bis 1937 studierte er Landwirtschaft, mußte seinen Lebensunterhalt keineswegs nur nebenher als Landarbeiter bestreiten. Den nazistischen Invasoren entkam er wiederum nur äußerst knapp. Er floh über Danzig nach Dänemark. Von dort sollte er – gleich einem Zellengenossen im Kopenhagener Untersuchungsgefängnis – nach Deutschland zurückgeschickt werden, was den sicheren Tod bedeutet hätte. Bergmanns Bericht über die im Münchner Abkommen Hitler preisgegebene Tschechoslowakei, die Angst und das Chaos der folgenden Monate in Prag, schließlich seine Flucht durch Europa am Vorabend des Zweiten Weltkrieges gehören zu den einprägsamsten Passagen des Buches und sind ein bewegendes Zeitzeugnis ersten Ranges. Beklemmend lesen sich die Mitteilungen über die ermordeten Verwandten, darunter des Bruders Alfred.

Immer wieder, ob im schwedischen Exil, im deutschen Nachkrieg oder im zwei Jahrzehnte langen Bemühen, wissenschaftlich Fuß zu fassen, führte Theo Bergmann einen Kampf an mehreren Fronten: Als unabhängiger Marxist wurde er von den moskautreuen Parteien, der SED und später der KPD, als Konterrevolutionär verleumdet – er wußte, warum er 1946 in den Westen, nicht in die Sowjetische Besatzungszone ging, wo seine KPDO-Genossen verfolgt und eingekerkert wurden. Die Sozialdemokraten standen einem Mann skeptisch gegenüber, der ihre Politik des Hineinwachsens in den bürgerlichen Staat unnachsichtig kritisierte. Viele – sogenannte – Bürgerliche (die keine Bürgertugenden besaßen) lehnten einen jüdischen Überlebenden des Naziterrors ab, der allein durch seine Existenz sie an ihr historisches und oft auch persönliches Versagen erinnerte: Bergmann schildert beredt, wie ihn noch die einstigen Mitläufer und Mittäter Hitlers in den sechziger Jahren von der akademischen Laufbahn

fernzuhalten gedachten. Doch 1967/68 war Bergmann auch bei den sich – oft nur kurzzeitig – radikalisierenden Studenten kaum gelitten: Er kritisierte ihren blinden Glauben an Stalin oder Mao, und er bezog, trotz aller Kritik an der israelischen Politik, entschieden Partei für das Existenzrecht des jüdischen Staates; eine Haltung, die innerhalb der Studentenbewegung mehrheitlich abgelehnt wurde. »Manche antizionistischen Äußerungen kamen dem Antisemitismus ziemlich nahe«, erinnert sich Bergmann. »Angeblich besonders radikale Linke schämten sich nicht der Nachbarschaft deutscher Faschisten, als sie sich von der PLO im Libanon militärisch ausbilden ließen.« (S. 130)

1968 setzte Theo Bergmann seine ganze Hoffnung in einen erneuerten Sozialismus, den er im »Prager Frühling« verkörpert sah. Die brutale Niederwerfung dieses vielleicht aussichtsreichsten Reformversuches innerhalb des Staatssozialismus beantwortete er mit aktivem Handeln. Er gehörte zu den Initiatoren der Solidaritätsbewegung, die den in den Westen geflüchteten Reformern publizistische und materielle Hilfe zukommen ließ. Doch kritisierte er auch die sich nach rechts abwendenden Ex-Dissidenten. In Bergmanns Buch finden sich plastische Schilderungen seiner Reisen nach Jugoslawien, in die Sowjetunion, China, Japan, Australien und in viele Länder der »Dritten Welt«, deren Probleme er in den sechziger Jahren als einer der ersten westdeutschen Sozialwissenschaftler umfassend analysierte. Überall suchte er den Kontakt mit Berufskollegen und mit Sozialisten verschiedener Richtungen, immer auch spürte er den Lebensweg seiner KPDO-Genossen nach, die der Nazismus in alle Weltteile getrieben hatte. Seine Freundschaften zu Reformsozialisten von Wolfgang Abendroth bis Eduard Goldstücker, von Tamara Deutscher bis Anna Larina nehmen einen guten Teil des Buches ein. Dennoch bleibt einschränkend anzumerken, daß die Freunde oft nur als politische Weggefährten, zu wenig in ihrer jeweils unverwechselbaren Persönlichkeit geschildert werden. Einzige Ausnahme: Theo Bergmanns Frau Gretel, die mit ihm von 1946 bis zu ihrem Tod 1994 am engsten verbunden war.

Noch immer ist Theo Bergmann Optimist – nicht zuletzt aufgrund der Hilfsbereitschaft, also Solidarität, die er in allen Gefährdungen seines Lebens erfuhr. Ist ein Scheitern der menschlichen Emanzipation, ein »Verrat« aller Revolutionen, naturgegeben? »Es muß ein anderes Ende geben«, so Bergmann. (S. 271)

»Allerdings bedarf es dazu eines Geschichtsverständnisses, das sich von dem Determinismus des monolithischen (stalinistischen) Kommunismus unterscheidet. Die Geschichte der Klassenkämpfe ist und kann nicht eine ununterbrochene Kette von Erfolgen und Siegen sein, sondern ist naturgemäß eine wechselhafte Reihe von Siegen und Niederlagen, von Erfolgen und Mißerfolgen, von Fortschritten und Niederlagen.« (Ebenda)

So schreibt, nach allen Erfahrungen seines engagierten Lebens, ein Fünfundachtzigjähriger. Die Frage ist erlaubt: Schreibt so ein alter Mensch? Sie zu stellen heißt, sie mit nein zu beantworten.

1965

Arbeit für die UNO in der Türkei; seitdem zahlreiche Forschungsaufenthalte in Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

1966

Lehrbeauftragter an der Universität Hohenheim; 1968 Habilitation.

1971-1972

Gastprofessor, University of New England, Armidale, N. S. W. (Australien).

1973-1981

Professor für international vergleichende Agrarpolitik, Universität Hohenheim.

1988

Mitinitiator der Bucharin-Konferenz in Wuppertal, seitdem maßgeblich beteiligt an internationalen Konferenzen zu Geschichte, Gegenwart und Zukunft der sozialistischen Bewegung.

1990

Eintritt in die PDS; Kandidatur für den Deutschen Bundestag (nicht gewählt); bis 1991 Landesvorsitzender der PDS Baden-Württemberg.

1996

9.3., internationales Symposium aus Anlaß des 80. Geburtstag in Berlin; Festschrift »Ausblicke auf das vergangene Jahrhundert« (VSA-Verlag Hamburg).

WOLFGANG SABATH

Die Wochen im Rückstau

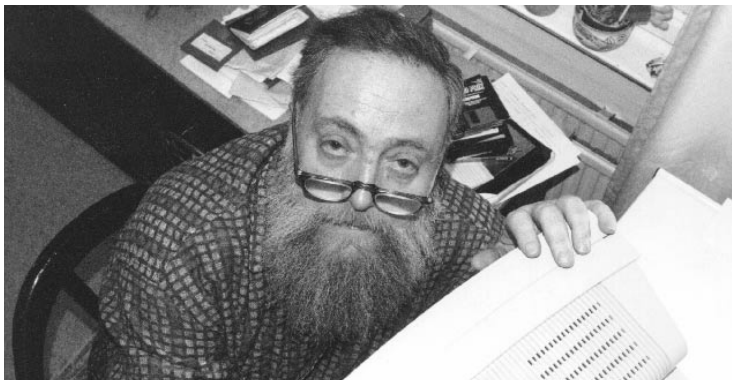


Foto: Henrik Pohl

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Auch der hinter uns liegende Berichtszeitraum unterschied sich kaum von den bisherigen: Die politische Klasse und die gute Gesellschaft – ob regierend oder in Opposition – hielt wieder ausreichend Skandale, Tratsch, Heldentaten und Peinlichkeiten bereit. Halten wir uns bei den Peinlichkeiten auf. Da gibt es solche, die augenscheinlich und also unübersehbar sind, und es gibt welche von der Art, die stoßen einem erst nach dem zweiten Blick oder dem zweiten Hinsehen auf. Ehe wir uns nun vollends in strukturellen Problemen von Peinlichkeiten verheddern, soll doch noch darauf hingewiesen sein, daß es aber merkwürdigerweise bei den offenkundigen Peinlichkeiten solche gibt, über die kaum geredet wird. Nehmen wir den CSU-Bundestagsabgeordneten Johannes Singhammer, der in der deutschen Hauptstadt Berlin den Münchner CSU-Bezirk repräsentiert. Dieser Johannes Singhammer scheint, obwohl über seine Meriten als Bundestagsabgeordneter hierorts kaum etwas bekannt ist, für Überraschungen gut zu sein. Darum wird er gelegentlich als Überraschungsgast benutzt. Darüber liest es sich dann beispielsweise (in einer älteren Pressemitteilung) so: »Mit einer der beliebtesten Veranstaltungen im vordemokratischen Raum startete die CSU Pasing ins Jahr 2000. Seit mehr als 25 Jahren in ununterbrochener Folge lädt der Ortsverband Mitglieder und Freunde zu seiner traditionellen Weinprobe ein. (...) Noch jedes Jahr war es Stadtrat Thomas Schmatz gelungen, hochkarätige Überraschungsgäste für die Weinprobe zu gewinnen. Heuer war der Bezirksvorsitzende der Münchner CSU, Johannes Singhammer, MdB, gerne dieser Einladung gefolgt.« Und er habe es sich nicht nehmen lassen, einen anschaulichen Bericht über seine Arbeit im Bundestag zu geben.

Neulich nun hatte es Johannes Singhammer geschafft, daß endlich auch einmal überregional von ihm zu lesen war. Da der Teufel in der Not auch Fliegen frißt, verfiel er auf die Idee – obwohl das Wort »Idee« in diesem Zusammenhang purer Euphemismus ist ... –, sich über jene Graffiti im Reichstag aufzupusten, die 1945 sowjetische Soldaten dort hinterlassen hatten. Ein interessanter Neben aspekt dieser Angelegenheit (mit der er in Pasing vermutlich Punkte machen wird): Es gab zwar, so ich es überblicke, nicht eine Zeitung, die nicht Singhammers Polit-Amok gemeldet hätte, aber als ausgesuchte Unverschämtheit wurde das nirgends thematisiert. Außer natürlich im »Neuen Deutschland«. Aber das war zu vermuten gewesen.

Und da wir nun schon mal beim ND sind: Nicht vermutet werden konnte, daß sich der Mecklenburg-Vorpommern-Korrespondent des Blattes eines Tages veranlaßt sehen könnte, über PDS-Mitglieder und -Funktionäre zu berichten, die in ihren Orten für den Verbleib der Bundeswehr demonstrieren. So geschehen im Kreis Uecker-Randow.

Verkehrte Welt! Ich will hier nicht jene Sorgen kleinschreiben, von denen Gewerbetreibende geplagt werden, die hauptsächlich von der Armee leben. Pervers bleibt es trotzdem. Manchmal sind es nur Nebensätze, in denen die wahren Motive von Akteuren durchschimmern. In dem Problembündel Bundeswehrstandort/PDS/Protest war es der beiläufige Satz einer PDSlerin im ND-Bericht: Wenn sich ihre Partei nicht zum Fürsprecher eines Verbleibs der Bundeswehr mache, dann laufe sie Gefahr, künftig nur noch mit drei Abgeordneten im Kreistag vertreten zu sein. – Na und? Das sähe zwar kosmetisch etwas weniger fein aus, aber ob sich dadurch für die Bewohner des Kreises Uecker-Randow faktisch etwas ändern würde, wage ich denn doch sehr zu bezweifeln.

Und da wir nun schon einmal bei unseren sozusagen Familienpeinlichkeiten sind: Margot Honecker hat Fragen beantwortet und daraus ein Buch machen lassen. Nun dürfen wir uns aussuchen, was peinlicher ist: Die Autorin, ihr hiesiger Vertrauensmann, der die deutsche Veröffentlichung betrieb, der Verlag, der das Werk edierte, oder die Leserbriefe, die dazu im »Neuen Deutschland« erschienen. Da ich mir finanziell eine Beleidigungsklage nicht leisten kann, halte ich mich diesmal mit meinem Urteil zurück, gebe aber zu bedenken, daß es kleine Verlage ökonomisch sehr schwer haben und darum eines erhofften Gewinnes wegen gelegentlich Dinge tun, die sie eigentlich nicht tun sollten. Es könnte also sein, daß uns die größere Peinlichkeit sogar noch bevorsteht: Wenn das Buch tatsächlich ein Bestseller werden sollte. Ja, ja, die PDS und ihre Mitglieder ...

**Evemarie Badstübner (Hrsg.):
Befremdlich anders:
Leben in der DDR,
Karl Dietz Verlag Berlin 2000,
703 S. (39,80 DM)**

»In den Wende-Monaten und kurz danach, im Prozeß der Vereinigung, fungierte DDR-Schule für nicht wenige, namentlich für manche Bürgerrechtler, die über spezifische Erfahrungen mit der DDR-Volksbildung verfügten, als das Böse schlechthin ... Hat sich seither das Bild gewandelt?« (G. Neuner, S. 576) Die Schule als exemplarisches Beispiel für das Scheitern der Idee vom neuen Menschen in einer neuen Gesellschaft in Theorie und Praxis? Und doch auch ganz anders erlebt, gelebt und mitgestaltet ... – Heranwachsen in einer vertrauten Gemeinschaft, mit dem Bewußtwerden eigener Persönlichkeit, keimenden Hoffnungen, ersten schmerzlichen Enttäuschungen, der Auseinandersetzung mit überkommenen und gesetzten Werten und Visionen und einer vielfach anders erlebten Wirklichkeit. Vielleicht macht dies ja den besonderen Reiz eines Klassentreffens aus – gemeinsam erinnern, wie alles begann, wie Verhaltensmuster geprägt wurden, die unser weiteres Leben bestimmten. Und so findet sich zum Wiedersehen der Musterschüler ebenso wie die Mehrzahl der weniger auffälligen Schüler, das Enfant terrible ebenso wie die in den Augen der Lehrer seinerzeit renitenten Außenseiter und Störenfriede.

Aus der Schule plaudern – zu einem Klassentreffen der besonderen Art verabredeten sich 24 Ehemalige mit DDR-Sozialisation – Kultur-, Literatur- und Erziehungswissenschaftler, Philosophen, Soziologen und Historiker. Mit ihren inhaltlich und methodisch sehr unterschiedlichen Forschungsansätzen und Sichtweisen dokumentieren sie Vielstimmigkeit und Trends ostdeutsch geprägter Auseinandersetzungen mit der DDR-Geschichte. Die vorgestellten alltagsgeschichtlichen Erkundungen leisten einen wichtigen Beitrag gegen Versuche alleiniger westdeutscher Deutungsmacht (Badstübner, S.7, 9). Die alle verbindende Frage: Welche Einsichten ergeben sich heute – mehr als zehn Jahre nach der

Wende – in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Leben in der DDR. Alltag – dafür steht die Schule, das Berufsleben, die Freizeit, und ebenso breit ist das Spektrum der behandelten Themenfelder: beginnend in den Nachkriegsmonaten *Siegfried Kuntsche: Das Bauerndorf in der Nachkriegszeit*, *Herbert Pietsch: Gefallenengedenken – in Halbe ausnahmsweise oder Günther Glaser: Niemand von uns wollte wieder eine Uniform anziehen ...* über den Aufbau einer eigenen, sich bald sozialistisch definierenden Gesellschaft *Dagmar Semmelmann: Neue Heimat StalinStadt*, *Jörg Roesler: Das Brigadetagebuch ...*, *Christel Nehring: Das Leben auf dem Lande: die Genossenschaften (LPG) oder Siegfried Prokop: Zur Entwicklung des Lebensstandards in der DDR (1958-64/65)*, den systemtypischen Konflikten zwischen alleinigem Führungs- und Interpretationsanspruch einer Parteilite und kritischer Reflexion von DDR-Wirklichkeit *Dieter Schiller: Schluß mit der Seelsorge oder: Warum Paul Wandel gehen mußte ...*, *Leonore Krenzlin: Soziale Umschulung und neuer Lebensstil. Der »Bitterfelder Weg« und ein Blick auf Brigitte Reimann oder auch Günter Wirth: Erinnerungen und Erwägungen zur CDU-Kulturpolitik und Helmut Meier: Der Kulturbund der DDR in den 70er Jahren ...* bis unmittelbar in die Wendezeit reichende wissenschaftliche Untersuchungen *Felix Mühlberg: Eingaben als Instrument informeller Konfliktbewältigung*, *Dieter Kirchhöfer: Alltägliche Lebensführungen von Kindern in der DDR – Arrangements zwischen Traditionalität und Modernisierung.*

Eingeladen zu dieser gemeinsamen Erinnerungs- und Forschungsarbeit hatte Evemarie Badstübner. Die Idee dazu wurde 1996/97 zunächst in einem kleinen Kreis von Zeithistorikern der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR geboren (Badstübner, S. 8). Es ist ein Verdienst der Herausgeberin, des Karl Dietz Verlages Berlin und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dieses Lesebuch zum DDR-Alltag im 10. Jahr nach der deutschen Vereinigung der Öffentlichkeit vorlegen zu können. Und das Ergebnis rechtfertigt die Bemühungen – ein unbedingt empfehlenswertes Lesebuch über das Alltagsleben in der DDR in sehr verschiedenen Facetten. Diese Publikation hat den Rang eines Standardwer-

kes für Soziologen, Kultur- und Zeithistoriker. Und ihr ist eine große Leserschaft nicht nur in den neuen Bundesländern zu wünschen; zumal sich der vorliegende wissenschaftlich-essayistische Sammelband über weite Strecken sehr anregend und mit viel Gewinn liest.

Auf angenehm unpräzise Art belegen die aufgenommenen Beiträge die inzwischen weitgehend anerkannte Einsicht: Es gab nicht die DDR, es gab nicht den grauen DDR-Einheitsalltag. Insofern greifen einfache Wertungen und Erklärungsmuster allemal zu kurz, unabhängig davon, ob sie auf nachträgliche Rechtfertigung oder Delegitimierung der besonderen Geschichte der Ostdeutschen zielen. Es wird ein neues Selbstbewußtsein der Auseinandersetzung spürbar: Die wissenschaftliche Argumentation und empirische Fundierung lösen sich aus dem unproduktiven Zirkel von verständnissuchender Erklärung und beschönigender Verdrängung und wenden sich ihrer eigentlichen Bestimmung zu, nämlich neue Forschungseinsichten zu gewinnen. Davon profitiert in erster Linie der Leser, erfährt er doch im Kontext eigener Erinnerung allenthalben Neues – sowohl hinsichtlich der vorgestellten empirischen Befunde als auch der Interpretationsangebote.

Beispielhaft findet sich dies u. a. im Beitrag Eingaben als Instrument informeller Konfliktbewältigung von Felix Mühlberg – übrigens einer der Jüngsten im Kreis der Autoren. »Fast jeder DDR-Haushalt hat zwischen 1949 und 1989 eine Eingabe verfaßt« (S. 233). Wo immer auch die persönlichen Anliegen kein Gehör fanden, griff der gelernte DDR-Bürger zur Zauberformel »... , dann mach ich halt 'ne Eingabe«. War es zunächst der erste Präsident des neuen Staates, Wilhelm Pieck, löste ihn später der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht in der Hitliste der Adressaten ab, bis schließlich die in den Endzeiten der DDR an Erich Honecker gerichtete Beschwerdeflut hätte deutlich machen müssen, dass sich das Volk mehr und mehr von seiner führenden Partei verabschiedet – spätestens, als Ausreiseträger zur Massenerscheinung wurden. Insofern steht die millionenfache Eingabepaxis für den sich ständig vertiefenden Widerspruch zwischen gesellschaftlichen Idealvorstellungen und der persönlich erfahrenen Wirklichkeit. In diesem Sinne sind Eingaben ein Spiegel der

Entwicklung der Bedürfnisse der Menschen in diesem Lande unter den Bedingungen permanenter Mangelwirtschaft und der Einschränkung individueller Freiheiten. Der Autor geht jedoch darüber hinaus und beschreibt – mit Blick auch auf unfreiwillige Komik – gängige Eingabepraktiken in ihrer für den einzelnen oft recht wirksamen, zugleich aber systemstabilisierenden Funktion. »Die Eingabepaxis ermöglichte es den Bürgern, mit dem Staat – von der untersten Verwaltungsinstanz bis zum Staatsrat – über individuelle und gesellschaftliche Probleme zu kommunizieren. Ihr Vorteil gegenüber der Klage bestand für den Hilfesuchenden darin, kostenfrei, ohne Formen, Fristen und Verwaltungswege einhalten zu müssen, ... Konflikte mit der Verwaltung austragen zu können. Dabei spielte sie als rechtlich verankertes Beschwerderecht – eine Innovation in der deutschen Verwaltungsgeschichte – eine wesentliche Rolle, um eine spezifische Konfliktkultur in der DDR auszubilden.« (S. 238)

Eingaben als Ventil, als Stimmungsbarometer und gelegentlich auch als politisches Korrektiv – was hält eine Gesellschaft zusammen, was macht den Alltag für den einzelnen erträglich und lebenswert? Der vorliegende Band hat vor allem dort seine Stärken, wo er neben der genauen Beschreibung von Phänomenen der Alltagskultur um die Herausarbeitung charakteristischer Merkmale in den unterschiedlichen Etappen der Entwicklung in der DDR bemüht ist. Der alltägliche Gesellschaftsvertrag zwischen Volk und Regierenden mußte immer wieder neu geschrieben werden, und hatte in jeder Phase der Entwicklung der DDR seine Besonderheiten. Bestimmte Dinge erklären sich nur aus ihrer Entstehungszeit; später wirkten sie nur noch skurril – wie beschrieben in Das Brigadebuch als Erziehungsfibel (Jörg Roesler) oder Eisenhüttenstadt, sein Störsender und die verbotenen Antennen (Günter Fromm). Andere Alltagspraktiken unterlagen einer beständigen Erneuerung. Leider bleiben die Einblicke in den Wandel des betrieblichen Alltags gerade in dieser Hinsicht punktuell und erfahren allenfalls noch im Bereich der Landwirtschaft eine Vertiefung. Indes leisten die vier Beiträge zum Freizeitleben in der DDR hier durchaus Pionierarbeit. Den Autorinnen – Gerlinde

Irmscher, Isolde Dietrich, Ute Mohrmann und Evemarie Badstübner – gelingt eine historisch genaue wie exemplarisch überzeugende Unterscheidung unterschiedlicher Etappen der Freizeitentwicklung in der DDR. Alles hat seine Zeit ... – auch die jeweilige Ausprägung der Feier- und Festkultur (Ute Mohrmann). Interessant sind die Darlegungen über das Freizeitleben in der DDR – die Einführung der 5-Tage-Woche, das Angebot der Betriebs- und FDGB-Ferienheime, die Beliebtheit von FKK und Ostseeurlaub, die Freundschaftszüge und das extrem limitierte Angebot an Auslandsreisen. Sie verdeutlichen das Wechselspiel zwischen erfolgreicher Anpassung durch Gewinn an Lebensqualität und dem Erleben systembedingter Grenzen. Gerlinde Irmscher zeigt, daß »das Regime das Prinzip des Konsums im Allgemeinen und des Tourismus im Besonderen nicht verstanden« hatte. Selbst in den sozialistischen Bruderländern war man nur Deutscher zweiter Klasse (S. 369f). Bestimmten Grundmustern – etwa der für die DDR typischen engen Vermengung von Arbeit und Leben, dem weitgehenden Fehlen eines Marktes für Freizeitgüter und -dienstleistungen wie auch den Einflüssen und Impulsen westlicher Kultur und Freizeitlebens – wird entfernt von Pauschalisierungen in ihren jeweiligen historisch-konkreten Ausformungen nachgegangen.

Die Herausgeberin Evemarie Badstübner zum Beispiel behandelt in ihrem Beitrag die Karriere der beliebtesten Unterhaltungszeitung der DDR – Das Magazin – und kommt zum Ergebnis, »daß ein Blick in das Magazin für das Verständnis des Lebens in der DDR in all seinen sozialen Verästelungen und stadialen Erscheinungsbildern vor allem insofern von Nutzen sein kann, als darin Alltagsdenken und -handeln, Alltagsroutinen, Alltagspraktiken und Kulturverhaltensformen in ihren je zeitgenössischen Nuancen und Ungleichzeitigkeiten, Widersprüchen und Brüchen aufscheinen.«

Forschungsmethodisch spricht für einen solchen Sammelband auch das Nebeneinander und die Komplementarität unterschiedlicher empirischer Zugänge, wobei Oral history und narrative Rekonstruktion von Wirklichkeit einen unverzichtbaren Stellenwert haben. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf die Beiträge von Dagmar Semmelmann: Neue

Heimat Stalinstadt. Eine Collage aus Interviews und Dietrich Kirchhöfer Alltägliche Lebensführungen von Kindern in der DDR – Arrangements zwischen Traditionalität und Modernisierung. Zu Recht kritisiert Kirchhöfer die in der heutigen Mainstream-Literatur anzutreffende Einfalt wissenschaftlicher Zeugnisse und das Ausblenden lebensgeschichtlicher Reflexionen im Umgang mit DDR-Geschichte und kindlichem Alltag. Verantwortlich dafür auch das denunziatorische Anliegen, den »Alltag der Kinder in der DDR ... als Leidensgeschichte einer deformierten Erwachsenengesellschaft« zu interpretieren (S. 271).

Der Versuch, dem interdisziplinären Unternehmen zum Alltagsleben in der DDR einen Rahmen zu geben, dokumentiert sich auch in der exponierten Stellung zweier Beiträge. Eröffnet Siegfried Grundmann die Darstellung mit einem faktenreichen Abriss Zur Sozialstruktur der DDR als »Gesellschaft kleiner Leute«, macht Dietrich Mühlberg in »Leben in der DDR« – warum untersuchen und wie darstellen? auf die mögliche erkenntnistheoretische Dimension für das Verständnis der Gegenwart aufmerksam – »über den erfahrungsgeschichtlichen Zugang auch die Strukturen sichtbar zu machen, die die früheren und heutigen Lebensbedingungen der Ostdeutschen prägten« (686).

KLAUS MEIER

Noam Chomsky:
Profit Over People. Neoliberalismus
und globale Weltordnung,
Europa Verlag Hamburg – Wien
2000, 158 S. (24,50 DM)

»Profit over people« unter diesem absichtsvoll mehrdeutigen und trotzdem eindeutig programmatischen Titel – der sowohl »Profit geht vor Menschen(leben)« als auch »Profit auf dem Rücken der Menschen«, aber unzweifelhaft »Hauptsache Profit!« meint – hat der international bekannte Sprachwissenschaftler und US-Regimekritiker Noam Chomsky 1999 vier Essays vorgelegt, die nunmehr auf deutsch erschienen sind.

In kraftvoller und polemischer Sprache bezieht Chomsky gegen verlogene neoliberale Marktgläubigkeit, Globalisierungswahn und Demokratieinszenierungen auf der Seite der verarmten, entrechteten und oft noch verhöhten Marginalisierten und Gloablisierungsverlierer Stellung. Daß dies im Schwung der geschliffenen Rhetorik nicht ganz ohne Widersprüche in der Argumentation und Irrtümer im Detail abgeht – manche hat der aufmerksame Übersetzer Michael Haupt dankenswerterweise beiläufig angemerkt –, mag für US-amerikanische Verhältnisse als durchaus normal gelten. Egal, ob Adam Smith bereits ein Neoliberaler war, oder ob erst mit dem Erscheinen der »Principles of political economy« von David Ricardo (1817) die neoliberale ›Wende‹ einsetzte (vgl. S. 75), oder ob von britischen Regierungsvertretern vor 200 Jahren in Indien bereits das erste neoliberale »Großexperiment« (vgl. S. 31) durchgeführt wurde – diese und andere zweifelhaften Annahmen treten hinter den hehren Zweck der Erörterung zurück. Denn immerhin geht es um nichts geringeres als um die Weltmacht Nummer eins selbst; will heißen: »Wenn wir die gegenwärtige und zukünftige Welt verstehen wollen, sind die Vereinigten Staaten sicher das wichtigste Untersuchungsobjekt« (S. 58) – ›... und basta!‹ würde ein hierzulande recht bekannter Niedersachse hinzufügen.

So aufgeladen mit einer gehörigen Portion argumentativer Begeisterung präsentiert Chomsky zunächst seine Sicht auf »Neoliberalismus und globale Weltordnung«, setzt sich sodann mit den keineswegs nur US-typischen Deformationen bürgerlicher Demokratie und der alltäglichen Manipulation des öffentlichen Bewußtseins auseinander, bevor er sich dem Mythos vom freien Welthandel und schließlich der Kluft zwischen Ideologie und Wirklichkeit am Beispiel von »Marktdemokratie und neoliberaler Ordnung« zuwendet. Von den in Anschlag gebrachten Argumenten ist indessen keines wirklich neu. Nur daß sie mit neuem Material untermauert, klar ausgesprochen und auf den Punkt gebracht werden, das macht den besonderen Charme des Buches aus. Und derartiges erscheint auch dringend nötig, denn schließlich – so vermutet Chomsky – haben »bei uns Betrug und Heuchelei ganz neue Ausmaße angenommen ...« (S. 84).

Mit anderen Worten: Diese Essaysammlung offenbart zwar kaum Überraschendes, sie eignet sich aber hervorragend für alle, die an einem leicht verständlichen, mitunter ironisch-amüsanten Blick hinter den glänzenden Schein offiziöser Meinungsmache auf die eher erschreckend triste Wirklichkeit des ›real existierenden‹ Kapitalismus ihr ganz spezielles Vergnügen haben. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß sich die geeigneten Leserinnen und Leser durch die verwirrende Verwendung der Abkürzung WHO (im Text durchgängig für ›Welthandelsorganisation‹ – vgl. aber Glossar S. 152f.: ›WTO‹) nicht aus dem Konzept bringen lassen.

ARNDT HOPFMANN

Christoph Butterwegge,
Georg Lohmann (Hrsg.):
Jugend, Rechtsextremismus und
Gewalt. Analysen und Argumente,
Leske + Budrich Opladen 2000,
304 S. (29,80 DM)

Gemessen am Anspruch der Herausgeber, daß »das vorliegende Buch ... nicht nur (den Lehrer/innen und politischen Weiterbildner/innen) Erkenntnisse über gesellschaftliche Wurzeln, Erscheinungsformen und Agitationsmethoden des Rechtsextremismus vermitteln, sondern auch Antworten auf Fragen geben (will), die im Unterricht behandelt werden (sollten)« (S. 10), muß leider festgestellt werden, daß dies nur für einige Beiträge zutrifft.

Zu den positiven Ausnahmen zählt der Aufsatz »Rechtsextremismus im Internet als politisches und pädagogisches Problem« von Burkhard Schröder (S. 149ff.), in dem er darauf hinweist, daß Zensur im Internet technisch nicht machbar ist und von daher auch gar nicht erst versucht werden sollte, diese zu üben; daß es vielmehr Sinn des Unterrichts sein müßte, den Schülerinnen und Schülern Wissen über Sicherheit im Internet zu vermitteln.

Außerordentlich interessant ist ebenfalls der Aufsatz »›Ausländer und Asylmissbrauch‹ als Medienthema: Verantwortung und Versagen von Journalist(inn)en« von Christoph Butterwegge und Gudrun Hentges (S. 83ff.), in dem

die Autoren die Medienhetze gegen Asylbewerber am Beispiel des sogenannten Bremer Kurdenskandals aufzeigen.

Im Abschnitt »Gesellschaftliche Hintergründe und sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze« (S. 13-80) schreibt zum Beispiel Christoph Butterwege zum Thema »Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt? Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsursachen eines unbegriffenen Problems« (S. 13ff.), daß es »schon nach kurzer Beschäftigung mit den Theorien über Rechtsextremismus, Rassismus und (Jugend)Gewalt (auffällt), dass es eine Vielzahl von Deutungsmustern gibt, die sich zum Teil widersprechen und wechselseitig ausschließen« (S. 13). Dies trifft vollkommen zu, ist für den Autor aber leider nicht der Einstieg in einen Meinungsstreit über die verschiedenen und sich zum Teil ausschließenden Theorien. Er kritisiert zwar die gängigen Theorien wie »Desintegration« der Jugendlichen (vgl. S. 24-28), »relative Deprivation« (vgl. S. 28-33) und »linke Lehrer«, die durch »fehlende oder falsche Erziehung« »rechte Schüler« produzieren (vgl. S. 33-36), diesem folgt aber ein Text von K. Peter Fritzsche über »Gewalt zwischen Frust und Lust. Erklärungsansätze der Sozialwissenschaftlichen und Chancen für die politische Bildung« (S. 37ff.), in dem einfach verschiedene psychologische Theorien aneinandergereiht werden, ohne daß diese kritisiert werden. Vielmehr werden sie als jeweilige Ergänzung der vorhergehenden Theorie interpretiert.

Unter der Rubrik »Rechtsextremismus als Herausforderung für Staat und Gesellschaft« (S. 83ff.) entwickelt Oberstaatsanwalt Klaus Breymann Überlegungen zur »Wertordnung des Grundgesetzes und der strafrechtliche Umgang mit jungen rechten Gewalttätern« (S. 117ff.) Hier wird das Problem berührt, daß (Staats)Gewalt an sich noch nie ein Argument war. Es kann also durchaus sein, daß rechte Gewalttäter nach einer Verurteilung von weiteren Gewalttaten ablassen, aber nur, weil ihnen eine Kalkulation aufgenötigt wurde, sich zwischen der Praktizierung ihrer politischen Überzeugung – die es aus der Welt zu schaffen gälte – einerseits und andererseits der Strafe, die sie hierfür unter Umständen bekommen können, zu entscheiden.

Ein weiterer Aufsatz mit dem Titel »Falsche Freunde schon mit 13 ... oder: Wie rechtsextreme Organisationen Jugendliche rekrutieren« (S. 101ff.) wurde vom »Aussteiger« Jörg Fischer verfaßt. Er versucht darzulegen, daß er für seine damalige politische Überzeugung eigentlich gar nicht wirklich verantwortlich ist. Er wurde auf der Behörde bei der Beantragung seines Schwerbehindertenausweises von einem NPD-Kader angesprochen, bekam Flugblätter und wurde kurze Zeit später von diesem zu einem Jung-Nationalen-Stammtisch eingeladen. Mit diesem Abend hatte Jörg Fischer seinen ersten Kontakt zu den Jungen Nationalen und er ist eben dabei geblieben. Dafür gebe es »mehrere Gründe, die zunächst nichts oder nur wenig mit den politischen Vorstellungen der NPD zu tun hatten« (S. 103). Nun kann es zwar sein, daß zunächst wirklich nicht im direkten Sinne über Politik gesprochen wurde, daß sich aber die Ansichten nicht im Verhalten ausgedrückt haben sollten, ist doch sehr unwahrscheinlich, wird in solchen Kreisen auf Kameradschaft doch viel Wert gelegt. Zumindest eine Ahnung über den politischen Inhalt wird er wohl gehabt haben ... Diese Vermutung bestärkt Fischer auch noch wenn er schreibt: »Aufgrund der schnellen Integration beginnt die Identifizierung mit der Gruppe, zumal man sich ja in erster Linie nicht als Individuum, sondern als Teil des völkischen Kollektivs sieht« (S. 103). Ja, wenn man sowieso schon rechte Gedanken hat, wird man sich in der Tat leicht mit Rechten identifizieren.

Im Abschnitt »Aufgaben der Schule: Modelle – Methoden – Medien« (S. 132ff.) wird versucht, anhand von Beispielen Anregungen zu geben und auf Probleme hinzuweisen, die es im Unterricht geben kann, wenn das Thema Rechtsextremismus behandelt wird oder aber wenn rechte Schülerinnen und Schüler in der Schule auftreten. Leider dürften diese Vorschläge und Beispiele (abgesehen von jenen, die der bereits erwähnte Burkhard Schröder macht) in der Praxis – auch wenn einige der Autoren durchaus aus selbiger kommen – nicht das gewünschte Ergebnis zeitigen. Statt »Rechtsextremismus an Schulen: Was tun? – Anregungen und Argumente für Lehrer/innen« (S. 131ff.) hätte zum Beispiel Sylke Kirschnick ihre Arbeit auch »Rechtsextremismus ist

verboten!« nennen können und sich damit alle weiteren Ausführungen erspart. So vertritt sie zum Beispiel die Meinung: »Wenn daher Schüler/innen den historischen Tatbestand des Holocaust leugnen oder gar begrüßen, erfüllen sie einen Straftatbestand nach § 130 StGB, worauf Lehrer/innen sie hinweisen sollten« (S. 141). Sie ist sich offensichtlich nicht bewußt, daß viele Jugendliche sehr wohl wissen, daß das Zeigen von Hakenkreuzen und ähnliches verboten ist. Sie machen es aber trotzdem. Auch gegen die politischen Positionen der Rechtsradikalen bewirkt der Verweis auf ein Verbot nichts, da er nicht auf die Inhalte dieser Positionen zielt und sich mit ihnen nicht auseinandersetzt – die Rechten würden dies vermutlich eher als einen Beweis dafür nehmen, wie »undeutsch« die deutsche Justiz sei, so daß das gewünschte Ergebnis durch die Art der Argumente konterkariert werden würde.

Der Moralphilosoph Georg Lohmann argumentiert in seinem Aufsatz »Rechtsextremismus und Menschenrechte. Exemplarische Argumentationen gegen Rechts« (S. 173ff.) ähnlich. Zwar weiß er, daß gegen rechte Überzeugungen »nur die Möglichkeit der argumentativen Auseinandersetzung« (S. 173) hilft, dieser Einsicht wird er aber im folgenden nicht gerecht, da er die Menschenrechte – die »in ihrem moralischen Gehalt universell begründbar« (S. 174) seien – als Ausgangspunkt nimmt und dann bei den Rechtsextremisten nur noch Abweichungen feststellt. Dies stimmt zwar, ist den Rechten aber bewußt, so daß dieser Konter schließlich recht matt ausfällt.

Im Abschnitt »Jugendarbeit und Weiterbildung: Maßnahmen der Prävention/Intervention« (S. 217ff.) gibt es leider nur einen Aufsatz, der für Menschen, die in der außerschulischen Jugendbildung arbeiten, Anregungen und Argumente gibt. Armin Pfahl-Traughber widerlegt in seinem Beitrag »Revisionistische Behauptungen und historische Wahrheit. Zur Widerlegung rechtsextremistischer Geschichtlegenden« (S. 241ff.) viele Geschichtsfälschungen. Allerdings ist fraglich, inwieweit das die Rechten tatsächlich anfigt. Gehen sie ja gerade davon aus, daß die deutsche Geschichtsschreibung systematisch gefälscht wird und sie die Fackel der Aufklärung hoch zu halten gezwungen sind.

Peter Krahelecs Text »Zivilcourage als »ansteckende Gesundheit«. Bausteine für eine eingreifende pädagogische Praxis« (S.225ff.), in dem er beschreibt, wie wichtig Zivilcourage sei – allerdings ohne über den kategorischen Imperativ als Begründung hinauszukommen –, gehört sicher nicht zu den Arbeiten, die handlungsleitend werden sollten. Ist doch Courage nur das französische Wort für Mut, welches durch »zivil« näher bestimmt ist. Ein Zivilist ist die Abweichung vom Uniformierten, dessen gemeinsame Qualität mit diesem darin besteht, Staatsbürger zu sein. Zivilcourage ist also die Aufforderung, sich als Staatsbürger die Zwecke des eigenen Staates zu eigen zu machen – und das meinen auch militante Ausländerhasser zu tun.

ALJOSCHA JEGODTKA

**Günter Pollach,
Jörg Wischermann, Bodo Zeuner:
Ein nachhaltig anderes Parteiensystem. Profile und Beziehungen von Parteien in ostdeutschen Kommunen. Ergebnisse einer Befragung von Kommunalpolitikern, Leske + Budrich Opladen 2000, 340 S. (68,00 DM)**

Dieses Buch ist vor allem für Politikerinnen und Politiker von großem Interesse, weil es tiefe Einblicke in die Verfaßtheit und die Beziehungen der Parteien (CDU, PDS, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen) in den ostdeutschen Kommunen gewährt. In vier Kapiteln handeln die Verfasser diese Problematik ab: Im ersten Kapitel werden die konzeptionellen Ansätze und das methodische Herangehen erläutert. Das zweite Kapitel widmet sich den »Parteiporäts« auf kommunaler Ebene in Ostdeutschland. Im folgenden Kapitel werden die Parteibeziehungen erörtert. Und im vierten Kapitel geht es schließlich um die spezifische Ausprägung des ostdeutschen Parteiensystems.

Das vorliegende Buch ist das Ergebnis des Forschungsprojekts »Parteien auf der kommunalen Ebene in Ostdeutschland«. Es basiert auf einer schriftlichen Befragung von Frak-

tionsvorsitzenden beziehungsweise -sprechern in kommunalen Vertretungen aller fünf neuen Bundesländer, die im Sommer 1997 realisiert wurde, und auf einer ergänzenden qualitativen Befragung Ende des Jahres 1997.

Bezüglich der Analyse der PDS, die hier besonders interessiert, schreiben die Autoren, daß diese Partei eine normale Partei des kommunalen Alltags geworden sei, deren Existenz im ostdeutschen Parteiensystem zumindest mittelfristig gesichert wäre. Die PDS verkörpere in den ostdeutschen Kommunen die »linkeste, am meisten libertäre Kraft, die zugleich materialistische und postmaterialistische Grundorientierungen aufweist« (S.102).

Die Autoren schätzen die PDS differenziert ein und überwinden damit oftmals in der Literatur anzutreffende einseitige Betrachtungen. Diese Partei habe hinsichtlich ihrer sozialen und Wählerverankerung, ihrer Interessenvertretung und Repräsentanz von politischen und Wertorientierungen relevanter Teile der ostdeutschen Bevölkerung bereits wesentliche Züge einer ostdeutschen Volkspartei angenommen. Sie sei eine starke Regionalpartei »mit einem inzwischen deutlich umrissenen sozialen und weniger klar umrissenen alternativ-sozialistischen Profil, die einen gesamtdeutschen Anspruch als längerfristige Existenzfrage erkennt, gegenwärtig aber (noch) nicht in der Lage ist, ihn einzulösen« (S.103). Die PDS sei eine »relativ stabile Milieupartei (Verankerung unter marginalisierten Schichten, Teilen von Angestellten und Teilen der Intelligenz, unteren Schichten mit starker ›Ostidentität‹ usw.). Sie verkörpert, bündelt und artikuliert am ausgeprägtesten vorhandene Entfremdungsgefühle, Ohnmachts- und Ungerechtigkeitsgefühle unter der ostdeutschen Bevölkerung im größeren Deutschland.« Die PDS sei auch eine Protest- und Interessenpartei, die aber nicht nur Protest der Marginalisierten zum Ausdruck bringe, sondern auch »jener ostdeutschen Bevölkerungsteile, die dem sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gefüge der Alt-Bundesrepublik generell skeptisch gegenüberstehen« (S. 103).

Nicht überraschend ist das Ergebnis der Analyse, daß sie am weitesten von westdeutschen Eliten entfernt sei. Es habe auf kommunaler Ebene keine Durchmischung gegeben. Kommunale Eliten der PDS kämen auch nicht

aus kirchlichen Kreisen. Aus der DDR-Opposition hervorgegangene Eliten blieben die extreme Ausnahme. Die PDS sei die einzige ostdeutsche Partei, deren Stamm von Schlüsselpersonen sich überwiegend und direkt aus dem politischen Aktivpotential des DDR-Systems herleite.

Ein Abschnitt des Buches widmet sich dem Verhalten anderer Parteien gegenüber der PDS. In der zweiten Wahlperiode, so schätzen die Autoren ein, finden sich bei Bündnisgrünen und SPD nur noch Minderheiten für eine strikte Ausschließung der PDS aus der politischen Verantwortung und aus der Zusammenarbeit (vgl. S. 233). Sie sind für eine Einbeziehung der PDS, wenn auch in unterschiedlicher Reichweite. Zum anderen werde deutlich, daß ein Verwerfen des Ausschlußprinzips nicht gleichzusetzen sei mit der Überwindung jeglicher Abgrenzung und mit genereller Akzeptanz der PDS. »Die PDS wird also selbst von denen, die mit dem Ausschlussprinzip gebrochen haben, zwar überwiegend als kooperationsfähig, überwiegend aber noch nicht als koalitionsfähig betrachtet« (S. 233). Kooperationsbereitschaft beschränke sich noch in hohem Maße auf »weiche« Indikatoren wie informelle bis formelle Abstimmungen unterschiedlichster Reichweite, wobei aber in den »gemeinsam handelnden Mehrheiten« auch Übergänge zu »harten« Indikatoren für Akzeptanz unübersehbar seien. An der generellen Aufrechterhaltung eines Ausschluß- und Ausgrenzungsprinzips halte mehrheitlich auch in den ostdeutschen Kommunen nur die CDU fest, selbst wenn bei ihr unter dem Druck kommunaler Realitäten sich ebenfalls ein Trend zur Aufweichung dieser Haltung zeige. Obwohl seit der Befragung 1997 einige Jahre vergangen sind, haben diese Einschätzungen auch heute noch weitgehend Bestand.

Die Autoren arbeiten dankenswerterweise auch spezifische Wertorientierungen in ostdeutschen Kommunen heraus. Sie sehen hier eine Besonderheit in einer Präferenz für staatliche Zuständigkeit bei der Herstellung von sozialer Sicherheit und Gleichheit. Auch hier gebe es eine vergleichsweise hohe Zustimmung zur Vorstellung von der grundlegend »guten Idee« des Sozialismus.

Um autoritäre Orientierungen herum, aber auch bei links eingestellten und libertär den-

kenden und handelnden politischen Akteuren sei eine hohe Wertschätzung für den »Erhalt von Ruhe und Ordnung« festzustellen. Nach Auffassung der Autoren handele es sich hier um ein Einstellungssyndrom, bei dem sich eine Positionierung »rechts« und »rechtsliberal« mit einer gehörigen Portion Deutschnationalismus und Ausländerfeindlichkeit verbinde. Aber auch die parteipolitische Linke sei gegen Fremdenfeindlichkeit keineswegs immun.

Im Zentrum der Konfliktlinie »Ost-West« stünden auf seiten der Ostdeutschen konkrete Erfahrungen mit zwei höchst unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Aus diesen Erfahrungen speisten sich Vorstellungen von und Forderungen nach sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit, einer staatlichen Daseinsfürsorge und die Bewertung des Sozialismus als einer im Grunde guten Idee. Verbunden werde mit solchen Vorstellungen und Forderungen im allgemeinen der Wunsch nach »Ruhe und Ordnung« und nach Rückversicherung vor allzu raschem und unkalkulierbarem gesellschaftlichen Wandel (vgl. S.259).

Ferner wird die Auffassung bekräftigt, daß der Wertewandel im Osten (noch) nicht eingesetzt habe und damit auch nicht der Konflikt von »postmaterialistischen« und »libertären« Orientierungen mit »materialistischen« und »autoritären« Vorstellungen. Deshalb könne man statt von einer »stillen Revolution« (bei den Wertorientierungen) eher von einem »lautstarken Zusammenstoß der Kulturen« sprechen, »also von einer auch parteipolitisch vermittelten Auseinandersetzung zwischen dem ostdeutschen »Bewusstsein eigener Prägung« und einem westdeutschen (Mehrheits-) Bewußtsein, daß ungleich stärker durchdrungen ist von »libertären« und »postmaterialistischen« Werten« (S. 261).

Beim Thema Parteipolitisierung in ostdeutschen Kommunen kommen die Autoren zu folgenden Ergebnissen: In Ostdeutschland sei in der 2. Kommunalen Wahlperiode die Parteipolitisierung vorangeschritten. Als Indizien für diese Entwicklung nennen sie: die Erhöhung des Gewichts der mit Parteien verbundenen Wahlbeamten und der Mehrheitsfraktionen in der kommunalen Entscheidungsfindung, die Dominanz von Parteien beziehungsweise Parteibindungen in kreisfreien Städten und auf

der Kreisebene, eine zumindest restriktive Legitimierung des Wirkens von Parteien in Kommunen sowie die wachsende Beeinflussung des Abstimmungsverhaltens in den Räten durch Parteiinteressen.

Als Resümee ihrer Analyse gehen die Autoren davon aus, daß die »konsensdemokratische Orientierung bis in die Eliten der Parteien hinein besonders stark verankert« sei. Diese »Eigenheit« hoher Konsensorientierung habe hier nur zum Teil mit der Verteidigung traditioneller Selbstverwaltungsideologie (partei- und politikfrei, Sachentscheidungen) und schon gar nichts mit der Verteidigung des Einflusses und von Pfründen traditioneller kommunaler Honoratioren zu tun, wie sie hinlänglich aus der Geschichte der Bundesrepublik bekannt ist. Dazu sei in Ostdeutschland die kommunale Selbstverwaltung nicht lange und nicht tief genug verankert. Aus den Untersuchungen lasse sich hingegen ableiten, daß die Grundorientierungen sowohl mit anhaltenden, breitenwirksamen DDR- und Sozialismusprägungen als auch mit besonderen Erfahrungen im Prozeß der Einheit und im Erleben der bundesdeutschen Gesellschaft zu tun hätten.

Wenn diese Grundtendenz stimme, so die Verfasser, sei nicht damit zu rechnen, daß eine von spezifischen Parteiinteressen diktierte Konkurrenz- und Konfliktorientierung nach westdeutschem Vorbild auf absehbare Zeit in den ostdeutschen Kommunen dominierend werde (vgl. S. 288). Deshalb könnten sie nicht in den Chor derer einstimmen, die die »Persistenz ostdeutscher konsensdemokratischer Handlungsmuster mit den damit verbundenen Gemeinwohlorientierungen einfach als rückwärtsgewandt, rückständig und unmodern abtun« (S. 291).

Abschließend wird dann die These aufgestellt, daß das deutlich andere ostdeutsche Parteiensystem nicht nur konsolidiert sei, sondern voraussichtlich auch nachhaltig anders sei. Es verfüge sehr weitgehend über die Kapazität, seine eigenen Ressourcen zu reproduzieren und damit auch seine von westdeutschen Vorbildern abweichenden Merkmale, Mechanismen und Dynamiken mittelfristig, das heißt für einen Zeitraum von mindestens zwei Wahlperioden, auf Dauer zu stellen (vgl. S.293). Diese These wird unter anderem dadurch gestützt, daß sie alle mit dem Phänomen

der PDS zu tun haben. Diese Partei könne durch einen Zugewinn im Westen deren weitere Ausgrenzung im Osten erschweren, was dort wiederum ein höheres Maß an Machtbeteiligung der PDS auf kommunaler und Landesebene samt einer Stabilisierung ihres »Volkspartei«-Status, einschließlich der Chancen, ihre Klientel zu bedienen, zur Folge haben könnte. Gleichlaufend wäre denkbar, daß die SPD in die Rolle einer nach beiden Seiten offenen Scharnierpartei der Mitte hineinwachse. Die Ost-SPD wäre in Gefahr, an Profil zu verlieren und ideologisch zerrissen zu werden und dann bei Wahlkämpfen, in denen den Antipoden CDU und PDS eine überzeugende Polarisierung gelinge, schlecht abzuschneiden (vgl. S. 300).

Pollach, Wischermann und Zeuner verorten ihre Thesen und Untersuchungsergebnisse in die vorhandene wissenschaftliche Literatur in übersichtlicher Weise. Dadurch hat der Leser und die Leserin die Möglichkeit, die Positionen der Verfasser zu anderen Sichtweisen in Beziehung zu setzen. Im Anhang werden die Fragebögen abgedruckt. Auch das ist für den soziologisch interessierten Leser beziehungsweise die soziologisch interessierte Leserin von großem Interesse.

HORST DIETZEL

Julian Bartosz, Hannes Hofbauer:
Schlesien. Europäisches Kernland
im Schatten von Wien,
Berlin und Warschau,
 Promedia Verlag Wien 2000,
 207 S. (34 DM)

Grenzen sind nicht ewig, sie waren in der Geschichte immer im Fluß. Und Gnade Gott dem Land (und seinen Bewohnern), das Handelsrouten querten, das im Grenzbereich anderer Staaten und Völker sich befand, dessen wechselvolle Herrschaften und eben die günstige Verkehrs- und gar Rohstofflage eigene Blüte begünstigte und zugleich fremde Begehrlichkeiten weckte. Vor allem, was macht man mit einem solchen Land, dessen Grenzen nach dem letzten der großen Kriege wieder einmal neu gezogen wurden? Bleiben sie unveränderlich als Zeichen für Schuld und Sühne, für

Macht und Niederlage? Neue Begehrlichkeit und Kämpfe scheinen wieder vorgezeichnet zu sein, wenn es nicht gelingt, diesen vermeintlich ewigen Kreislauf zu durchbrechen.

Das ginge wohl nur in einer höheren Idee, in neuen Organisationsformen nationalen, gesellschaftlichen Zusammenlebens. Der Realsozialismus erwies sich dafür als nur bedingt tauglich: Nur solange, wie das Leid der äußeren Feindschaft wirkte und die wirtschaftliche Entwicklung zum Wohle der Bürger weiterging. Obwohl die beste aller denkbaren Gesellschaften errichtet werden sollte, verjagten die neuen Polen nicht nur die alten Ausbeuter und Faschisten, sondern auch die deutsche Zivilbevölkerung. Die Kollektivschuld-These wurde praktiziert. Gerechte Sühne für die faschistischen Untaten an den Polen, gerechte Aufrechnung für die im Osten von der Sowjetunion wiedergewonnenen Gebiete?

Aber selbst die privilegierten neuen Arbeiter und Bergleute in den neuen polnischen Westgebieten fanden sich ohne Chancen für eine demokratische Teilhabe an ihrer eigenen Gesellschaft. Sie waren nicht wie ihre Kollegen an der Ostseeküste Aktivisten der *Solidarność*, aber sie wurden trotz aller Bevorzugungen doch munter.

1981 mußten sie folgerichtig einen Blutzoll für das Aufbegehren gegen die Allmacht der Partei und ihren Bruch mit der einst selbst geachteten sozialistischen Idee in der »Wujek«-Grube zahlen. Das Kapitel Realsozialismus ist in Osteuropa 1989/90 abgeschlossen, Schlesien/Śląsk hat es unter dem Strich keine Zukunft gebracht.

Bleibt die europäische Idee, die aber auch wieder nicht nach Demokratie in Gesellschaft und Wirtschaft fragt. Noch richten sich viele Hoffnungen auf die EU-Osterweiterung: Wohlstand und Investitionen. Möglich, daß nur neue Landnahmen mit harter DM, nicht mehr mit Schwert und Panzer folgen werden, auf jeden Fall wieder günstige Bedingungen für Wanderarbeiter.

Schlesien/Śląsk ist das in einem nachdenklich stimmenden Buch beschriebene Kernland im historischen Streit zwischen den polnischen Dynastien, Habsburg und Hohenzollern, das nun als Glied Polens mit einer wiedererfundene nationalen deutschen Minderheit Teil eines neuen Europa werden könnte.

Heute umfaßt das historische Schlesien die polnischen Wojewodschaften Wrocław, Opole und Katowice. Das polnisch-österreichische Autorenpaar Bartosz und Hofbauer, die die Kriegs- und die Nachkriegsgeneration verkörpern, nähern sich ihrem Thema mit einer erfreulich nüchternen Distanz. Sie dürfte ihnen allerdings weder bei Vertriebenenfunktionären und Ostlandreitern noch bei polnischen Nationalisten viele Freunde einbringen. Sachlich setzen sie sich mit den wirtschaftlichen, machtpolitischen, teilweise auch alltagsgeschichtlichen Zusammenhängen in 1000 Jahren Geschichte und Gegenwart dieses Landes am Oder-Oberlauf auseinander. Herausgekommen ist eine journalistisch geschriebene Arbeit mit historischer Fundierung. Slawisches Siedlungsgebiet, germanisch-deutsche Kolonialisierung, Region der religiösen Toleranz und der erbitterten Kämpfe im Dreißigjährigen Krieg, schließlich das Ende der Habsburger Herrschaft in den Schlesischen Kriegen und im Siebenjährigen Krieg Friedrichs II., schließlich die preußisch-deutschen Zeiten mit Bismarcks Kulturkampf, den Schlesischen Aufständen und Abstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg, die Zwischenkriegszeit und die Nacht des Faschismus, mit Flucht und Zwangsaussiedlung ebenso wie Neuansiedlung und Wiederaufbau – all das sind historische Themen des Buches.

Die Autoren betonen, daß die Schlesier – im Unterschied zu den Meinungen der jeweiligen Nationalisten und Revanchisten – sich dem slawischen wie dem germanisch-deutschen Kulturkreis gleichermaßen zugehörig fühlten beziehungsweise auch abgewendet haben. Die Bewohner haben so je »entsprechend der jeweiligen geopolitischen Großwetterlage über die Jahrhunderte eine sonderbar wechselhafte Identität entwickelt, die ethnisch definierten Vorstellungen von Volk und Raum widerspricht. Im Zeitalter nationaler Homogenisierungen führte diese Anpassungsfähigkeit geradewegs in die Katastrophe. Mitte des 20. Jahrhunderts folgte dem deutschen Rassenwahn die (Re-)Polonisierung des Landstriches. Heute, nach der Wende des Jahres 1989, zeigt sich, daß auch diese nichts Endgültiges an sich hatte.« (S. 7).

Sie zitieren einen schlesischen Sinnspruch: »Wo es besser ist, da ist mein Heimatland«. Er

suggeriert wohl ein wenig Unstetigkeit, ja Unzuverlässigkeit, mag vielleicht auf die gerade in der Gegenwart zu beobachtende Wiederbelebung einer deutschen Minderheit im polnischen Śląsk gemünzt sein, wo nach millionenfachen Ausreisen meist in Richtung Westdeutschland heute wieder zwei Millionen Polen sich zu ihrer (oft verzwickten) deutschen Abstammung besinnen (und dies können), vor allem aber einen deutschen Paß haben. Die Autoren beschreiben sehr nachdrücklich das Erstarken eines deutschen Selbstbewußtseins, das sich nicht zuletzt in Wahlergebnissen niederschlägt.

Das Problem sind wohl auch hier die wirtschaftlichen Interessen sowohl der Betroffenen, die oft eben nicht in Schlesien/Śląsk trotz wirtschaftlicher Prosperität die besten Karten hatten. Schnell könnte hier der Bogen vom Schlesischen Weberaufstand über jene ausgebeuteten, doch privilegierten Bergleute Volkspolens gespannt werden, die zugunsten der sowjetischen Vormacht wie auch der enteigneten, aber faktisch entschädigten Alteigentümer aus den westlichen Staaten der Anti-Hitler-Koalition (!) die Kohle aus dem Berg holten und dafür mit ihrer Gesundheit bezahlten. Der Bogen reicht dann bis hin zu den heutigen Einwohnern, die Opfer der nun archaisch gewordenen Wirtschaftsstrukturen der Schornstein-Industrien werden.

Wirtschaftliche Interessen und nationale, politische Optionen liegen augenscheinlich eng zusammen. Ein Thema für sich sind bis heute die jeweiligen Schutzmächte der nationalen Minderheiten – billige polnische Arbeitskräfte mit deutschem Paß, Immobiliengeschäfte, politische Preßmittel sind durchaus mögliche Argumente für eine sonst sich abschottende Bundesrepublik. Schlesien/Śląsk – eine ganz normale Region in Europa?!

STEFAN BOLLINGER

FRIGGA HAUG:
More Equal than Others.
A laudation on Christoph Spehr

In January 2001 the Rosa Luxemburg Stiftung issued, for the first time, the Rosa Luxembourg Prize. The Prize was awarded following a competition to find the best answer to the question: »Under which conditions can social equity and political freedom be reconciled?« Christoph Spehr, a young historian and free-lance writer, won the prize for his paper entitled »More Equal than Others«. Frigga Haug the famous feminist researcher who is also co-editor of the journal »Das Argument« delivered the speech at the award ceremonies. Christoph Spehr's paper can be downloaded from the homepage of Rosa Luxemburg Stiftung (www.rosaluxemburgstiftung.de).

INGRID LOHMANN:
><http://www.bildung.com>< –
Structural Changes in Public Education
Within the Information Society

The article focuses on the fundamental changes public science and education are undergoing in the so called information age. »Information society« along with the new »autonomy« imposed upon school systems (to cope with their dwindling budgets) and of course »the market« – these are some of the central ideological concepts which were conjured up to heighten social acceptance of what is in fact destined to eliminate public access to knowledge once and for all.

HANS-GERT GRÄBE:
The Role of Mathematics
in the >Information-Age<

If we consider the profound transformations taking place leading toward an information and knowledge society from the perspective of increasing significance of competence, we are led to question about range and structure of the knowledge to be obtained, updated and exchanged in a lifelong learning process. This article focuses on the increasing role of symbolic computations, a field situated in science and engineering between mathematics and computer science. It emphasizes the importance of knowledge, from the standpoint of both disciplines, in order to achieve a »culture of thinking« that exceeds far beyond the areas of these particular fields. It illustrates the dynamic importance of a »culture of thinking« in the computer age.

JOCHEN WEICHOLD:

The Parliamentarian and his Allowances
 Comments on the constitutional law issue of
 ›appropriate‹ allowances for parliamentarians
 ensuring their ›independence‹

Allowances are a democratic achievement. It is through allowances that one can exercise the right to be a candidate for elections. The criteria for the ‚appropriateness‘ of allowances are (1) the degree of responsibility the parliamentarian takes and his/her place in the constitutional system, (2) an appropriate livelihood, (3) the proportionality between his/her allowances and other (regional, local level parliamentarian) allowances, (4) the balance between the development of parliamentarian allowances and general income development, (5) his/her attachment to the majority of the electorate (»social representation component«), and (6) his/her workload. Allowances are not a mathematical but a political issue. It is the parliamentarians, themselves who decide this question and present their decision to the general public. They cannot transfer this decision to any other body.

HELMUT THIELEN:

Leonardo Boff and Tarso Genro –
 Creative Thinkers and Supporters
 of the Left in Brazil

In his essay, Helmut Thielen, a Sociology Professor, at UNISINOS in Sao Leopoldo, Rio Grande do Sul/Brazil introduces two important figures of the Brazilian left. The author discusses not only their theoretical positions but he also seeks to show their attempts at putting their ideas into practice. So far these attempts have culminated in the World Social Forum that was convened in Porto Alegre at the end of January 2001 following the invitation of Mayor Tarso Genro. The meeting, designed to be a counter-event of the annual World Economic Forum in Davos/Switzerland and convening about 10,000 anti-globalization activists was held under the motto »A different world is possible«.

JOHANNES BECKER:

Cuba – Model for Developing Countries or Fossil?

Despite the profound crisis of the 1990s this Caribbean island remains firmly committed to socialism, to its social achievements and to its national independence. Written off by most political observers after the collapse of the COMECON (Council of Mutual Economic Assistance), the economy of this 11-million-people-state is recovering slowly. Apart from the high level of education, the expansion of tourism and the cautious overture to foreign capital are the main sources of assistance in these efforts. The disadvantage of this policy lies in a growing social gap between those who partake in and those excluded from the wealth sponsored by the US-Dollar. Cuba's survival finds a broad resonance in international politics.

Redaktion:
 Jörg Schultz,
 Arndt Hopfmann

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte sollten auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir, Tabulatoren zu verwenden. Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V.
Gründungsvorsitzende:
GUNTHER KOHLMHEY † und HELMUT STEINER
Redaktion:
WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN (V.i.S.d.P.),
ULLA PLENER, JÖRN SCHÜTRUMPF,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)
Internet: utopie-kreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: JÖRN SCHÜTRUMPF
Druck: BärenDruck GmbH,
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)
Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 144

wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert – aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette – beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden. Wir bitten die Autoren um eine Zusammenfassung ihrer Artikel in Deutsch und wenn möglich in Englisch (ca. 10 Zeilen). Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigefügt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 73/74: je 2 DM



UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

Herausgegeben im Auftrag der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

In den vorangegangenen Heften:

Heft 117:

Nachdenken über Sozialismus:
das Open-Source-Projekt

Heft 118:

Nietzsche und die DDR

Heft 119:

Was ist soziale Gerechtigkeit?

Heft 120:

Deutscher Seelenzustand:
alltägliche Solidarität
und latenter Rassismus

Heft 121/122:

Die Herstellung des allseits
verfügbaren Menschen

Heft 123:

Erbe neu befragt: halbstaatliches
Eigentum in der DDR

Heft 124:

Arbeitsverhältnisse und Klassenanalyse
im OECD-Kapitalismus